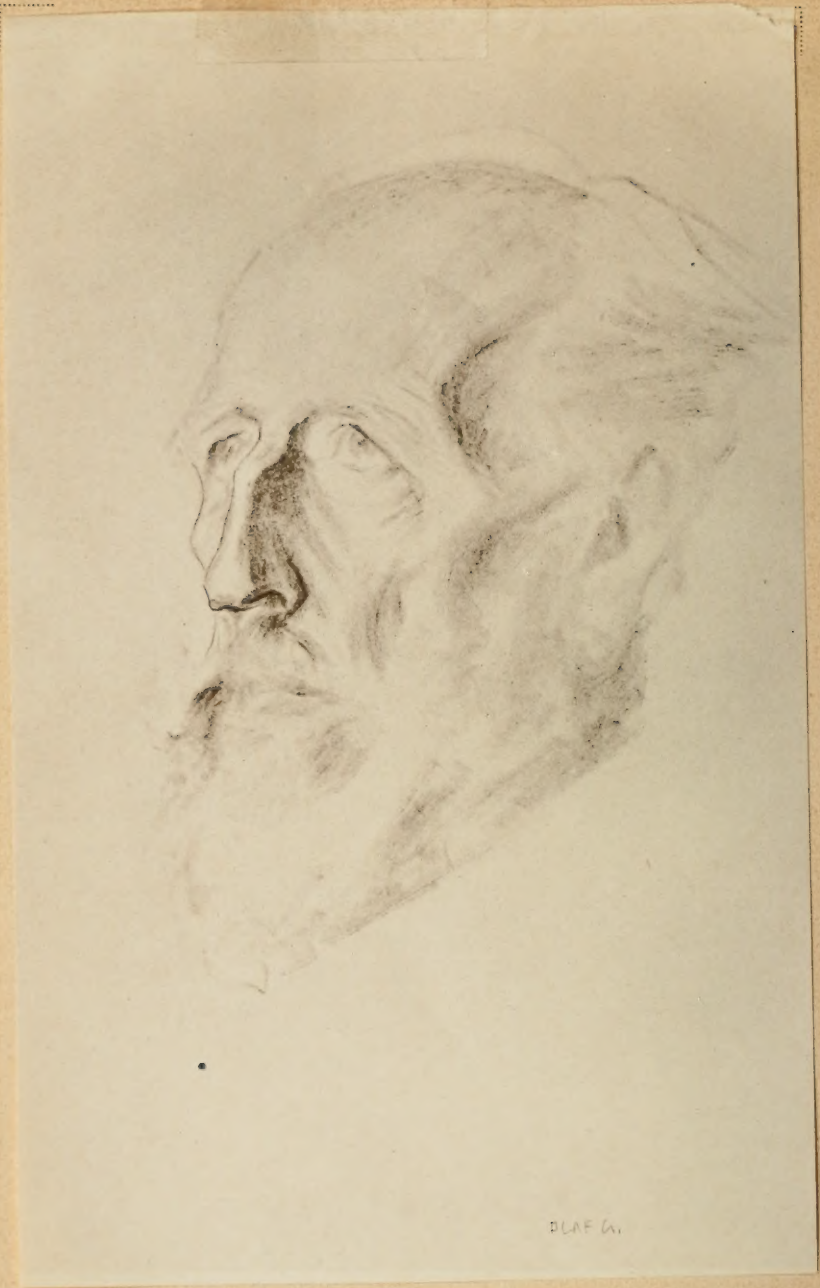


Digitized by the Internet Archive  
in 2009 with funding from  
Ontario Council of University Libraries







Гамман

H224b

# Bilder aus der letzten Kaiserzeit

Von

Otto Hammann




Mit 12 Lichtdrucken  
nach Zeichnungen von  
Olaf Gulbransson



289204  
1. 7. 33

---

Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61



Alle Rechte aus dem Gesetz vom 19. Juni 1901  
sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten.  
Copyright 1922 bei Reimar Hobbing, Berlin.

Printed in Germany



## Vorwort.

---

Dieses Buch enthält nicht mehr als der Titel besagt: Bilder; also keine Beschreibung einer Geschichtsperiode, sondern nur Schilderungen einzelner aus der Erscheinungen Flucht hervorragender Staatsmänner und politischer Ereignisse aus einer nahen, noch in der Gegenwart fortwirkenden Vergangenheit.

Wo den Verfasser das Gedächtnis im Stiche ließ, halfen schriftliche Zeugnisse aus Briefen und Aufzeichnungen nach. Dank der wohlwollenden Erlaubnis des Auswärtigen Amtes durfte er Einsicht in gewisse Akten nehmen und von ihrem Inhalt zur Aufklärung noch dunkler Episoden aus dem letzten Jahrzehnt der Kaiserzeit Gebrauch machen. Im Anhang ist eine Anzahl für den Historiker wichtiger Erlasse und Berichte im Wortlaut abgedruckt. Dankbar gedenkt der Verfasser auch seines langjährigen Mitarbeiters im Auswärtigen Amt, Herrn Geheimen Legationsrats Efernaux, der ihm nach einer unfreiwilligen Unterbrechung der Arbeit bei der Vervollständigung unfertiger Stellen behilflich war.

Daß sich Olaf Gulbranson bereit finden ließ, eine Reihe im Text erwähneter politischer Köpfe dem Leser in charakteristischen Zeichnungen vor Augen zu führen, wird gewiß dem großen Kreis der Verehrer seiner Kunst willkommen sein.

Berlin, September 1922.



# Inhalt.

## I. Die „graue Eminenz“.

### 1. Holstein und Eulenburg 1893—1908.

Die Einweihung des Nordostseekanals. — Die glänzende Außenseite des Reiches. — Im Innern sah es anders aus. — Beispiele des persönlichen Regiments. — Die Freunde Holstein und Graf Eulenburg. — Ihre Kulissenarbeit. — Wie sich die Freundschaft in Haß verwandelte. — Prof. Haller und Eulenburgs literarischer Nachlaß. — Waren die Skandalprozesse gegen Kuno Moltke und Eulenburg Holsteins Rache? — Eulenburg und das protestantische Kaisertum. — Ein Zitat aus den Akten.

### 2. Holstein auf Urlaub 1898—1900.

Briefe aus dem Harz über die Burenfrage und die drohende Gefahr eines neuen Sozialistengesetzes. — Meine Antwort. — Brief Holsteins über einen Angriff der Wiener „Neuen Freien Presse“. — Vergebliche Suche nach dem Hintermann.

### 3. Holstein-Krisen 1904—1906.

Scene auf Holsteins Zimmer. — Eine „harmlose“ Notiz des „Lokalanzeigers“. — Holstein verlangt einen neuen Staatssekretär. — Sein Brief an mich für den Kanzler in Norderny. — Der Kanzler lehnt das Ansinnen ab. — Holstein klagt über das geschwundene Prestige Deutschlands und sagt Lebewohl. — Bülow's Antwort an mich mit Aufzählung der politischen Fehler seit Bismarcks Rücktritt, zu denen Holstein geraten hat. — Die Konferenz von Algieras sein Werk. — Wie er nach Auswegen sucht und um seine Stellung kämpft. — Warum Fürst Bülow seine Schrullen so lange ertragen hat. — Nach dem Vorbild Bismarcks. — Holsteins Plauderei mit dem englischen Botschafter.

## II. Bülow und die unpolitischen Deutschen.

Anweisungen an den Leiter des Pressedienstes, heute noch nützlich zu lesen. — April 1904 nach Abschluß der entente cordiale Klagen gegen Ultrachauvinisten und Burenschwärmer. — Was man von

Seite

11

22

29

41

5

Engländern und Franzosen lernen kann. — Dezember 1905: Artikelentwurf über kriegerische Stimmung in Frankreich. — Sommer 1906: Vorbereitung der großen Rede. — Kapuzinaden an das eigne Volk helfen nichts. — Sommer 1907: Klagen über die Blockparteien. — So kleinlich war das Zentrum nicht. — Betrachtungen über das Verhältnis zu England. — Sommer 1908: Den rauhen deutschen Methoden muß ein Ende gemacht werden. — Ziel: Ausöhnung mit den Westmächten. — Nichts forcieren, nichts überstürzen. — Diese vertraulichen Ergüsse aus 1904—8 ein Beitrag zum Kapitel der Schuld am Kriege.

### III. Ballin, Bülow und Tirpitz.

Ballin, der Mann und der Weltpolitiker. — Die ersten Unterredungen mit Cassel über die Flottenfrage. — Das Kronberger Flottengespräch mit Hardinge nach den Berichten des Kaisers. — „Konkurrenzbau treiben wir nicht.“ — Lloyd Georges Artikel in der „Neuen Freien Presse“ und seine Berliner Unterredung mit August Stein. — Schreiben des Kanzlers an den Kaiser: Warnende Hinweise, Verteidigung Metternichs. — Kaiserlicher Randvermerk: Wetkräften nur in der Phantasie der verrückten Briten, Flottenprogramm wird durchgeführt, dann Schluß. — Tirpitz will die Zusage, Schluß zu machen, lieber verkaufen als verschenken. — Bülow wünscht Verbreitung der Schrift des Admirals Galster. — „Ikarusflüge mache ich nicht mit.“ — Der Artikel J. H. Sponders über den Inselstandpunkt. — Der Kanzler schlägt schriftlich aus politischen Gründen eine Verlangsamung des Bautempos für 1908—11 vor. — Antwort des Chefs des Marineamtes: Zurückweichen vor englischen Drohungen wäre Demütigung, würde englische Hezerei nicht vermindern, Kriegsgefahr vergrößern, für den Fall der Nachgiebigkeit Bitte um Abschied. — War der deutsche Verdacht gegen den englischen „Durchlöcherungswillen“ oder war der englische Argwohn gegen das deutsche „Schlußmachen“ begründet?

52

### IV. Theobald v. Bethmann Hollweg.

Hinterlassenschaft des vierten Kanzlers in der innern Politik. — Das preußische Dreiklassenwahlrecht. — Ein Bismarcksches Wort und seine Verdrehung. — „Der Mann der gottgewollten Abhängigkeiten.“ — Justus Möser und Gustav Freitag. — Bülow und Bethmann Hollweg als Redner. — Des fünften Kanzlers negativer Instinkt für das Wirkende.

66

— Bülow Repräsentant der Zivilisation in höchster Potenz, Bethmann Hollweg Träger deutscher Kultur. — Das Wort vom Unrecht an Belgien. — Bethmann Hollwegs innrer Kampf gegen sich selbst. — Wahnschaffe sein tapftrer Gehilfe. — Ein Neujahrsbrief des Kanzlers. — War er Illusionist? — Das Tragischste im Martyrium des „weltfremden Philosophen“. — Meine Besuche in Hohenfinow. — Die Geschichte vom König Theopompos.

## V. Alfred v. Kiderlen-Wächter.

Der berühmte Erlaß vom 21. März 1909 nach Petersburg. — Drohung oder dringlicher Rat? — Die gefärbte und lückenhafte Wiedergabe in den Depeschen Iswolskis nach Paris und London. — Innre Festigung der Ententepolitik. — Die Aufgabe: erst Begräbnis des Marokkostreites, dann Beseitigung der deutsch-englischen Spannung. — Die Algecirasakte eine mißlungne Photographie. — Zweck der „Panther“-Fahrt, die Franzosen zu Verhandlungen williger zu machen. — Groteske Verwirrung in den alldeutschen Köpfen. — Kiderlens beharrliches Schweigen, Befürchtungen des Kanzlers. — Der Zwist mit dem Kolonialstaatssekretär v. Lindequiff. — Der Sturm im Reichstag. — „Schande, Olmütz, Jena.“ — Die falsche Behandlung der öffentlichen Meinung. — Erst aus den Reichstagsverhandlungen wird die scharfe Verwahrung Kiderlens gegen die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 bekannt. — Wahltaktische Berechnungen spielten mit. — Nationalistischer Einschlag im Hinblick auf eine neue Flottennovelle erwünscht. — Kiderlens Verdienste um die Isolierung des Balkankrieges 1912. — Das Zeugnis eines Franzosen. — Ein unbequemer Kamerad, aber doch ein ganzer Kerl.

70

## VI. Kanzler und Großadmiral.

Der Großadmiral wünscht, noch dem alten Reichstag die Flottennovelle vorzulegen. — Meister der politischen Taktik, sein Werkzeug die Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamtes. — Vortrag des Kanzlers in Hubertusstock, der Kaiser widerwillig einverstanden mit Verschiebung der Novelle aufs nächste Frühjahr. — Gleich darauf Depesche aus Kiel für schleunige Einbringung der Novelle, „nur Mut!“ — Rede Grens vom 14. März 1911 wünschte Verlangsamung der Ausgaben und Sicherheit gegen weitere Steigerung des deutschen Flottenprogramms. — Neuer Anlauf des Kanzlers, Kaiser einverstanden mit Sondierung Grens, Ballin und Cassel wieder in Tätigkeit. — Cassel stellt weitgehende Kompensationen bei

65

Einigung über Flottenbau in Aussicht. — Antwort: Einigung möglich bei gleichzeitiger Bürgschaft für freundliche politische Orientierung. — Mission Halbanes verläuft günstig. — Stockung der Verhandlungen in London. — Britische Admiralität berechnet Vermehrung der Mannschaften viel höher als angeben, außerdem Bedenken Grens gegen die deutsche Neutralitätsformel. — Hat Grey Herrn Poincaré über die Formel befragt, was nach einem Bericht Iswolskis wahrscheinlich ist? — Der Kaiser ganz auf der Seite Tirpiß'. — Bericht Kühlmanns über den Ernst der Stunde mit sehr ungnädigen Randglossen. — Der Kaiser droht 5. März 1912, Wehrvorlagen durch Tirpiß und Heeringen veröffentlichen zu lassen. — Kanzlerkrisis. — Letzter Versuch Ballins Mitte März. — Rückblick. — Hätte man die unzulängliche Grensche Formel nicht doch annehmen sollen? — Die Stimmung des englischen Volkes. — Nach der haben die deutschen Propagandisten blutwenig gefragt. — Nach dem englischen Angebot 1901 der zweite große Wendepunkt in den deutsch-englischen Beziehungen. — Übertriebener deutscher Machtwille stürmte blind vorbei. — Zusammenhänge zwischen Fortbestehen der Flottenrivalität und der englischen Kriegshilfe.

## VII. Briefe eines Sehenden.

Botschafter a. D. Frhr. v. Mumm. — Seine Tätigkeit in der Presseabteilung. — Briefe vom Mai 1915: Sorgenvolle Gedanken. Gegenüber Rumänien jeder versäumte Tag von Übel. Fürst Bülow zu spät nach Rom gesandt. Ententemächte lassen in Bukarest alle Minen springen. Zeppelinangriffe, Fliegerbomben, U-Bootkrieg verderben die Stimmung. Das Ausland glaubt nicht an unsre Erfolge. Der Friede wird anders sein, als die siegesgewissen Militärs sich ausmalen. Keine ungenügenden Angebote an Rumänien. Das Torpedieren neutraler Schiffe ist ein Unfug. — 30. August 1915: Der Arabicfall. Amerika wird England finanzieren. Bethmann Hollweg und Tirpiß im Hauptquartier. Nebenregierung der Marine. „Liners“ und „Passengerships“. Bedenkliche Instruktionen an U-Bootkommandanten. Der Generalstab einig mit dem Kanzler in der U-Bootfrage. Einwirkung des Kriegspressesamtes. — Brief des Kanzlers an den Fürsten Bülow: Der schwere Fehler der österreichischen Politik. Kritik über Vergangenes schädigt Deutschlands moralische Widerstandskraft. Bitte, gegen Lähmung des einheitlichen Durchhaltens mitzuwirken.

VIII. Der oberste Kriegsherr.

124

Bei Beginn des Krieges Unterbindung der politischen Tätigkeit in der Presse. — Sperrung der Grenzen. Praktische Aufklärung des Auslandes unmöglich. — Propagandatätigkeit des Abgeordneten Erzberger. — In der Kriegszielfrage der Kanzler ohne die nötigen Machtmittel. — Unterordnung der Organe der Zivilregierung unter die stellvertretenden Generalkommandos. — Militarisierung des Verwaltungsapparates. — Oberste Heeresleitung nicht Dienerin der Politik. — Auszüge aus Clausewitz' „Vom Kriege“ in der „Frankfurter Zeitung“. — Befehl des obersten Kriegsherrn, das Machwerk von der Wilhelmstraße coram publico zu vernichten. — „Politik hält den Mund, bis Strategie ihr wieder das Reden gestattet.“ — Brief des Kaisers an den Kanzler für Friedensaktion. — Die Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg in Pleß bei Ankunft des Kanzlers schon gefallen. — Hätte der Kanzler nicht zurücktreten sollen? — Bismarcks Standpunkt. — Die Selbstverbannung des Kaisers. — Die Lage in Berlin am 8. und 9. November 1918. — Brief des Botschafters Dr. Solf. — Bemühungen des Prinzen Max von Baden zur Rettung der Monarchie. — Abdankung des Kaisers? — Der Morgen des 9. November in der Reichskanzlei. — Ebert spricht mit großem Ernst. — Epilog.

U n h a n g:

- |  |     |
|--|-----|
| I. Zwei Telegramme des Kaisers an den Reichskanzler über seine Kronberger Gespräche mit Sir Charles Hardinge aus Paderborn und Sennelager, August 1908.  | 141 |
| II. Bericht des Botschaftsrats v. Stumm aus London vom 8. September 1908 an den Reichskanzler über die Marokkofrage und die englischen Besorgnisse wegen des Anwachsens der deutschen Flotte.  | 144 |
| III. Schreiben des Reichskanzlers an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes vom 25. Dezember 1908 über eine aus politischen Gründen wünschenswerte Verlangsamung des Bauempos bei Durchführung des Flottengesetzes und über die Frage, ob nicht statt der Vermehrung der Schlachtschiffe auf Küstenbefestigungen, Seeminen und eine starke U-Bootflotte Bedacht zu nehmen sei. | 147 |

	Seite
IV. Antwortschreiben des Staatssekretärs v. Tirpitz vom 4. Januar 1909 mit entschiedener Ablehnung der Anregungen des Kanzlers, sowohl in politischer wie in marine-technischer Beziehung.	150
V. Telegramm des Reichskanzlers vom 21. März 1909 an die Botschaft in Petersburg mit dem Auftrag, dem Minister v. Iswolski einen letzten Vorschlag zur Beendigung der bosnischen Krisis zu machen.	155
VI. Telegramm des Staatssekretärs v. Kiderlen vom 24. Juli 1911 an die Botschaft in London mit dem Auftrag, bei Sir Edward Grey gegen die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 über die durch die „Panther“-Fahrt nach Agadir entstandne deutsch-französische Spannung Verwahrung einzulegen.	156
VII. Antworttelegramm des Grafen Metternich vom 25. Juli 1911 über die „äußerst lebhaft“e Unterredung mit Grey.	158
<b>Namenverzeichnis.</b>	160

### Verzeichnis der Lichtdrucktafeln:

nach Zeichnungen von Olaf Gulbransson.

1. Der Verfasser.
2. von Holstein, Wirkl. Geheimer Rat im Auswärtigen Amt.
3. Fürst von Bülow, Reichskanzler.
4. Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie.
5. August Stein, Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“.
6. Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler.
7. Wahnschaffe, Unterstaatssekretär, Chef der Reichskanzlei.
8. Alfred von Kiderlen-Wächter, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.
9. Graf Wolff-Metternich, deutscher Botschafter in London.
10. Frh. von Mumm, ehemals deutscher Botschafter in Tokio.
11. Matthias Erzberger, Reichstagsabgeordneter, später Reichsfinanzminister.
12. Dr. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.



# I. Die „graue Eminenz“.

## 1. Holstein und Eulenburg

1893 – 1908.

Des Deutschen Reiches Herrlichkeit hat sich niemals glänzender der Welt zur Schau gestellt als bei der Einweihung des Nordostseekanals im Juni 1895. In frühern Jahrhunderten mag es Schauspiele mit noch größerm Aufgebot von Menschenmassen gegeben haben, aber kaum je eins, bei dem die Ordnung musterhafter und der Gesamteindruck tiefer gewesen wäre als bei den Festen von Hamburg und Kiel. Die ganze Veranstaltung war von den Staatsbehörden und den Magistraten bis ins kleinste durchdacht und mit altpreußischer Disziplin durchgeführt worden. Auf den wenigen Quadratmeilen der Kieler Reede hatten sich an die neunzig Kriegsschiffe versammelt, die Flaggen aller großen und vieler kleinen seefahrenden Nationen waren vertreten. Das Presseschiff „Prinz Waldemar“, dem ein bevorzugter Ankerplatz in der Nähe der „Hohenzollern“ zugewiesen war, glich einer schwimmenden Riesenredaktion, von der täglich viele tausende Worte in alle Welt depeschirt wurden. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete das Mahl in einer Festhalle, die in der äußern Gestalt eines Schiffsrumpfes am Lande errichtet war und außer den Bundesfürsten noch über tausend Gäste aufnahm. Nach dem Redefeuwerk,

bei dem der Kaiser die Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee als internationale Kulturtat feierte, begann draußen ein pyrotechnisches Feuerwerk auf den Schiffen und ein venezianisches am Ufer von überwältigender Wirkung. In der lauen Frühlingsnacht zeichneten sich die Umrisse der Schiffe in glühenden Perlechnüren ab, Feuergarben stiegen auf und unter wunderbaren Flammenbildern erschienen im Takelwerk der amerikanischen Schiffe die Köpfe Wilhelms II. und des Präsidenten Cleveland mit einem Gruß der Vereinigten Staaten an Deutschland. Vorbei! Vorbei!

Das war die glänzende Außenseite. Hinter ihr aber sah es anders aus. Von innen gesehen war in Wirklichkeit das letzte Jahrsünst des vorigen Jahrhunderts die düsterste Zeit der kaiserlichen Regierung.

Der absolutistische Betätigungsdrang des Kaisers brachte zum Erstaunen des Auslands immer neue Überraschungen hervor. Kein Zweifel, daß Wilhelm II. das Beste für die Nation zu vollbringen glaubte, aber die vom Vater bitter beklagte Unreife des Jünglings setzte sich, verbunden mit dem Glauben, ein gottbegnadeter Heilbringer zu sein, im Mannesalter fort. Der Einfluß der nächsten Umgebung, in den Augen des Allerhöchsten Herrn Leute höherer Ordnung im Vergleich zu den Ministern, nahm zu, plötzliche Eingriffe in den verfassungsmäßigen Gang der Geschäfte waren keine Seltenheit. Aufreizende Kaiserreden gegen das sozialistische Arbeitervolk, Kampfesfeier der Parteien rechts und links, byzantinisches Strebertum in Wissenschaft, Kunst, Handel und Gewerbe, im Beamtenapparat unten verwegne politische Umtriebe von Polizeiagenten, oben Beseitigung erfahrener Staatsmänner, zum Teil aus Bismarcks Amtszeit, Klagen, Unruhe, Verdrossenheit an allen Enden. Und über dem allen lag breit

und groß der Schatten des grollenden Reichsgründers in Friedrichsruh.

Der Kanzler Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, hochbetagt und müde, besaß nicht die Kraft, um einen Zustand von Grund aus zu ändern gleich dem, den sein Kollege aus dem „Faust“ mit den Worten beschreibt: „Wenn's fieberhaft durchaus im Staate wütet, Und Übel sich in Übeln überbrütet.“ Was er vermocht hat, war, plötzliche Zumutungen, die ihn selber angingen, entschieden abzuwehren. Immerhin, das war nicht gering.

Am 8. März 1896 ließ der Kaiser den Kanzler wissen, daß er einen mit italienischen Verhältnissen vertrauten Flügeladjutanten in besondrer Mission nach Rom schicken wolle. Seine Aufgabe sollte sein, den König Humbert von einem Versprechen zu entbinden, das der König dem Kaiser vor sechs oder sieben Jahren gegeben hatte, nämlich die Zahl der italienischen Armeekorps nicht zu vermindern. Der Kanzler erwiderte schriftlich, daß er nicht in der Lage sei, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Auf einen freundlichen Versuch, den Onkel Eulodwig umzustimmen, blieb dieser dabei, daß die Mission „unzulässig“ sei, da sie die Stellung des Botschafters v. Bülow beeinträchtigen könnte, der schon einen ähnlichen amtlichen Auftrag erhalten hätte. Damit gab sich der Kaiser zufrieden. Bei dieser Gelegenheit fiel das Wort Holsteins von einer Politik à l'opérette. Im Dezember 1896 war Oberst Liebert bereits durch Kabinettsorder für eine Mission nach China bestimmt worden, als sich der Kanzler unter Berufung auf den schlechten Eindruck in Petersburg der Ausführung widersetzte. Oberst Liebert wurde darauf zum Gouverneur von Ostafrika ernannt. Ebenfalls im Dezember 1896 erregte die Rolle Marschalls in dem Prozesse gegen Leckert-Lüchow, der die Umtriebe der Berliner Polizei

gegen eine Reihe von Ministern aufdeckte, den Zorn des Kaisers. Er fand das Vorgehen gegen die Polizei „unpreussisch“ und machte noch während des Prozesses seiner Mißbilligung in einem Randvermerk mit sehr scharfen Worten gegen Marschall Luft. Holstein brachte, noch ehe der Staatssekretär die sogenannten Majestätsauschnitte gelesen hatte, den Randvermerk zum Kanzler, und dieser schickte ihn an den Kaiser zurück mit der Bitte, ihn zurückzunehmen, es sei denn, daß Seine Majestät eine Regierungskrise herbeizuführen wünsche. Im Februar 1897 hatte eine Reichstagsrede des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall über die kretische Frage den Unwillen des Kaisers erregt, weil er fand, daß darin seine eigne Rolle nicht genügend hervorgehoben sei. Er verlangte vom Kanzler, den Reichstag an den Stufen des Thrones zu versammeln, um aus dem eignen Munde des Herrschers die allerhöchste Meinung über die auswärtige Politik zu vernehmen. Onkel Chlodwig erklärte den Gedanken für unpassend, und dabei blieb es. Das sind Zeichen jener Zeit und noch nicht die schlimmsten, die beweisen, wie schwer es war, die politischen Geschäfte des Reiches mit ruhiger Stetigkeit zu leiten.

Im Hintergrunde der sichtbaren Irrungen und Wirrungen trieben zwei aus der Uckermark stammende unheimliche Gestalten ihr verborgnes Wesen: der Wirkliche Geheime Legationsrat Friedrich von Holstein und der Gesandte, später Botschafter Graf, seit 1900 Fürst Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, erst lange Jahre innig befreundet, dann bitter verfeindet. Ich habe beide gekannt, jenen gründlich in fast täglicher Unterhaltung und gemeinsamer Arbeit als sein Bakkalaureus im diplomatischen Unterricht, den zweiten nur flüchtig bei gelegentlicher Begegnung und in dem erst schmeichelnden, dann ver-

zerrenden Spiegel des andern. Beide waren in mancher Beziehung verwandte Naturen, voll Mitgefühl für alle leidende Kreatur, wohlwollend und gütig für Untergebene und arme Leute — der Schloßherr von Liebenberg wird heute noch von vielen seiner Hinterlassen verehrt —, aber auch von leicht erregbarem Mißtrauen gegen die Umwelt, schwach in der Liebe zur Wahrheit und so stark im Haß, wie nur eifersüchtige Weiber hassen können. Und noch eines hatten beide gemein, ein geradezu bezauberndes Wesen, wenn es ihnen darauf ankam, Fremde für sich einzunehmen. Die beste Probe dieses Charmes hat Holstein damit abgelegt, daß es ihm nach seinem Austritt aus dem Amt gelang, das persönliche Wohlwollen seines schärfsten Gegners und Kritikers zu gewinnen. Aber zwischen Holstein und Eulenburg gab es auch tiefe Gegensätze. Jener ein eigensinniger, zeitweilig von aktivem oder passivem Terror beherrschter geistvoller politischer Charakter, dieser eine weiche, allem Charakteristischen abgeneigte Natur, Dilettant in allerlei lieblichen Dingen, Operettenklimbim, Verseschmieden, stark nur als „Garderobier“ für die Phantasie des Allerhöchsten Herrn \*).

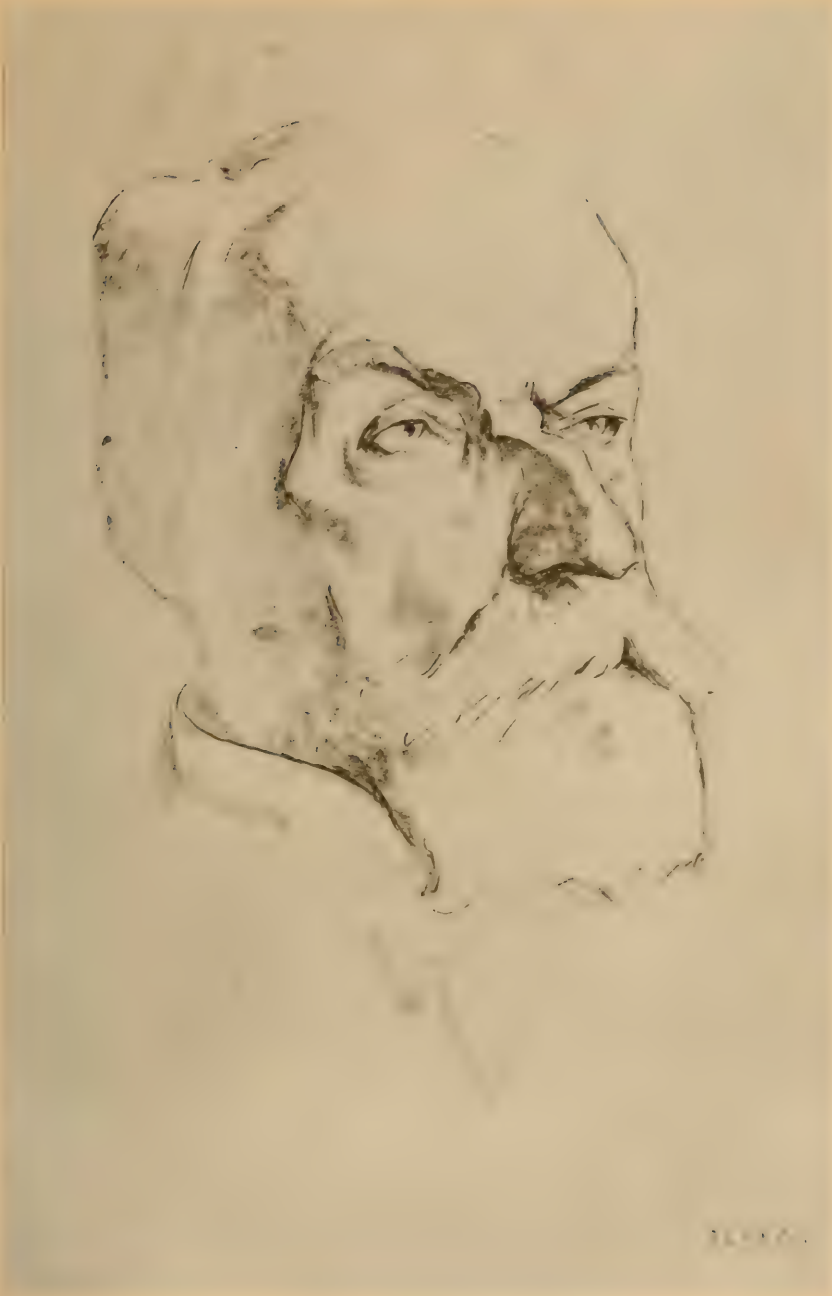
Am 13. Januar 1893 trug Fürst Hohenlohe folgendes in sein Tagebuch ein:

„Am 11 Uhr kam noch Eulenburg, um mir seine Angelegenheit mitzuteilen. Er sagte, Holstein und Kiderlen hätten die Meinung, daß er (Eulenburg) Staatssekretär werden solle, wenn Bötticher wegginge oder eine andre Stelle erhielte, wo dann Marschall das Reichsamt des Innern übernehmen würde, das ihm angenehmer sei als das Auswärtige Amt. Nun glaubt Eulenburg zu dieser Stelle nicht geeignet zu sein, da er zu wenig Ehrgeiz und zu wenig Freude an den Exigenzen habe, die das Auswärtige Amt mit

\*) Ausführliches über Holsteins Charakter, seinen nicht unedeln politischen Machtwillen und seine krankhafte Neigung zu persönlichen Ränken und Hintertreppengängen, ebenso über die Angriffe des „Kladderadatsch“ (1893/4) enthält meine Schrift: Der neue Kurs, Berlin 1918, S. 82—106. Man vergleiche auch die Studie des Prinzen Alexander Hohenlohe-Schillingenfürst in der „Deutschen Revue“ 1919 I.

sich bringe. Er fürchtete ferner, daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den steten persönlichen Verkehr und die Vorträge gestört werden könne; und doch sei gerade dieses freundschaftliche Verhältnis sehr wichtig und dem Kaiser nützlich, da er sich bewußt sei, vom Kaiser nie etwas zu verlangen und ihm nur ehrliche Ratschläge zu geben. Durch diese vermittelnde Stellung werde er größeren Nutzen schaffen als durch seine Tätigkeit als Leiter des Auswärtigen Amtes. Zudem sei er zu jung. Die Ernennung des Badensers Marschall habe schon viel Unzufriedenheit in Beamtenkreisen erregt. Es müsse jetzt, wenn ein neuer Staatssekretär gewählt würde, ein älterer angesehener Diplomat, etwa ein Botschafter, dazu gemacht werden. Wo aber dieser Botschafter zu finden sei, wußte er auch nicht. Er bat mich, mit Holstein in unauffälliger Weise die Nachfolgerschaft von Marschall zu besprechen und Holstein von dem Gedanken, ihn vorzuschlagen, abzubringen. Ich sagte, ich würde es versuchen, glaubte aber nicht, daß sich Holstein davon abbringen lassen werde.“

Hier tritt die Kulissenarbeit der vom „Kladderadatsch“ so heftig angegriffenen drei Männer im feurigen Ofen deutlich hervor, man sieht den „Troubadour“, der Scheu vor der Rampe hat und das Hofparkett vorzieht, den „Austernfreund“, der als der Mann im Dunkeln die Puppen tanzen läßt und für Rom Bernhard von Bülow in Bereitschaft hat, den „Spähle“, der mitmacht und doch seinen eignen Kopf behält, alle drei sind einig in der Absicht, den eignen Chef auf ein andres Amt zu versetzen. Die Sorge um die Nachfolger von Bötticher und Marschall war verfrüht, erst im Frühjahr 1897 erhielten beide andre Posten. Die Freundschaft zwischen Holstein und Eulenburg, bei der Berufung des Statthalters Fürsten Hohenlohe zum Nachfolger Caprivi's (Oktober 1894) noch fest und äußerst rührig, überdauerte die Prozesse gegen Leckert-Lüchow und Tausch, obgleich Holstein schon wegen der Beziehungen Eulenburgs zu dem Kriminalkommissar v. Tausch gegen die politische Tugend des Freundes Verdacht schöpfte. Zum Bruche kam es just erst bei der Versetzung Böttichers auf den Oberpräsidentenposten in Magdeburg und Marschalls auf den Botschafter-



*Heintze*





posten in Konstantinopel (1897). Nach den Reden im Reichstag gegen das persönliche Regiment (18. Mai), auf die Herr v. Bötticher nichts erwidert hatte, verlangte der Kaiser einen Wechsel an der Spitze des Reichsamts des Innern. Der Kanzler widerstrebte, da ja die Reden die Folge aufreizender Äußerungen des Kaisers („vaterlandslose Gesellen“ und ähnliches) gewesen wären. Holstein riet dem Kanzler, nur nachzugeben, wenn der Kaiser die Entfernung gewisser militärischer Würdenträger aus seiner Umgebung zugestände. Graf Eulenburg dagegen bearbeitete mit Erfolg den Staatssekretär v. Marschall, auf den Kanzler dahin einzuwirken, daß er seine eignen Rücktrittsgedanken schwinden lasse und sich ohne Kompensation mit dem Rücktritt Böttichers einverstanden erkläre. In der Bewerbung Marschalls um den Botschafterposten in Konstantinopel sah Holstein eine Art von Fahnenflucht, wodurch die Stellung Hohenlohes geschwächt würde, und seine Wut steigerte sich erst recht, als er erfuhr, daß Marschall in der Audienz beim Kaiser sich nicht nur den Konstantinopeler Posten gesichert, sondern auch vorgeschlagen hatte, den Geheimen Legationsrat v. Bothmer von der Rechtsabteilung zum Rat erster Klasse zu ernennen. Dieser, in seinen Mußestunden Dichter, stand nämlich im Verdacht, der Hintermann des „Kladderadatsch“ zu sein. Aber Holsteins Zorn traf auch den Grafen Philipp Eulenburg, weil er sich zur Erhaltung der kaiserlichen Gunst bemüht hatte, den Fürsten Hohenlohe zum Verbleiben auf dem Kanzlerposten, ohne die beiden Hauptstützen Marschall und Bötticher, zu veranlassen. Auch glaubte er, daß Eulenburg bei Hofe über seinen (Holsteins) Eifer gegen die unverantwortlichen Ratgeber bei Hofe geplaudert hatte. Um dieselbe Zeit fiel auch Kiderlen wegen sarkastischer Äußerungen über den Hof, die dem Kaiser

hinterbracht worden waren, in tiefe, lange fortwirkende Ungnade.

Bismarck soll — beglaubigt ist es nicht — Holstein den Mann mit den Hyänenaugen genannt haben, sein Sohn Herbert riet dem Fürsten Bülow, die „Blindschleiche“ als Unterstaatssekretär ins Licht des Tages zu stellen oder aus dem Amt zu entfernen, Holstein nannte den ehemaligen Freund Phili den Mann mit dem kalten Blick der Schlange. Fürchterliche Vergleiche. Der Haß reckt sich noch aus den Gräbern auf. Nach dem Tode Holsteins kamen die Kisten mit seinem schriftlichen Nachlaß in den Besiß der Frau v. Lebbin, die ihm treu ergeben war und in deren Salon sich echte und unechte Bewunderer Holsteins in seinen alten Tagen begegneten. Nach dem Tode der Frau v. Lebbin ist der schriftliche Nachlaß an irgendeinen sichern Ort gekommen, wo er sich noch befindet. Wie Friedrich Payer kürzlich in der „Frankfurter Zeitung“ \*) mitgeteilt hat, ist der literarische Nachlaß des Fürsten zu Eulenburg durch lehtwillige Verfügung an Konrad Haußmann zur gemeinschaftlichen Überarbeitung mit einem Tübinger Professor übertragen worden. Payer hat den Namen des Tübinger Professors nicht genannt. Gemeint ist offenbar Professor Johannes Haller, der in seiner Schrift „Die Ära Bülow“, Stuttgart 1922, eine Menge Angaben über Holstein macht, die vielleicht vom Fürsten Eulenburg herrühren. Diese Mitteilungen sind sehr einseitig und zum Teil nachweisbar falsch.

Nach Payer hat Konrad Haußmann den Fürsten Eulenburg, dem nach seiner Meinung Unrecht geschehen sei, öfters, erst als juristischer Berater, dann als Vertrauensmann, auf Schloß Liebenberg besucht. Wenn der kluge Haußmann wirklich geglaubt hätte, daß dem Fürsten

\*) Nr. 210 vom 19. März 1922.

in den Skandalprozessen 1907/8 Unrecht in der Sache, nicht im Verfahren, geschehen wäre, so wäre das wieder ein Beweis für die unwiderstehliche Beeinflussungsgabe, die Eulenburg mit Holstein gemein hatte. Noch in seinem Nachlaß ist er Charmeur, sonst würde ein gelehrter Mann wie Haller nicht Sätze im Sinne Eulenburgs schreiben wie diese: „Als Holstein für seinen Sturz Rache suchte, indem er die bekannten Skandalprozesse gegen persönliche Freunde des Kaisers in Szene setzte, wäre es Pflicht jedes preußischen Ministers gewesen, ihm in den Arm zu fallen. Fürst Bülow ließ ihn gewähren und stellte ihm schließlich sogar die Machtmittel des Staates zur Verfügung . . . . Die Geschworenen sollen ja auch schon zum Freispruch bereit gewesen sein, ehe noch die Entlastungszeugen gehört waren, als der Prozeß wegen tödlicher Erkrankung des Angeklagten abgebrochen werden mußte.“ Da diese Behauptungen doch nicht aus der Luft gegriffen sein können, werden sie wohl der schriftlich hinterlassenen Phantasie Eulenburgs entstammen.

Wahrscheinlich hat Holstein dem Angreifer weder Waffen noch guten Rat im Kampfe gegen den Liebenberger gegeben. Dem Untersuchungsrichter lagen nicht weniger als 111 genau begründete Beweisangebote vor, deren Tatbestände sich auf ungefähr 25 Jahre erstreckten und sexualpsychopathische Fälle aus der ersten und zweiten Münchener Zeit Eulenburgs, dann aus seiner Botschafterzeit in Wien, endlich aus Berlin und Liebenberg enthielten. Harden brauchte also kein Holsteinsches Material, und was Holsteins geistige Unterstützung betrifft, so hätte er mit seinem persönlichen Haß gegen Eulenburg und seiner fast kindlichen Unwissenheit in prozessualischen Dingen Harden nur verkehrte Ratschläge geben können. Grundfalsch ist jedenfalls die Behauptung, daß Bülow die Machtmittel des

Staates der Rache Holsteins gegen Eulenburg und den Kaiser zur Verfügung gestellt hätte. Vielmehr unterstützte er, der lange mit der Eulenburgischen Familie in freundlichem Verkehr gestanden hatte, alle amtlichen und privaten Bemühungen, um, wie es Harden selbst wünschte, den zweiten Moltke-Prozess, in dem Eulenburg den gefährlichen, weil anfechtbaren Eid leistete, zu verhindern \*). Die Prozeßlage im Schwurgerichtssaal endlich war nach vieltägigen Verhandlungen so, daß die Verurteilung des Angeklagten wahrscheinlich war. Wenigstens hatten Personen, die Einblick in die Verhandlungen besaßen, nicht den Eindruck, daß ein Freispruch erfolgen würde.

In der Hauptverhandlung (Juli 1908) hatte der Angeklagte nach Zeitungsberichten den Versuch gemacht, sich als Opfer des Klerikalismus hinzustellen und so den furor protestanticus für sich wirken zu lassen. Die Kronzeugen waren bayerische Katholiken. Nach den Berichten sollte er gesagt haben:

„Ich hatte in München Preußen nicht nur politisch, sondern auch kirchlich zu vertreten. Mein Leben lang bin ich ein Verfechter des protestantischen Kaisertums gewesen. Das hat mir namentlich im Süden viele Feinde gemacht. Wir haben nicht in Berlin, sondern in München den Nuntius des Papstes! Dort sind also wichtige Verhandlungen zu führen, und ich habe sie im Sinne der protestantischen, der norddeutschen Kaiserreichsidee geführt. Dadurch bin ich dem Klerikalismus ebenso wie dem bayerischen Partikularismus verhaßt geworden.“

Diese Behauptungen riefen eine ziemlich hitzige Fehde zwischen Zentrumsblättern und den die Blockpolitik vertretenden Zeitungen hervor. In Bayern, an dessen Hofe

---

\*) Vgl. „Um den Kaiser“, Berlin 1919, S. 33. Über die Behauptung, Holstein hätte den Kanzler in der „Daily Telegraph“-Geschichte Oktober—November 1908 zu der „Notlüge“ angeklagt, das Manuskript des Artikels nicht gelesen zu haben, s. meinen Artikel im roten „Tag“ vom 21. März 1922.

Graf Eulenburg in den Jahren 1891—1894 als preußischer Gesandter beglaubigt war, sah sich der Ministerpräsident Frhr. v. Podewils genötigt, in der Abgeordnetenversammlung die Äußerungen des Angeklagten über die norddeutsche protestantische Kaiseridee zurückzuweisen. Es war nicht unwahrscheinlich, daß auch im Reichstag Anfragen über jene Behauptungen im Gerichtssaal gestellt werden würden. Für diesen Fall, der in Wirklichkeit nicht eintrat, wurden Nachforschungen in den Akten über die Münchener Tätigkeit des Grafen Eulenburg angestellt. An protestantische Leitmotive in den Instruktionen für den Gesandten konnte nicht gedacht werden, solange in Preußen der Kampf um das von allen Klerikalen unterstützte Zedlitzsche Schulgesetz tobte. Oder hatte der Gesandte aus eignem gegen den Gesetzentwurf protestantische Kampfpolitik getrieben?

Das Ergebnis der Aktendurchsicht war: Im Februar 1892 ergeht ein von dem damaligen Reichskanzler und Ministerpräsidenten Grafen von Caprivi eigenhändig aufgesetzter Erlaß an den Gesandten in München, worin Preußens Politik gegen die Anschauung verteidigt wird, sie sei zu zentrumsfreundlich. Das war vor der Zurückziehung des vielumstrittenen preußischen Volksschulgesetzentwurfes. Nach der Zurückziehung aber berichtet Graf Eulenburg unterm 14. Mai 1892 über eine Unterredung mit dem päpstlichen Nuntius in München, Monsignore Agliardi, das Folgende:

„Unter den Bemerkungen, die ich nach Zurückziehung des Schulgesetzes Monsignore Agliardi machte, war auch diejenige gewesen, daß die Kurie nicht etwa aus dem Entschluß Seiner Majestät des Kaisers und Königs, das Schulgesetz zurückziehen zu lassen, auf eine Änderung der religiösen Anschauungen Seiner Majestät schließen möge. Entschlüsse, die Seine Majestät der Kaiser und König als Regent zu fassen genötigt sei, berührten, selbst wenn sie kirchliche Verhältnisse beträfen, weder die fest-

stehenden religiösen Grundsätze Seiner Majestät, noch das Gefühl der Liebe, das Allerhöchst derselbe gleichmäßig seinen protestantischen und katholischen Untertanen entgegenbrachte.

Diese meine Äußerung hat, wie der — damals gerade aus Rom zurückgekehrte — Nuntius mir mittheilte, Seine Heiligkeit den Papst vollkommen beruhigt.“

Weder aus dem Holsteinschen noch aus dem Eulenburgschen Nachlaß ist, soweit ihr eignes Tun und Treiben in Betracht kommt, für die Geschichte viel reine Wahrheit zu erwarten. Ähnlich wie in dem eben erzählten Fall von Färbungskunst in einer gerichtlichen Aussage werden auch ihre nachgelassenen Bekundungen tatsächlicher Art eine genaue Nachprüfung erfordern. Die Wahrheitsliebe beider Männer war zu stark belastet durch den Drang nach heimlicher Macht und unverantwortlichem Einfluß, der zum Färben und Entstellen nötigte und sie hinderte, Menschen und Dinge ohne vorgefaßtes Mißtrauen so zu sehen, wie sie wirklich waren.

## 2. Holstein auf Urlaub

1898—1900.

Herr v. Holstein war der Arbeit leidenschaftlich ergeben. Auch in den Urlaubswochen, die er nicht auf Reisen, sondern in der Einsamkeit, am liebsten im Harz, verbrachte, ließ ihn sein innre und äußre Gefahren witternder Geist nicht zur Ruhe kommen. Beweis dafür sind folgende Briefe über die Burenfrage und die nach der Ermordung der Kaiserin Elisabeth drohende Gefahr eines neuen Sozialistengesetzes:

„Harzburg, d. 9. Sept. 1898.

Lieber Freund!

Mit der südafrikanischen Frage müssen wir uns vorsehen, damit nicht die Formel, daß wir die stammverwandten Boeren im Stich gelassen haben,

sich in der Presse festsetzt. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Wieder und immer wieder auf die jetzt eben beendeten Wahlen in der Kapkolonie hinweisen, wo der Afrikanderbond, also der Verbündete und Gesinnungsgenosse von Transvaal, gesiegt hat. Zwar nur mit einer Stimme, aber gesiegt hat er. Daraus ergibt sich, daß der Konflikt des holländischen gegen das englische Element keineswegs von Staat zu Staat, von Transvaal gegen Kapland geführt wird, sondern daß er eine innere südafrikanische Frage ist, welche ihre natürliche Erledigung, diesseits wie jenseits der Transvaalgrenze, auf parlamentarischem Wege finden wird. Von Unterdrückung der Boeren zu reden in dem Augenblick, wo ihre Stammesgenossen die parlamentarische Majorität in der Kapkolonie bilden, ist ein Nonsens. —

Dies ist das Skelett. Haben Sie jemanden an der Hand, der das abrunden, mit Details ausfüllen könnte, für eine größere Zeitung? Vielleicht haben unsre großen Banken, die ja alle sehr gegen Transvaal sind, sachkundige Menschen an der Hand. Fragen Sie mal Huhn \*), mit bestem Gruß von mir, ob er sich der Sache annehmen will. Es müßte also meiner Idee nach zweierlei behandelt werden: die materiellen Interessen und die sogen. Unterdrückungsfrage. Bei der Interessenfrage wird sich ohne Schwierigkeit Material finden, um darzutun, daß das Leben und Lebenslassen viel mehr im Kapgebiet als in Transvaal zu Hause ist. Wieso kämen wir also dazu, durch Entfaltung deutscher Machtmittel den Boeren die Macht zu erhalten, um unsre Landsleute — die uns doch noch näher stehen als bloße Stammesgenossen — fernerhin zu schikanieren.

So, das wäre das Geschäftliche. Was meine menschliche Natur anlangt, so habe ich etwas mehr Umgang, als meinen Gewohnheiten entspricht. Das dauert aber nicht lange.

In der Hoffnung, daß es Ihnen sehr gut geht, grüßt Sie herzlich  
Ihr sehr ergebener  
Holfstein.

Was Kreta anlangt, so können Sie sagen, daß die deutsche Regierung die Frage der menschenwürdigen Behandlung der muselmanischen Minderheit als erstes Erfordernis für die Ermöglichung des innern Friedens allen andern Fragen vorangestellt und sich wesentlich wegen dieser Frage vom Konzert getrennt hat.

Nachschrift. Nein, lassen Sie den Kreta-Artikel. Mein Zweck dabei war, daß Bülow ihn gern gelesen haben würde. Aber mir fällt ein, daß Sie deswegen vorher werden anfragen müssen, und das bitte ich zu unterlassen. Denn wenn man erst merkt, daß ich zu Korrespondenzen aufgelegt

\*) Arthur v. Huhn, ebenso wie der später genannte Justizrat Fischer, Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin.

bin, kriege ich Anfragen auch von andern Seiten, und mein Urlaub wird mir wieder so verhunzt wie voriges Jahr. Ich stehe Ihnen allemal gern zur Verfügung, aber sonst nicht.

Ich werde wegen Kreta morgen an Fischer schreiben, dem ich ohnehin antworten muß.

Wegen Südafrika brauchen Sie nicht anzufragen."

„Harzburg, Sonntag.

Lieber Freund!

Der Mord der Kaiserin bringt dreifache Gefahr:

Gefahr für Osterreich: Beseitigung eines Hauptgegners der Slawen und Klerikalen.

Gefahr von unten: Nachahmung.

Gefahr von oben: Ausnahme- und Gewaltmaßregeln. Der letzte Punkt beschäftigt jetzt meine Gedanken.

Ich zweifle nicht, daß heute schon unserm Kaiser gesagt wird: „Tausch, der treue Wächter, ist beseitigt.“ Nun, ich glaube kaum, daß man nach allem, was vorgefallen ist, Tausch wieder anstellen wird, ob schon alles möglich ist. Aber, wie steht es mit der Anstellbarkeit seines Vorgängers und Feindes Krüger? Dieser ward seinerzeit durch Richthofen \*) beseitigt. Da neue Polizeigenies nicht aufgetaucht sind, meines Wissens, so wird man auf die alten zurückgreifen wollen.

Unter diesen Umständen möchte ich Ihre Ansicht von Krüger \*\*) wissen. Hat er in den letzten Jahren gegen uns intriguiert, haben Sie irgendwelche Anzeichen davon gefunden? Weshalb ich frage, können Sie sich denken: um S. E. (den Staatssekretär) zu orientieren. Bitte, schreiben Sie mir umgehend, ich werde Ihnen, von wegen Lebens und Sterbens, den Brief alsbald zurückschicken.

Ich würde Krüger sachlich für nicht schlecht halten. Er sprach mir vor 10 Jahren wiederholt vom Sozialistengesetz als unmenschlich und unpraktisch. Die Sozialisten würden bei seiner Ernennung sehr schreien, aber das Geschrei würde auf das übrige Publikum weniger als sonst im

---

\*) Dem Polizeipräsidenten in Berlin.

\*\*) Krüger war als Beamter der politischen Polizei mit dem persönlichen Schutze des Kaisers Wilhelm I. in Berlin und auf Reisen betraut. Auch für die Sicherheit des Fürsten Bismarck hatte er zu sorgen. In der letzten Amtszeit des Fürsten stand er dem Auswärtigen Amt zur Verfügung. Unter Caprivi nahm er seinen Abschied. Sein Nachfolger in der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums war der Kriminalkommissar v. Tausch, der allerlei Presumtriebe eines seiner Agenten gegen den Kapitän und die Steuerleute des „Neuen Kurzes“ begünstigte und deshalb den Dienst quittieren mußte.



gehigen Augenblick wirken. Die kaiserliche Umgebung würde der Name Krügers beruhigen; speziell Lucanus hatte früher viel für ihn übrig.

Was ist nun also, darauf kommt es an, Ihr Eindruck von Krüger? Würden Sie seine Wiedererweckung für nützlich halten?

Mit herzlichem Gruß

Holstein.

Ich bin heute ziemlich vier Stunden einsam gewandert und habe gesucht, mir nach allen Richtungen hin Rechenschaft von den Nachwirkungen der gestrigen Katastrophe zu machen. Wir werden da Blasen und Gärung in verschiedenen Gehirnzellen erleben, müssen uns auf allerlei einrichten.“

„Harzburg, d. 14. Sept. 1898.

Lieber Freund!

Anbei Ihr Brief mit Dank zurück. Danach scheint mir allerdings die Wiederbelebung nicht praktisch.

Fröhliche Jagd wünscht

S.“

Der zurückgeschickte Brief von mir lautete:

„Hochverehrter Herr Baron!

Mein erster Gedanke bei der Nachricht war auch, was wird daraus bei uns in den Gehirnen Einzelner oben und unten entstehen. Solcher Wahnsinn fordert nicht Gesetze ad hoc, sondern vor allem geschickte Leute. Ich hielt es früher für möglich, daß Krüger an den Preßtreibereien beteiligt sei. Es hat sich aber nach meinen Beobachtungen gar kein positiver Anhalt dafür ergeben, und ich glaube jetzt bestimmt, daß er wenigstens die letzten fünf Jahre in Zurückgezogenheit gelebt und die Preßmachenschaften seinen intimen Feinden Tausch und Genossen überlassen hat. Gleichwohl würde mir seine Berufung nicht gut erscheinen. Er war unter dem Sozialistengesetz groß geworden, bei dessen Ausführung die Berliner Polizei in den Verdacht gerieth, zur Erhöhung des Glaubens an ihre eigne Vortrefflichkeit, mit agents provocateurs gearbeitet zu haben. Seine Anstellung wäre das Eingeständnis der Hilflosigkeit des Regiments seit 1890, die Rehabilitierung des mit dem zwar freigesprochenen Tausch verurteilten Polizeisystems, das zu den schwächsten Seiten der Bismarckschen Aera in ihrem letzten Viertel zählt.

Würde die ungünstige Wirkung nach außen etwa dadurch weggemacht, daß Krüger redivivus zur Besänftigung starker, auf neue Gesetze gerichteter Wünsche diene? Der Glaube an die Macht der Persönlichkeit ist bei Hofe auf einen Mann beschränkt, und die Umgebung wird sich daher nicht zufrieden geben, wenn sie weiß oder merkt, daß der Eine mehr verlangt als die neue Wirksamkeit eines alten Polizeiagenten. Sollte

S. M. darauf bestehen, daß dem Reichstage Gesetzeswaffen gegen den Anarchismus abverlangt werden, so läge vielleicht in folgender Deduktion eine Ablenkung: Es ist nicht sowohl Partei- als vielmehr individueller Wahnsinn, Ansteckungsgefahr wegen des Nachahmungstriebes verworrner Geister, dieser wird angereizt durch öffentliche Beschönigung politischer Morde, folglich erneuter Versuch, das Rühmen solcher gemeinen Verbrechen strafbar zu machen. Daß die Sache juristisch schwierig ist, macht nichts, politisch ist der Versuch mindestens unschädlich, da keine der bürgerlichen Parteien die Gefahr verleugnen kann.

Um schließlich noch einmal auf die Anstellbarkeit Krügers zurückzukommen, so könnte er persönlich auch in der bürgerlichen Gesellschaft auf Sympathie so wenig zählen als das 3. T. mit seinem Namen verbundene Polizeisystem, und man wird eher einem homo novus zutrauen, daß er den erforderlichen neuen Geist in den politischen Sicherheitsdienst bringe. Daß wir den wohlthätigen Einfluß des Herrn v. Bülow leider nicht durch Bezeichnung eines geeigneten Kandidaten unterstützen können, liegt mit an dem langjährigen Abbruch der Beziehungen zur Berliner Polizei, während dessen wir zu viel Bekanntschaft mit Schänden und schadhafte Persönlichkeiten im Polizeidienste zu machen hatten.

Nachdem sich der Staatssekretär mit meinem Vorschlage eines langsamen Tempos in der Pressebehandlung des deutsch-englischen Abkommens \*) einverstanden und mit der Haltung der großen Blätter zufrieden erklärt hat, bin ich wieder in Urlaub gegangen.

Mit besten Wünschen und Grüßen  
Ihr

Hammann.“

Im Hochsommer 1900 war es eine höchst persönliche Gelegenheit, die den Geist Holsteins während seines Ferienaufenthaltes im Dammhaus im Harz beschäftigte. Die „Neue Freie Presse“ in Wien hatte nämlich eine Zuschrift veröffentlicht, in der Fürst Eulenburg, Botschafter in Wien, mit großer Milde, dagegen Holstein selbst und sein alter Freund Graf Paul Haßfeldt, Botschafter in London, abfällig beurteilt waren. Fürst Eulenburg hatte sich beeilt, die Vermutung, daß er hinter dem „persiden“ Artikel stecken könnte, durch ein Dementi zu zerstören.

---

\*) Über die portugiesischen Besitzungen in Afrika. Ein angesehenes deutsches Blatt hatte vorschnell Zukunftsmusik gemacht.

Wer konnte dann wohl der Hintermann sein? Hierauf beziehen sich zwei verfolgungsfüchtige Briefe, die lauteten:

„Dammhaus am Sperberhai  
über Klausthal / Harz.

Lieber Kollege!

Bestätigt sich die Ansicht, daß Doczy \*) hinter dem Artikel steckt?

Wenn das der Fall ist, erwägen Sie, bitte, ob es sich in meinem Interesse empfiehlt, beifolgende Erklärung in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht zu lassen. Ich begreife, daß die Sache zwei Seiten hat. Die „Neue Freie Presse“ wird sich wütend wehren und Doczy wird möglichst große Giftrationen liefern. Aber was können sie sagen? Selbst wenn sie sagen, daß Eulenburg und ich heute verfeindet sind — das Wort von der „perfiden“ Verteidigung bleibt aufrecht. Aber wie gesagt, Sie können besser als ich beurteilen, wessen ein angegriffener Journalist fähig ist.

Besser wäre es für mich, wenn der Inhalt der Erklärung ohne meine Unterschrift in irgendeinem Blatte veröffentlicht würde, das mit der „N. Fr. Pr.“ schlecht steht. Vielleicht ist inzwischen zu viel Zeit vergangen, so daß es schwer wird, einen Anknüpfungspunkt zu finden. Aber andererseits kann man auf die Art doch erst vorgehen, wenn wirklich die moralische Überzeugung besteht, daß der Ballplatz gemantelt hat. Den Verdacht habe ich wohl, aber die Überzeugung noch nicht.

Bitte schreiben Sie mir, ob und was Sie zu tun raten. Auf ein paar Tage kommt es nicht an.

In der Hoffnung, daß es Ihnen prachtvoll geht,

Ihr aufrichtig ergebener

Holstein.“

„Altenau im Harz, . . . Sept.

In eigener Sache.

Die „Neue Freie Presse“ brachte neulich einen Sensationsartikel, welcher sich mit den Botschaftern Fürst Eulenburg und Graf Hatzfeldt und mit meiner Person beschäftigte. Graf Hatzfeldt und besonders ich wurden angegriffen, scheinbar, um den Fürsten Eulenburg zu verteidigen. Es ist bereits öffentlich bekannt, wie der Fürst über die Verteidigung denkt: er hat sie als „perfide“ bezeichnet und von „sogenannten Freunden“ gesprochen.

Nach meiner Überzeugung, die ich von Anfang an hatte, und die sich inzwischen noch befestigt hat, stehen wir vor der Alternative, daß die „N. Fr. Pr.“ entweder nach den Geschäftsgrundsätzen eines

---

\*) Leiter der Presseabteilung am Wiener Ballplatz.

gewöhnlichen Revolverblattes gehandelt hat, oder aber daß sie zuvor das Gutachten irgendeiner kompetenten Persönlichkeit in amtlicher Stellung erlangt hatte. Jener Artikel verfolgte den Zweck, drei Beamte — darunter zwei der höchsten Beamten — einer befreundeten und verbündeten Macht, teils offen, teils verhüllt zu schädigen. Es ist ausgeschlossen, daß ein großes Blatt, wenn es das Gefühl seiner politischen Verantwortung hat, einem solchen ungewöhnlichen Wutausbruch die Spalten öffnet, ohne zuvor die Frage erwogen zu haben, ob aus diesem Kampfe der Personen sich nicht etwa politische Ungelegenheiten ergeben können. Auch die „hochachtbare“ Privatperson konnte als Einsender des Artikels dieses Bedenken nicht beseitigen. Die „N. Fr. Pr.“ ist also entweder von kompetenter Seite beruhigt worden, oder sie hat sich der Sensation zu Liebe über alle Bedenken hinweggesetzt.

Holfstein,  
Wirkl. Geh. Rat.“

„Dammhaus, 3. Oktober 99.

Lieber Kollege!

Von einer Seite, die manches erfährt, wird mir Münster \*) als mutmaßlicher Einsender des Briefes an die „N. Fr. Pr.“ bezeichnet. Ich kann nicht beurteilen, auf was die Annahme sich stützt, vielleicht nur auf die Hineinziehung von Sahfeldt. Übrigens, angenommen der 80jährige — — (folgt ein starker Ausdruck des Abscheus) wäre es gewesen, was dann? Der Kaiser könnte ihn allenfalls ärgern, wenn er wollte, ich stände da und könnte nichts tun. Erst vor 8 Jahren der 70jährige Schlözer, jetzt der 80 jährige Münster — es sieht aus wie ein System. Aber ich habe es noch nicht eilig mit dem Glauben an Münster.

Wenn es Münster wäre, dann könnte er es doch wohl nur durch den Pariser Korrespondenten der „N. Fr. Pr.“ gemacht haben. Halt! Ist das nicht Goldmann, der jetzige Berliner?

Na, ich sage gar nichts weiter.

Heute abend schrien die Hirsche prachtvoll. Ich saß auf einem 60 Fuß hohen Grabendamm und hörte zu. Zwei waren nicht 300 Schritt von mir. Der jüngere blökte schmeichelnd: „Darf ich bitten, mich Ihren Damen vorzustellen?“ Der alte brüllte förmlich: „So'n Lasse! Uf, uf, uf, uf!“ Infolge dieser Unfreundlichkeit blieb der junge im Dickicht und der alte machte sich draußen breit. Auch ich bleibe vorläufig noch im Dickicht und wünsche Ihnen alles mögliche Interessante.

Mit Händedruck

Holfstein.“

\*) Graf Münster, Fürst von Derneburg, seit 1885 Botschafter in Paris.

Beim Abspüren des Geländes fand sich weder von Doczy noch vom Fürsten Münster eine Spur. Die Veröffentlichung „In eigener Sache“ unterblieb natürlich.

### 3. Holsteinkrisen

1904—1906.

Die Entlassung Holsteins hat sich in zwei Akten mit einer langen Zwischenpause abgespielt. Im ersten Akt war dem Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen die Rolle des Leidtragenden zugebracht und mir die eines Statisten und Briefträgers zugeteilt, im zweiten Akt sollte ich das Opfer sein. Die Handlung des ganzen Stückes bestand aus einer Reihe von intriganten Schlichen und terroristischen Umwandlungen Holsteins.

Die erste Szene spielte auf seinem Zimmer: Holstein gibt mir den Entwurf der Kaiserrede auf dem Galamahl zu Ehren des Königs Eduard bei den Kieler Regatten (25. bis 29. Juni 1904, anderthalb Monate nach Abschluß des englisch-französischen Kolonialabkommens) zu lesen und fragt nach meinem Eindruck. Ich finde sie im ganzen angemessen und schlage nur an einer Stelle einen Zusatz vor. Holstein, ganz einverstanden, sucht mich mit einer Eilfertigkeit, die ich nicht begreife, und mit einer Beflissenheit, die mich stußig macht, zu veranlassen, die nicht zu meinen Obliegenheiten gehörende Verbesserung des Entwurfes vorzunehmen, damit er sofort und bevor ihn der Staatssekretär zu sehen bekommt, an den Kaiser telegraphiert werde. Ich mache Bedenken gegen die unnötige Umgehung des Staatssekretärs geltend; wolle er es auf dessen Verstimmung ankommen lassen, so möge er es ohne meine Mitwirkung tun. Gereizt durch meinen Widerspruch nimmt Holstein die Feder selbst in die Hand und läßt mit „Sofort“

den abgeänderten Entwurf an das Hoflager in Kiel telegraphisch abgehen. Zehn Minuten darauf kommt Richthofen ins Zimmer, fragt nach der Rede und hört von Holstein, daß er zu spät komme und die Angelegenheit schon erledigt sei, da sie keinen Aufschub geduldet habe. Darauf steigt dem immer verbindlichen Richthofen die Galle hoch, in scharfen Worten verbittet er sich solche Eigenmächtigkeiten.

Zweite Szene an Bord der „Hohenzollern“ in Kiel am 26. Juni mit Fortsetzung in Berlin: Der Kanzler macht mich auf eine Notiz des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aufmerksam, des Inhalts, der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen habe sich mit einem Stabe von Mitarbeitern zu den Kieler Festen begeben. Ich kann nichts Besonderes daran finden. Unter dem „Stab“ war der Presseleiter, der mit den englischen Journalisten Fühlung nehmen sollte, und der Referent für England, Fürst Lichnowsky, gemeint. Nach einem Brief Holsteins an den Kanzler vom 25. Juni ist aber die Notiz nicht so harmlos, wie es scheint. In dem Briefe ist nämlich die Notiz, gleich als ob sie eine Selbstreklame des Staatssekretärs sei, zum Anlaß genommen, um einen sofortigen Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes zu verlangen\*). Als weiteren Grund führt der Brief an, daß Richthofen die Geschäfte verschleppe, was kürzlich schon eine kaiserliche Rüge zur Folge gehabt habe. Bevor ich Kiel verlasse, trägt mir Bülow auf, in Berlin zusammen mit dem Unterstaatssekretär v. Mühlberg im Sinne seiner brieflichen Antwort an Holstein, in der die Zumutung eines Wechsels des Staatssekretärs mit guten Gründen zurückgewiesen ist, auf den Querulanten einzuwirken und ihm

\*) Tatsächlich stellte sich später heraus, daß die Notiz der Redaktion von jemand auf einer Rohrpostkarte zugegangen war, der öfter solche Mitteilungen auf dem Rohrpostwege lieferte und vielleicht mit Holstein eine unterirdische Verbindung unterhielt.

klarzumachen, daß sein Verlangen ungerechtfertigt und unerfüllbar sei. Bei meiner Rückkehr nach Berlin befindet sich Holstein in einer Augenklinik. Mein Versuch, ihn zu besuchen, scheitert, er läßt sich nicht sprechen. Ich richte also die Bestellung des Kanzlers schriftlich aus. Darauf geht er in den beiden folgenden Briefen zur Offensive gegen Bülow über:

„Berlin, den 6. Juli 1904.

Lieber Kollege!

Ihr Brief mit der Bestellung des Reichskanzlers war am 2. aufgegeben, ist jedoch auf dem Umwege über die Klinik erst am 4. abends in meine Hände gelangt. Gestern erwartete ich Sie vergeblich, antwortete also heute schriftlich, um weitere Verzögerung zu vermeiden.

In der von Ihnen übermittelten Bestellung, ebenso wie in den übrigen Äußerungen des Reichskanzlers, fällt vor allen Dingen der Umstand auf, daß der unordentliche, schleppende Geschäftsgang des Auswärtigen Amtes, der Hauptgegenstand meines unter dem 25. Juni an den Reichskanzler gerichteten Briefes, vom Grafen Bülow mit Stillschweigen übergangen wird. Und doch hatte gerade die Verschleppung dem Amte einen Tadel des Kaisers eingetragen von solcher Schärfe, daß Der oder Die, welche sich davon getroffen fühlen mußten, wohl auf Abschiedsgedanken kommen konnten. Es hätte nahegelegen, daß nach Empfang meines Briefes der Reichskanzler dem gerade damals in Kiel anwesenden Staatssekretär ungefähr gesagt hätte: „Eine Wiederholung von kaiserlichen Rügen wie die wegen der fünfzig verspäteten Antwortschreiben muß vermieden werden. Machen Sie doch, wie ich, jeden Tag reinen Tisch und halten Sie einigermaßen die Bureaufstunden ein. Dann werden Sie wahrscheinlich keine Reibungen mit Holstein haben, oder wenn Sie doch welche haben sollten, sagen Sie es mir.“

In den verschiedenen Äußerungen des Herrn Reichskanzlers findet sich jedoch keine Andeutung, daß die sachliche Frage ihn überhaupt beschäftigt hat. Es ist weder gesagt, daß die Verschleppung übertrieben dargestellt ist, noch daß die Angelegenheit geprüft werden soll. Es heißt einfach, daß, wenn ich mit Nichtshosen nicht zusammen arbeiten kann, ich ausscheiden muß; ferner, daß der Kaiser gern mehrere Änderungen im Auswärtigen Amt vornehmen, d. h. auch mir einen Nachfolger geben möchte. Über letzteren Punkt will ich einige Worte sagen. Seif mehr als

einem Vierteljahrhundert sitze ich in meinem Bureau, gehe nicht an Hof und verlange keine Rolle zu spielen. Wenn etwa Seine Majestät, wie der Reichskanzler angedeutet hat, gegen mich eingenommen worden war, so konnte zweifellos Graf Bülow im Laufe der letzten sieben Jahre die Stimmung zu meinen Gunsten beeinflussen. Ich hatte in dieser Zeit ungezählte größte Arbeiten zu liefern, die vielleicht Seine Majestät hätten zu der Ansicht bringen können, daß ich ein nützlich Mitglied des Auswärtigen Amtes sei. Aber was ist aus allen meinen und meiner politischen Kollegen Aufzeichnungen über schwebende Zeitfragen geworden? Nur selten und ausnahmsweise ging eine derselben als Innendienstbericht an den Kaiser. Einige andre fanden vielleicht Verwendung in Privatbriefen des Reichskanzlers an den Kaiser. Aber die große Mehrzahl ging zu den Akten. Kein Wunder, daß der Kaiser sich allmählich an den Gedanken gewöhnt zu haben scheint, dieses unproduktive Auswärtige Amt in seiner jetzigen Zusammensetzung als einen „verknöcherten“ Organismus anzusehen, den der Reichskanzler unpraktischerweise als Kugel am Bein hinter sich herschleppt.

Ich werde nunmehr, da der Reichskanzler das Sachliche in meiner Vorstellung gänzlich ignoriert, in einigen Tagen auf mein Abschiedsgesuch vom 1. d. M. zurückkommen, falls dasselbe nicht inzwischen erledigt ist. Die Genehmigung ist unter den obwaltenden Umständen selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich sind die Angriffe und verdächtigenden Mutmaßungen, welche sich aus dem bekannten feindlichen Winkel anlässlich meines plötzlichen Ausscheidens gegen mich richten werden. Ich werde mich dann nach Kräften mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen. Persönliche Rücksichten habe ich dabei nicht zu nehmen. Daß ich keine Staatsgeheimnisse kompromittieren werde, bedarf nicht erst der Erwähnung. Solche kommen übrigens bei diesem Streite auch gar nicht in Betracht.

Mit aufrichtiger Hochschätzung, lieber Kollege,

Ihr sehr ergebener  
Hofstein.“

„Berlin, den 6. Juli 1904.

Lieber Kollege!

Mein Brief von heute früh ist die Antwort auf eine durch Sie übermittelte Bestellung des Reichskanzlers, folglich auch zur Weitergabe an diesen bestimmt. In diesem psychologischen Augenblick halte ich die volle Offenheit für ein Gebot der Loyalität.

Ihr sehr ergebener  
Hofstein.“



„Berlin, den 11. Juli 1904.

Lieber Kollege!

Ich höre, daß Sie hier waren. Um beiden Teilen unnütze Mühe zu ersparen, bemerke ich Ihnen folgendes:

Der jetzige akute Zwischenfall hat sein Gutes. Aus Gründen, auf die ich hier nicht eingehen will, ist das Prestige Deutschlands in den letzten Jahren geschwunden, während unsre Gegner und Rivalen einen Ring zu bilden im Begriff sind. Es sind daher schwierige Situationen zu gewärtigen, für welche ich den Anteil von moralischer Verantwortung, den jeder Mitarbeiter hat, lieber nicht übernehmen möchte. Deshalb sage ich Ihnen Lebewohl.

Ihr aufrichtig ergebener  
Holstein.“

Diese Beschwerden gegen den Kanzler waren ebenso ungerechtfertigt wie die gegen den Staatssekretär. Als Bülow mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte betraut wurde, war einer der ersten Wünsche des Kaisers, daß er Holstein aus dem Amt entfernen möge. Ferner brauchte selbstverständlich bei Immediatberichten nicht der Name des Beamten, der sie entworfen hatte, genannt zu werden. Das Gegenteil wäre wider allen Brauch gewesen. Mit der angeblichen scharfen Rüge wegen Verschleppung verhielt es sich so: Im April 1904 hatte sich der Kaiser in einem Gespräch auf der „Hohenzollern“ ärgerlich darüber geäußert, daß ihm die Dankschreiben für Glückwünsche, ich glaube bei seinem letzten Geburtstage, so spät vorgelegt worden wären. Die Bedeutung einer scharfen Rüge gegen den Staatssekretär hatte die Äußerung nicht. Außerdem lag sie ungefähr zwei Monate zurück, und inzwischen hatte Richthofen nichts von kaiserlicher Ungnade zu merken bekommen. Die Drohung endlich am Schlusse des Schreibens Holsteins vom 6. Juli 1904 und seine Klage in dem Briefe vom 11. Juni 1904 über das gesunkne Ansehen wehrte Bülow in folgenden Sätzen vom 13. Juli 1904 ab:

„Holstein deplaciert fortgesetzt den Differenzpunkt zwischen sich und uns. Erst suchte er die Frage so zu stellen, als ob es sich von seiner Seite nur um eine Beschwerde über die zu langsame Erledigung der Geschäfte durch Richthofen gehandelt hätte, während er in Wirklichkeit eine Notiz des „Lokal-Anzeigers“ zur Veranlassung nahm, die sofortige Ersetzung des Staatssekretärs zu verlangen. Jetzt spricht er von unserm geschwundnen Prestige, ähnlich wie dies die Bismarcksche Presse zu tun pflegt. Ich kann mir aber nicht denken, daß Holstein mit dieser Presse den Rückgang unsres Ansehens auf die Entlassung des großen Kanzlers zurückführt. Seit dieser Entlassung ist von der Richtererneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages und dem ostasiatischen Dreibund bis zu der Behandlung der Marokko- und der ägyptischen Frage, von dem sogen. Uriasbrief nach Wien bis zur Veröffentlichung der Swinemünder Depesche, von der 1896 erfolgten Wendung gegen England bis zu der Shanghai- und Pauncesote-Differenz mit dieser Macht in unsrer auswärtigen Politik nichts von Bedeutung geschehen, wozu Holstein nicht geraten hätte. Das Aufhören seiner moralischen Verantwortlichkeit datiert erst von meiner neulichen Abreise nach Kiel, d. h. vom 19. Juni 1904.“

Besonders bemerkenswert ist, daß Bülow unter den Fehlern der deutschen Politik nach Bismarck die Behandlung der Marokkofrage anführte. Damit konnte nur die Ablehnung der wiederholten englischen Anregungen, Chamberlains und Lansdownes, zu einem deutsch-englischen Abkommen über Marokko aus der Zeit 1898 bis 1901, also vor der im April 1904 abgeschlossnen entente cordiale, gemeint sein. Die treibende Kraft beim Versagen der deutschen Politik gegenüber den frühern britischen Absichten war in der Tat Holstein mit seiner Marotte, ein Abschwenken Englands nach der Seite des Zweibundes für ganz ausgeschlossen zu erachten. Die in der Fehlerliste gleichfalls erwähnte Pauncesote-Differenz mit England war dadurch entstanden, daß auf Holsteins Betreiben ein aus den Akten ausgegrabener Bericht des deutschen Botschafters v. Holleben vom 15. April 1898, wonach sich der englische Botschafter in Washington Pauncesote für einen Kollektivschritt gegen den Krieg mit Spanien eingesetzt haben sollte, im „Reichsanzeiger“ (Februar 1902)

veröffentlicht worden war, um in Amerika den guten Beziehungen zu England Abbruch zu tun. Was endlich den Uriasbrief betrifft, so steht fest, daß er von A bis Z von Caprivis Hand niedergeschrieben worden ist. Das schließt nicht aus, daß Holstein geraten hat, einen solchen Erlaß zur Verhinderung einer Audienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser Franz Joseph an den Wiener Botschafter Prinzen Reuß zu richten. Dafür spricht, daß Caprivi in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft gegen Holsteinsche Ratschläge sehr mißtrauisch war und mich gelegentlich vor der „Giftbude da drüben“ warnte. Es ist ihm aber niemals beigegeben, die Verantwortlichkeit für die schlechte Wirkung des Uriasbriefes auf einen andern abzuschieben.

Ende Sommer 1904 kehrte Holstein nach einer Aussprache mit dem Kanzler in Homburg wieder zu den amtlichen Penaten zurück. Der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen war gutmütig genug, sich den unverträglichen Zimmernachbar weiter gefallen zu lassen. Auch mein Verhältnis zu Holstein war wieder so wie früher, aber nur äußerlich, innerlich hatte mich das bei seiner Intrige gegen Richthofen Erlebte ihm ganz entfremdet. Zum offenen Bruch kam es kurz nach der Tanagerfahrt des Kaisers, als ich mich seinem Verlangen, durch das Sprachrohr der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Kriegsfanfare loszulassen, nicht fügte und mit Erfolg die Entscheidung des Kanzlers anrief. Die papierne Kriegsdrohung, die er wünschte, sollte Frankreich für seine Konferenzidee gefügiger machen, hätte aber nach der rauhen Methode, die schon in der alle Welt überraschenden Tanagerfahrt lag, sicherlich nach innen und außen nur schädlich gewirkt.

Seit Holstein seinen Willen, die Marokkofrage nicht durch Sonderverhandlungen mit Frankreich, sondern auf einer Konferenz zu lösen, durchgesetzt hatte, waren die

Aussichten auf deutsche Erfolge in Algeciras allmählich immer trüber geworden. Mit der Isolierung Deutschlands auf der Konferenz drohte ihrem Urheber die Gefahr, auch in der deutschen Presse — die französische hatte ihn lange schon als bösen Geist verschrien — angegriffen zu werden. Wie ihr entgegen?

In seiner Unruhe verfiel Holstein auf alle möglichen und unmöglichen Auswege. Neujahr 1906 Abschiedsgesuch an den Kanzler, dann wieder Einschüchterungsversuche; schließlich das Begehren, zum Direktor der politischen Abteilung mit Unterstellung des Pressedienstes unter sein Kommando ernannt zu werden. Am 11. Januar langer Brief an den Kanzler, verlangt sofortige Ernennung zum Direktor als Genugtuung für einen jüngst eingegangnen kaiserlichen Randvermerk über die schwächliche Haltung des Auswärtigen Amtes bei der Besetzung Kiautschous (November 1897), den Holstein auf sich bezieht. Am 13. Januar, während Bülow wegen einer Halsentzündung das Bett hütet, erscheint Holstein, verlangt Unterschrift einer Verfügung, die ihm bis zur Genehmigung des Direktorpostens im Reichstag provisorisch die Leitung der gesamten politischen Abteilung überträgt. Der Kranke verweigert die Unterstellung der Presse. Nach einigen Minuten klopft Holstein wieder an, erscheint nochmals und setzt auseinander, er sei wohl mißverstanden worden, denke nicht daran, den Einfluß des Kanzlers auf den Pressedienst zu schmälern; ich könne weiter reichsunmittelbar bleiben, das heißt direkten Vortrag beim Kanzler behalten, auch bei Meinungsverschiedenheiten mit Holstein die Entscheidung des Reichskanzlers einholen. Darauf unterschreibt der Kanzler.

Am nächsten Tage sagt mir Bülow, er verstehe vollkommen meinen moralischen Widerwillen gegen den Er-

presser, er werde ihn nach dem Ende von Algeciras entfernen; vorläufig müsse man ihn noch gewähren lassen, da gegenwärtig bei seinem intriganten Charakter bedenkliche, das Reichsinteresse schädigende Stänkereien nicht ausgeschlossen wären.

Jetzt hatte also Holstein zwar die Funktionen eines Direktors mit der erwähnten Einschränkung, die übrigens an dem tatsächlichen Zustand nicht viel änderten — der älteste vortragende Rat in der politischen Abteilung hatte seit Caprivi's Zeiten für alle Ausgänge die sogenannte Paraphe — aber die Nachtragsforderung eines neuen Direktors im Etat war noch nicht an den Reichstag gelangt.

Fürst Herbert Bismarck war Holstein zur rechten Zeit gestorben, nun half ihm der Schlaganfall des armen verhassten Richthofen († 17. Januar 1906). Aber im Reichstag waren die alten Bismarckfreunde, wie Kardorff, noch immer, wenigstens moralisch und intellektuell, stark vertreten. Den „Mann im Dunkeln“ hätten sie gewiß als neuen Direktor nicht unbeanstandet auf der Rampe des Reichstages erscheinen lassen und vielleicht sogar mit der Aufrührung alter Geschichten, von der Zeit des Arnim-Prozesses an, gedroht. Eine Andeutung, daß der neue Direktor eine Holstein-Debatte herausfordern würde, erregte die Scheu vor öffentlichem Auftreten, die Holstein im Blute lag, so stark, daß er den Kanzler bat, die Nachtragsforderung an den Reichstag liegen zu lassen.

Während im Februar die Verhandlungen in Algeciras über die Hauptfragen nicht vom Flecke kamen, operierte Holstein mit dem Gedanken, daß ein Scheitern der Konferenz uns nützlich sei; nach einem halben Jahre werde vielleicht eine bessere Verständigung mit Frankreich zu erreichen sein. Als dann der Kanzler nach Aufnahme des alten Welfersheimbschen Vermittlungsvorschlages die auf-

reibende Mühe auf sich lud, alle Ein- und Ausgänge bis in alle Einzelheiten zu bearbeiten und zu überwachen, damit Holstein nicht wieder Pflöcke zwischen die Türangeln steckte, fiel dieser ganz auf die andre Seite; er wollte alles nachgeben, denn Bülow hatte ja die Verantwortung, und er selbst konnte sagen, daß Schwäche seine Kraftpolitik verdorben hätte. Ende März wieder Briefbombardement auf Bülow und Entlassungsgesuche. In einem der Briefe hieß es, man spreche in Pressekreisen davon, daß Holstein zum Sündenbock gemacht werden solle, die Rolle eines solchen sei nicht so schlecht.

Noch einmal schien der Zufall, Tod oder Krankheit, Holstein zu Hilfe zu kommen: die schwere Ohnmacht Bülows am 5. April im Reichstage. Eines der Entlassungsgesuche befand sich im verschlossnen Schreibtisch des Fürsten. Holstein hätte es gern zurückerhalten. Unter einem andern Kanzler konnten für ihn bessere Zeiten anbrechen. Aber der Zufall war fünf Stunden zu spät gekommen. Früh um 8 Uhr desselben Tages hatte der Nachfolger Richthofens, v. Tschirschky, die Genehmigung des Abschiedsgesuches vom Kaiser, der in der Villa des Staatssekretärs vorsprach, im Auftrage des Kanzlers schon eingeholt.

Was ich im vorstehenden, ausführlicher als früher \*), mitgeteilt habe, ist Aufzeichnungen entnommen, die zur Zeit der akuten Konflikte mit Holstein in der Voraussicht seines einst in der Geschichte schwankenden Charakterbildes niedergeschrieben wurden. Manche Politiker, neuerdings auch der Historiker Haller, haben sich den Grund nicht erklären können, warum Fürst Bülow die Fehler, Schrullen und Ränke Holsteins trotz richtiger Erkenntnis so langmütig ertragen und ihn sogar noch im

\*) „Der neue Kurs“ S. 104 ff., „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs“ S. 196 ff.

Reichstage gegen den Abg. Haußmann verteidigt hat (in der Sitzung vom 10. Dezember 1908). Wenn man von der politischen Erfahrung und der außerordentlichen Arbeitskraft Holsteins absieht, wird sich kein anderer Grund finden lassen als der oben schon angedeutete: Fürst Bülow hegte die Besorgnis, Holstein könnte sich bei seinen unberechenbaren Einfällen zu Angriffen mit Schädigung der Landesinteressen verleiten lassen. Deshalb ließ er auch nach seiner Genesung die persönlichen Beziehungen zu Holstein nicht ganz abreißen.

Dabei ist nicht zu vergessen, wie sich Bismarck in seiner Amtszeit zu Holstein verhalten hat. Als Botschafter in Petersburg hat er den blutjungen Attaché v. Holstein zu überwachen gehabt; als Reichskanzler hat er sich seiner als Vigilanten in der Pariser Botschaft gegen den eignen Vorgesetzten, Grafen Arnim, bedient; nach dem Berliner Kongreß, zu dem Holstein als Sekretär zugezogen war, hat er ihn elf Jahre lang als vortragenden Rat im Auswärtigen Amt geduldet, obgleich die besten Mitarbeiter des großen Mannes, Bucher, Schlözer, Busch, über Holsteins Unverträglichkeit stöhnten und dem mit mancherlei Talenten begabten Kollegen nicht über den Weg trauten. „Ein schwieriger Passagier. Wenn man ihn aber zwingt, aus dem Wagen zu steigen, riskiert man, daß er, vielleicht im Ausland, zu plaudern anfängt“ \*). Ganz nach diesem Vorbild hat Bülow auf seiner Kanzlerreise den schwierigen Passagier wegen seiner nützlichen Eigenschaften geduldet, bis ihm seine widrigen Launen und Tücken die gemeinsame Fahrt unerträglich machten.

Ob aber Holstein zur Befriedigung eines persönlichen Hasses wirklich seine preußisch-deutsche Gesinnung zu

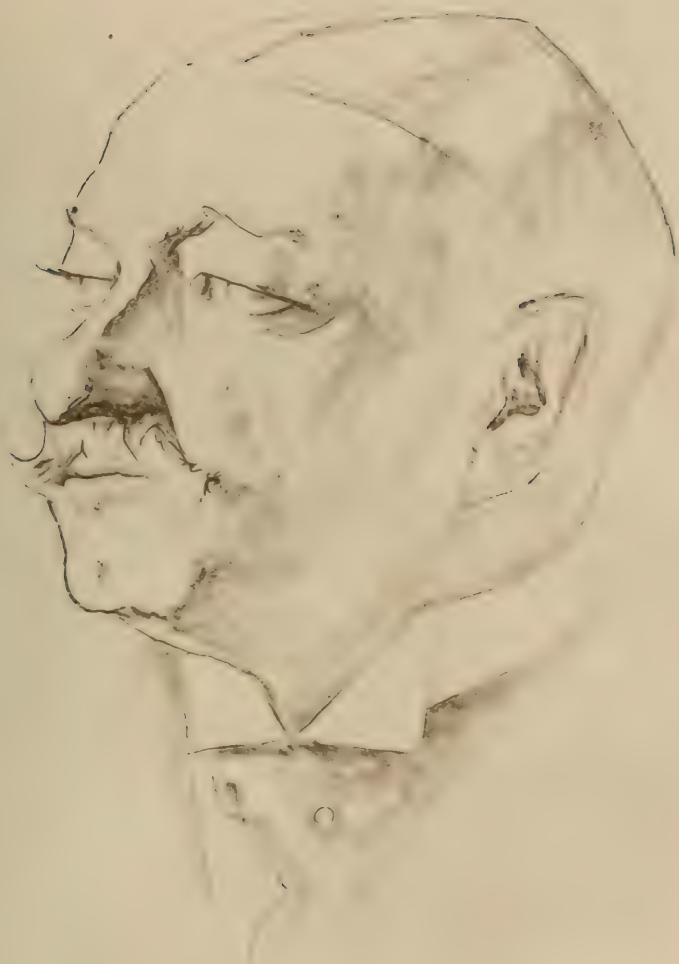
---

\*) Aus dem Pfingstartikel von Maximilian Harden in der „Neuen Freien Presse“ vom 3. 6. 1906.

schänden fähig gewesen wäre, möchte ich bezweifeln. Eigne Wahrnehmungen, die auf eine solche Möglichkeit schließen ließen, habe ich nicht gemacht. Immerhin mag folgender Vorfall erwähnenswert sein: Am 5. April 1906 über Mittag, als die Inhaber der Zimmer im obern Stock des Auswärtigen Amtes, der Staatssekretär, der Unterstaatssekretär und die meisten politischen Räte der Sitzung des Reichstages beiwohnten, hatte Holstein den englischen Botschafter Sir Frank Lascelles zu sich gebeten, um sich über die Schwierigkeiten seiner Stellung vertraulich auszusprechen. In der Unterredung erzählte er dem Engländer: Graf Bernstorff, damals Botschaftsrat in London, habe dem Kaiser gesagt, er, Holstein, habe die frühern guten Beziehungen zu England verdorben; in ähnlicher Weise habe Fürst Philipp Eulenburg gegen ihn gewählt und der dritte Minierer sei ich. Am folgenden Tage erschien Sir Frank Lascelles bei dem Staatssekretär v. Tschirschky, um sich im Auftrage des Königs Eduard nach dem Befinden des kranken Reichskanzlers zu erkundigen. Dabei teilte er in seiner offenen Art die auffälligen Eröffnungen Holsteins dem Staatssekretär mit.

Denke ich an alles zurück, was ich im Guten und im Schlimmen von Holstein erfahren habe, so darf ich sagen, daß mein Urteil über ihn immer in drei Teile gespalten war: Anerkennung seiner hohen geistigen Fähigkeiten und Kenntnisse, tiefes Mißtrauen gegen seinen Charakter und wahres Mitleid mit seinen pathologischen Anlagen und Erzeugnissen.





Adapt you Talor



## II. Bülow und die unpolitischen Deutschen.

Die Geschichte kennt keinen Staatsmann, der sich so andauernd und eindringlich mit der öffentlichen Meinung und ihrer Bearbeitung beschäftigt hätte wie Fürst Bülow. Diese Tätigkeit, die oft schon frühmorgens bei der Toilette in Gestalt von Diktaten an einen der Sekretäre begann, war keineswegs nur auf möglichst günstige Würdigung der eignen Person und ihrer Reden und Taten eingestellt, sondern diente dem Zweck, der rückständigen politischen Erziehung des deutschen Volkes nachzuhelfen und sie in vernünftigeren Bahnen zu lenken. Aus dieser Massenproduktion verdienen eine Reihe von treffenden Beobachtungen und allgemeinen Wahrheiten hervorgehoben zu werden, die nicht veraltet, vielmehr heute noch nützlich zu lesen sind. Mit der Wiedergabe solcher Stücke folge ich keiner Anregung des Fürsten Bülow, dem aus der Fülle seiner Diktate und eigenhändigen Briefe die hier mitgeteilten Einzelheiten kaum noch gegenwärtig sein werden. Ich verbürge sie aber als ungeschminkte Zeugnisse für Gedanken, die den Fürsten bewegten und über ihre zeitliche Veranlassung hinaus Wert behalten, auch gegen ein hyperkritisches Aburteilen der „Aera Bülow“.

Am 8. April 1904 war das französisch-englische Kolonialabkommen über Ägypten und Marokko abgeschlossen und sogleich veröffentlicht worden. Der Haupt-

inhalt, die gleichzeitige Regelung der ägyptischen und der marokkanische Frage, lieferte einen deutlichen Beweis für die wirklich unter den Westmächten bestehende entente cordiale. In dem französischen Protektorat über Marokko, wie es die englische Erklärung umschrieb, war man über deutsche wirtschaftliche Interessen und Rechte glatt hinweggegangen. Der alte russische Freund war durch einen Krieg, der sehr unglücklich begonnen hatte, im Fernen Osten festgelegt. Ein Besuch des Präsidenten der Französischen Republik, Loubet, in Rom und Neapel stand unmittelbar bevor. Kein Wunder, daß sich in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich der alldeutschen, ein Gefühl der Vereinsamung ausbreitete, das auch schon im Deutschen Reichstag (12. und 14. April) zu starkem Ausdruck gekommen war. In der Presse wünschte Bülow die Lage wie folgt behandelt zu sehen:

„20. April 1904.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dieselben Ultrachauvinisten, welche jetzt ein Stück von Marokko verlangen, und überhaupt überall annektieren wollen, durch ihr systematisches Stehen gegen England und ihre fanatisch-bornierte Burenschwärmerei die Annäherung zwischen England und Frankreich ermöglicht haben. Mit welchem Unverstand wurde ich angegriffen, als ich davor warnte, sich den Inspirationen einer kopflosen Gefühlspolitik hinzugeben! In einer Zeit, wo Presse und öffentliche Meinung eine so große Rolle spielen wie heute, trägt für die Exzesse der Einen wie der Anderen schließlich immer das Land selbst die Verantwortung.

Es wäre nicht schlecht, bei diesem Anlaß der deutschen öffentlichen Meinung und Presse ins Gewissen zu reden, daß auswärtige Fragen mit mehr Ruhe behandelt werden müssen, ohne fortgesetztes Belehren und Beschimpfen des Auslandes, ohne kindische Sentimentalitäten, ohne Kannegeherei, auch ohne fortgesetztes Diskreditieren der eignen Regierung.

Man kann von den Engländern lernen, wie ein verständiges Volk auch schwere und lange dauernde militärische Rückschläge ruhig, geduldig, ohne Rekriminationen hinnimmt; von den Franzosen, wie man mit Vernunft und Klugheit über so peinliche Zwischenfälle wie Fashoda wekommt. Man kann von beiden lernen, daß man bei Abkommen nicht bloß schreien

muß über das, was man nicht bekommen hat, sondern zufrieden sein mit dem, was erreicht wurde.

Gegenüber dem Loubet-Besuch in Italien muß unsere Presse sehr ruhig bleiben. Der Dreibund ist erneuert worden. Er ist erst kürzlich in Neapel und durch die Reise von Tittoni in der unzweideutigsten Weise neu bekräftigt worden. Unser Kaiser fand in Italien wiederholt und bis in die letzte Zeit die freundlichste Aufnahme. Da müssen wir nicht die Nerven verlieren, wenn Italien, das aus vielen Gründen Frieden will und aus vielen anderen, auch wirtschaftlichen Motiven, mit Frankreich gut stehen möchte, Loubet mit südländischem Enthusiasmus empfängt.“

Dem folgenden Briefe gingen voran: Ende März 1905 überraschende Fahrt des Kaisers nach Tanger, am 6. Juni Sturz des Ministers Delcassé, Ablehnung des Vorschlags seines Nachfolgers Rouvier, sich à deux zu einigen, nach langen Verhandlungen Einberufung einer Konferenz in Algeciras.

„Dezember 1905.

Die letzten Berichte des kaiserlichen Geschäftsträgers wie des Militärattachés in Paris weisen auf eine dort, namentlich in militärischen Kreisen, herrschende kriegerische Stimmung hin. Alle sonstigen Nachrichten, die wir aus Paris erhalten — Brief des Senators d'Estournelles, Brief des Professors Gabriel Monod, Briefe französischer Journalisten, mündliche Mitteilung von Graf Adalbert Sierstorff usw. — bestätigen diese Auffassung. Ich halte es für notwendig, in dieser Richtung dem deutschen Publikum die Augen zu öffnen, das unter dem Eindruck einer fünfunddreißigjährigen Friedensperiode sowohl gegenüber dem Auslande wie gegenüber der Sozialdemokratie einem viel zu weit gehenden Optimismus huldigt. Andersfalls verfällt der so unpolitisch angelegte, dem Auslande gegenüber vertrauensselige, gegenüber der eignen Regierung absprechende und eigensinnige Deutsche wieder in alle seine traditionellen Fehler und Säukereien, auf welche das Ausland rechnet, um uns das Fell über die Ohren zu ziehen.“

In dem beigefügten Entwurf eines Artikels hieß es:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß in französischen Militärkreisen die Stimmung während der letzten Monate eine kriegerischere und zuverlässlichere geworden ist. Das ist, wenigstens zum Teil, auch darauf zurückzuführen, daß die Stimmung im französischen Volk wieder eine militärischere ist als seit vielen Jahren. Durch die Dreyfus-Affäre war der

Kredit der Armee schwer geschädigt worden. In dem Maße, wie er sank, wuchs der Einfluß der Radikalen, Sozialisten, Friedensfreunde. Jetzt ist der umgekehrte Prozeß im Gange. Für Frankreich gilt das Wort: *Les jours se suivent et ne se ressemblent pas*. Die Sympathien für die Armee steigen wieder. Radikalismus und Sozialismus verlieren sichtlich den Boden oder sind gezwungen, auch militärisch-chauvinistische Allüren anzunehmen. In der kommenden Kammer wird Jaurès entweder gar keine Rolle spielen oder als „Patriot“ auftreten müssen. Die Bedeutung von Jaurès und überhaupt des französischen Sozialismus wird in Deutschland sehr überschätzt. Nur vorübergehend konnte von einer solchen die Rede sein unter dem Eindruck gewisser Begleiterscheinungen der Dreyfus-Affäre und weil Waldeck-Rousseau als Gegengewicht gegen den vor einigen Jahren übermächtig zu werden drohenden Klerikalismus einen Sozialisten, der eigentlich gar keiner war (Millerand), in sein Kabinett aufgenommen hatte. Im Grunde hat der Sozialismus in Frankreich herzlich wenig zu sagen. Der Franzose ist zu praktisch und vor allem, ähnlich wie der Engländer und Amerikaner, viel zu national gerichtet, als daß er dem Sozialismus je größern Einfluß einräumen sollte. Jedenfalls rücken in Frankreich jetzt auch die republikanischen Gruppen vom Sozialismus ab. Alles scharf sich wieder unter Abwendung von der roten Fahne um die Trikolore. Das hat sich bei den letzten Kammerverhandlungen zur Evidenz gezeigt und wird immer mehr hervortreten.

Worauf die kriegerische Stimmung in Frankreich und die zurechtlichere Stimmung in der französischen Armee zurückzuführen ist? In erster Linie wohl auf die Überzeugung, daß im Falle eines Krieges mit Deutschland Frankreich auf die Unterstützung Englands zählen kann, dessen Machtmittel in materieller Beziehung für geradezu unüberwindliche gehalten werden und von dem die meisten Franzosen annehmen, daß es im Gegensatz zu Rußland, das auf Frankreich kalmierend und im Friedenssinne einwirkte, einen französischen Vorstoß gegen Deutschland gern sehen würde, um selbst die unbequeme wirtschaftliche Nebenbuhlerschaft Deutschlands loszuwerden. Merkwürdigerweise hat auch der in England eingetretene Kabinettswechsel \*) an dieser Auffassung sehr vieler Franzosen nichts geändert. Dazu kommt die feste Überzeugung weiter französischer Kreise, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges die deutsche Sozialdemokratie mit ihren Millionen Anhängern nicht mitmachen, d. h. also Deutschland lähmen und Frankreich zu Hilfe kommen würde.

Der große Irrtum, in welchem sich viele deutsche Beobachter französischer Verhältnisse und auch manche deutsche Korrespondenten in Paris

\*) Auf das Kabinett Balfour-Lansdowne folgte das liberale Kabinett Bannerman-Grey.

befinden, ist, zu glauben, daß sich das französische Volk jemals mit der Abtretung von Elsaß-Lothringen und namentlich mit dem Verlust der von Richelieu bis zu Napoleon III. in Europa ausgeübten Hegemonie abgefunden habe. Wie sollte ein solcher Verzicht auch möglich sein, wo seit 35 Jahren die Revancheidee und die Idee der „Gloire“ in Schule, Presse, Literatur mit einer Konsequenz, Energie und Leidenschaftlichkeit festgehalten und genährt wird, die in Deutschland kaum verstanden, geschweige denn nachgeahmt wird? Ich fürchte, daß auf der Konferenz in Algeciras sehr bald auf französischer Seite, von England wenn nicht gefördert, so jedenfalls nicht gehemmt, die Tendenz hervortreten wird, Deutschland in die Lage zu bringen, wo es nur die Wahl hätte zwischen einer schweren Einbuße von Ansehen in der Welt oder einem bewaffneten Konflikt. Ein solcher wird hier für das Frühjahr von sehr vielen erwartet, von sehr vielen gewünscht.“

Im Sommer 1906 arbeitete Bülow während seines Aufenthalts in Nordern an einer großen Rede, die möglichst ruhig und würdig die internationale Lage nach allen Seiten, besonders der englischen und russischen — das Abkommen über Persien, Afghanistan und Tibet war schon in Sicht —, beleuchten und mit der zugleich die immer wieder auftauchenden Gerüchte über bedenkliche Nachwehen der am 5. April 1906 im Reichstage erlittenen Ohnmacht widerlegt werden sollten. Jeder Satz des vom Kanzler selbst ausgearbeiteten Entwurfes war aufs sorgfältigste erwogen und mit den zuständigen Ratgebern besprochen worden. Die fast zweistündige Rede machte im Reichstag einen starken Eindruck. In der deutschen Presse dagegen fehlte es nicht an kritischen Stimmen aus fast allen Parteilagern. Ein Blatt sprach von einer geistreichen Causerie, ein andres nannte die Rede ein geschichtsphilosophisches Quodlibet, ein drittes wollte in ihr nur eine Sammlung von optimistischen Beschwichtigungssphrasen sehen. Deshalb war es wohl zu verstehen, daß Bülow klagte:

„15. November 1906.

Die Beurteilung meiner jüngsten Rede über auswärtige Politik in einem großen Teil der deutschen Presse zeigt in betäubender Weise, wie

gering bei uns noch das Verständnis für auswärtige Fragen, alles was damit zusammenhängt und namentlich die richtige Art ihrer Behandlung ist. Ich gehe nicht so weit wie Althoff, welcher der Ansicht ist, es sei nun einmal eine unabänderliche Eigenschaft des deutschen Volkes, in Kunst, Wissenschaft und Philosophie Unsterbliches zu leisten, dafür aber für die Politik gänzlich unbegabt zu sein. Daß wir in dieser Beziehung tief unter den Engländern und selbst den Franzosen stehen, ist aber leider unbestreitbar. Kommt zu der mangelhaften politischen deutschen Veranlagung dann noch Rechthaberei, Doktrinarismus und plumpe Kritiksucht, so entstehen solche Urteile, wie sie jetzt deutsche Zeitungen vielfach zutage fördern.

Ich weiß wohl, daß Kapuzinaden an die Adresse des eignen Volkes keinen Zweck haben. Man muß es nehmen, wie es ist. Aber vielleicht können Sie doch den Gedanken in der Presse Eingang verschaffen: wieviel besser die englische, französische, italienische, russische und amerikanische Presse meine Reden verstanden hätten als die meisten deutschen Blätter; daß man in der Politik nicht nur kritisieren, sondern auch nachhelfen müsse und daß das deutsche Volk selbst den Schaden davon habe, wenn das Ausland den Eindruck erhalte, hinter dem leitenden Staatsmanne stünden nicht Presse und öffentliche Meinung seines Landes, wie dies in anderen Ländern ganz überwiegend der Fall sei.“

Man muß sich jedoch daran erinnern, daß damals eine dunkle Wolke der Verdrossenheit über allen Parteien hing und den Blick auf die auswärtige Lage verdüsterte. Auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sprach von einer Politik der Stimmungen und Verstimmungen, der Telegramme und Geschenke, der unerwiderten Liebeserklärungen und donnernden Reden — Anklagen, die auch die zwischen den Zeilen der Kanzlerrede zu lesende Verwahrung gegen das persönliche Regiment nicht entkräften konnte.

Bülow machte sich aber nicht nur Sorgen um die politische Unerzogenheit des deutschen Volkes. Seine Mahnungen richteten sich auch nach oben. Mit dem Kaiser ist er öfters so freimütig und eindringlich gewesen, wie es unsre Öffentlichkeit dem lebenswürdig erscheinenden Mann kaum zutraute. Er warnte beizeiten vor heraufziehenden Ge-



fahren und bemühte sich, den Grundirrtümern der kaiserlichen Weltauffassung entgegenzuwirken. Gerade aus jenem Sommer 1906, der zu Klagen über „persönliches Regiment“ besonders Anlaß gab, ist mir ein Gespräch im Gedächtnis geblieben, in dem Bülow auf einem Spaziergang am Strande von Norderney Gedanken über das Verhängnisvolle des monarchischen Absolutismus zur Belehrung des Kaisers entwickelte. Er schilderte den Zusammenbruch des autokratischen Systems in Rußland, obwohl diese Regierungsform an sich dem seelischen Kern des russischen Volkes entspreche, der slawisch-tatarisch, mehr asiatisch als europäisch sei. Die Germanen huldigten einem idealistischen Freiheitsziel. Der Absolutismus sei auf deutschem Boden nur in Nachahmung französischer Vorbilder erwachsen und selbst sein größter Vertreter bei uns habe dem „L'Etat, c'est moi“ Ludwigs XIV. den Ausspruch entgegengesetzt, der Fürst sei nur der erste Diener des Staates. Die offenbaren Schwächen der russischen Selbstherrschaft wirkten ungünstig zurück auf die Stellung des Deutschen Kaisers. Der Grundfehler Alexanders III. und Nikolaus' II. sei, daß sie keine zeitgemäßen Reformen eingeführt, keine rechtzeitigen Zugeständnisse gemacht, sondern mit den Peitschen der Kosaken, den Lanzen der Ulanen und den Flintenkugeln der Grenadiere regiert hätten. Am wenigsten könnten gerade autokratische Regierungen unglückliche Kriege ertragen. — Der Unterschied zwischen den östlichen Monarchien und denen des parlamentarischen Westens springe zu grell in die Augen. Demokratische Länder zeigten eine kräftige Entwicklung im Innern. Habsburgs Monarchie drohe aus den Fugen zu gehen. Im autokratisch-orthodoxen Rußland wankten die Fundamente; Balken und Giebel seien morsch. Für einen kraftvollen Monarchen in Europa bedeute dies eine

große Erschwerung seiner Herrschaft. Mehr als je habe er Vorsicht und Umsicht nötig. Denn der gute alte Herr an der Donau und der liebenswürdige Schwächling an der Nawa hätten es durch Fehler und Versäumnisse fertig gebracht, den Eindruck zu erwecken, als ob das Heil nicht rechts, sondern links gefunden werden müßte. — Dies waren, in groben Umrissen, die Gedanken, die Bülow damals als Leitmotiv für eine Einwirkung an höchster Stelle lebhaft ausführte. Kaiser Wilhelm hat öfters in Privatbriefen, in denen Bülow wie ein väterlicher Freund sprechen durfte, solche mahnenden Hinweise empfangen. Einem ähnlichen Fall werden wir noch im folgenden Abschnitt begegnen.

In der Frühjahrstagung des aus den Blockwahlen hervorgegangnen neuen Reichstages hatte sich der Kanzler hauptsächlich mit den unterlegnen Parteien, dem Zentrum und der Sozialdemokratie, auseinandersetzen. Die erste praktische Probe auf die Haltbarkeit des neuen Blockgebildes konnte erst im Herbst gemacht werden. Im Hochsommer 1907 drangen allerlei Nachrichten über Schwierigkeiten, Verstimmungen, Ansprüche auf beiden Seiten des Blocks, namentlich der linken, nach Norderney, wo Bülow wieder seinen Urlaub verbrachte. In einem Briefe schrieb er:

„28. August 1907.

Wenn man diesen Nachrichten glauben sollte, so würden alle Politiker und alle Parteien verletzt, verstimmt und verärgert sein: die Liberalen und die Konservativen, die Freisinnigen und die Agrarier, Paasche und Bassermann, Manteuffel und Witting. Als ich Bassermann hier hatte, machte er mir keinen so verstimmtten Eindruck. Wenn man diese ewige Nörgelei sieht, diese Empfindlichkeit, die schlecht verhehlte Sehnsucht nach Portefeuilles, so würde man sich aus dem liberalen Lager nach dem Zentrum zurücksehnen, wenn man nicht doch von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Blockpolitik im Interesse der Nation überzeugt wäre. So kleinlich war das Zentrum aber nicht, auch nicht so eitel, viel praktischer und (von der letzten Entgleisung abgesehen) auch staatsmännischer.“



*Albert Einstein*



In der auswärtigen Politik waren die Gedanken des Kanzlers mehr und mehr auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu England gerichtet:

„21. Oktober 1907.

Anbei ein heute erhaltener Brief von Metternich. Der Brief bestätigt die von mir von Anfang an vertretene Auffassung, daß der Reichskanzler S. M. auf der Reise nach England besser nicht begleitet. Die Gründe scheinen mir durchschlagend: Nie war ein englischer Premierminister oder ein englischer Minister der U. A. seit 29 Jahren in Berlin. Nach Kiel ließ König Eduard sich vom Marineminister begleiten, nach Kronberg und Wilhelmshöhe von dem Unterstaatssekretär des englischen Ministeriums der U. A. Auch wer, wie ich, solche mehr formale Fragen nicht schwer oder scharf nimmt, wird doch finden, daß auch in dieser Beziehung zwischen zwei Großmächten eine gewisse Parität walten muß. Dazu kommt, daß die Reise unmittelbar vor der Wiedereröffnung des Reichstages vor sich geht, wo der R. K. in Berlin so gut wie unabkömmlich ist.

Wir müssen die Kaiserreise nach England mit dem allergrößten Takt behandeln. Ich glaube, daß die Stimmung in England für uns günstiger geworden ist und daß gerade diese Reise dazu beitragen kann, die Wolken zwischen uns und England noch mehr zu zerstreuen. Aber die Voraussetzung ist, daß alles vermieden wird, was störend wirken oder Mißtrauen erwecken könnte, also auch Übertreibungen. Wir dürfen England gegenüber nichts forcieren, nichts überstürzen. Es kommt darauf an, neue Verstimmungen zu vermeiden und gleichzeitig die Zeit wirken zu lassen, die frühere Mißverständnisse in Vergessenheit bringt und gleichzeitig die Möglichkeit bietet, der vielen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Momente sich bewußt zu werden, die für beide Völker ein gutes gegenseitiges Verhältnis wünschenswert erscheinen lassen. Hier heißt es wirklich: Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Auch diejenigen Engländer, die nicht nur Frieden mit uns, sondern auch bessere Beziehungen zu uns wünschen, wollen deshalb nicht Frankreich abstoßen oder auch nur mißtrauisch machen. Deshalb empfiehlt es sich, in unsrer Presse den Gedanken zu variieren, daß Deutschland nicht nur gute Beziehungen zu England wünscht, sondern überhaupt Ruhe und Frieden in der Welt.“

Endlich ist noch eine Betrachtung aus dem Jahre 1908 zu erwähnen, die ganz klar und deutlich zu dem Schluß kommt, daß der Periode der rauhen deutschen Methoden

in dem Marokkofreit ein Ende gemacht und, wenn möglich, eine Ausöhnung mit den Westmächten hergestellt werden sollte:

„12. September 1908.

Ich habe den Staatssekretär v. Schön gebeten, während meiner bevorstehenden Anwesenheit in Berlin auch dorthin zu kommen. Ich muß die Marokkofrage eingehend mit ihm besprechen. Lassen Sie sich doch die letzten Berichte von Lancken (Paris), aus Tanger, aus Madrid und namentlich aus London vorlegen, die sich auf die Marokkofrage beziehen. Lesen Sie vor allem den längeren Bericht von Stumm über die Möglichkeit einer Verständigung mit England. Dieser Bericht enthält Gedanken, und Gedanken, die wir erwägen müssen (s. Anlage II). Ich möchte, daß nicht nur der Staatssekretär, sondern auch Sie, bevor wir die Situation prüfen, das gesamte zu ihrer Beurteilung nötige Material und vor allem den soeben erwähnten Stummschen Bericht gelesen haben.

Auch Metternich schlug mir hier vor einigen Tagen vor, aus der sich immer wieder und immer mehr vergiftenden Marokkofrage — lesen Sie auch den heutigen Artikel in der „Zukunft“ \*) — durch ein Arrangement à trois mit Frankreich und England herauszukommen. Für ein solches ließen sich m. E. die englischen Ängste vor unsern Flottenbauten ebenso gut verwerten wie das französische Enervement über die Schwierigkeiten, die wir Frankreich fortgesetzt in Marokko machen. Vielleicht ist jetzt der psychologische Moment gekommen. England hat sich mit Frankreich nach Fashoda gefunden.

Metternich sagte mir einmal vor drei oder vier Jahren, die Beziehungen zwischen England und Rußland hätten, obwohl zwischen beiden Ländern die gefährlichsten Streitfragen gespielt hätten und beide mehrmals dem Kriege sehr nahe gewesen wären, doch nie einen so giftigen Charakter angenommen wie die deutsch-englischen Beziehungen, weil die beiden Regierungen nie öffentlich, in Presse und Parlament, gegeneinander polemisiert hätten. In der „Vossischen Zeitung“ vom 11. September finden Sie eine sehr interessante Budapester Korrespondenz, nach der Osterreich

---

\*) Der Herausgeber, M. Harden, kritisierte darin die zwischen freundlichen und drohenden Gesten schwankende Haltung der deutschen Politik in den marokkanischen Fragen. Eine Nachricht der „Nordd. Allg. Stg.“ vom 6. September, daß die deutsche Regierung bei den andern Signatarmächten von Algeciras für rasche Anerkennung des Regensultans Muley Hafid eintrete, hatte den Eindruck gemacht, als ob Deutschland wieder den Primolocisten spielen wolle. Zur Beschwichtigung des namentlich in englischen Blättern entstandenen Lärms erschien dann eine zweite offiziöse Notiz, daß den Mächten keine deutsche Note, sondern nur eine Anregung zugegangen sei (s. Anl. II).

und Rußland trotz des Sandjak-Krachs und trotz der persönlichen Animosität zwischen Ahrenthal und Iswolski sich doch schon wieder einander genähert haben. Auch hier wurden die Blasebälge Presse und Parlament nicht in allzu schriller Tonart in Bewegung gesetzt. Ein großer Teil des Hasses, den man uns in der Welt entgegenbringt, ist auf die Methoden unserer Politik zurückzuführen.“

Daß hier aus dem innersten Betriebe der deutschen Politik 1904—1908 Berichtete ist, wie mir scheint, ein nicht unwichtiger Beitrag zu dem großen Kapitel der Schuld am Weltkriege, die sich Deutschland durch seine Weltherrschaftsgelüste aufgeladen haben soll. Kann es einen stärkern Gegenbeweis geben als diese vertraulichen Ergüsse, in denen der leitende Staatsmann seine friedlichen Gesinnungen und Bestrebungen unwiderleglich bekennt und unbeirrt durch die Blütezeit kaiserlicher Redebäumen und der Kamarrillengewächse verfolgt? Von dem Gedanken eines „Überfalles“ auf Frankreich oder von Weltherrschaftsideen findet sich trotz der Gunst der schweren äußern und innern Niederlagen des Zarenregiments nicht die leiseste Andeutung.

### III. Ballin, Bülow und Tirpitz.

Erster Versuch einer deutsch-englischen Annäherung.

1908.

Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, ein deutscher Patriot im besten Sinne des Wortes, hat vor dem Kriege als Reeder und Kaufmann für die deutsche Weltwirtschaft Größtes geleistet und ist während des Krieges ein treuer Helfer und Warner der deutschen Machthaber gewesen. Die ihm im Leben näherstanden, wußten, daß in Ballin, dem Menschen, ein großer Wille mit feinstem Takt, tiefem Empfinden und intuitivem Weitblick eng verbunden war. Aus dem Denkmal, das ihm einer seiner Jünger, Direktor Bernhard Huldermann \*), unter Benutzung seines schriftlichen Nachlasses errichtet hat, gewinnt nun auch jeder aufmerksame Betrachter den Eindruck, daß hier ein geborner Weltpolitiker von reichsten Kenntnissen und scharfsinnigstem Erfassen der Menschen und Dinge vor ihm steht.

Das Buch Huldermanns enthält mancherlei neue Aufschlüsse, besonders über die Bemühungen in der deutsch-englischen Flottenfrage, an denen Ballin, der persönliche Freund des Deutschen Kaisers, gemeinsam mit dem aus Deutschland stammenden Sir Ernest Cassel, dem Vertrauten des Königs Eduard, beteiligt war. Der Leiter der Hamburg - Amerikanischen Paketfahrt - Actiengesellschaft

---

\*) „Albert Ballin“, Oldenburg 1922.



(Hapag) hatte jahrelang Krieg mit den englischen Schiffahrtsgesellschaften geführt, bis das von ihm beabsichtigte Kompromiß erzielt und damit die Entwicklung der größten deutschen Schiffahrtslinie zu einem Weltunternehmen gesichert war. Kein Historiker, der sich mit der Vorgeschichte des Weltkrieges befaßt, wird das Buch Huldermanns entbehren können. In manchen Punkten ist es die notwendige Ergänzung der „Erinnerungen“ des Großadmirals v. Tirpitz, in denen Ballin kaum erwähnt und sein und Cassels Anteil an den Ausgleichsversuchen von 1908 und 1912 übergangen ist.

Die erste politische Unterhaltung Ballins mit Cassel fand Ende Juni 1908 statt. Einen Bericht darüber für den Kanzler Fürsten Bülow und den Staatssekretär Frhrn. v. Schön ließ Ballin durch die Hand des Presseleiters im Auswärtigen Amt gehen. Meine Bekanntschaft mit Ballin datierte aus der Zeit des englischen Königsbesuches bei den Kieler Regatten 1904. Die freundschaftlichen Beziehungen zu dem seltenen Manne dauerten unverändert durch gute und schwere Zeiten, bis zu seinem Tode an.

Dem ausführlichen, in Huldermanns Buche abgedruckten Bericht über jene Unterredung, in der Cassel aus seiner genauen Kenntnis der maßgebenden Personen und der politischen Lage heraus als Privatmann zum Privatmann sprach, sind besonders folgende Stellen zu entnehmen. Cassel: Der englische König sei aufs tiefste davon durchdrungen, daß der rasche Ausbau der deutschen Flotte die englische Stellung zur See bedrohe. Zwar wisse der König, daß sein Neffe niemals leichtfertig auf Händel ausgehen werde und seiner innersten Natur nach den Schrecken eines Krieges widerstrebe . . . Die Sorge vor der deutschen Gefahr sei die treibende Kraft für die ganze Entente-

politik und diese eine Beruhigung für jene. Auf eine Andeutung Cassels, daß eines Tages der Dreiverband an Deutschland die Frage richten könnte, ob es in der Verstärkung seiner Seerüstung haltzumachen gedenke, erwiderte Ballin, eine solche Frage sei der Krieg, da Deutschland sich einem solchen Faschoda mit aller Macht widersetzen werde. In dem an die erste Unterredung anschließenden Briefwechsel regte Ballin an, daß der König bei seiner Reise nach Marienbad nicht versäumen möge, eine Begegnung mit dem Kaiser herbeizuführen, worauf Cassel antwortete, daß nach dem, was er höre, die Monarchenzusammenkunft sich schon auf der Hinreise seines hohen Herrn veranstalten lasse.

Über den Verlauf des Kronberger Flottengesprächs zwischen dem Kaiser und Hardinge schweigt Huldermann ebenso wie Herr v. Tirpiß. Bisher war man auf mehr oder weniger lückenhafte Angaben angewiesen; fest stand nur, daß Hardinge seinen Zweck, neue Verstärkungen der deutschen Flotte zu stoppen und ein Abkommen über Begrenzung des Schlachtschiffbaues zu erlangen, nicht erreicht hatte. Für den Historiker wird es daher von größtem Interesse sein, den eignen ausführlichen Bericht des Kaisers über den Verlauf des Gesprächs kennen zu lernen. Er ist in zwei langen Telegrammen enthalten, die der Kaiser am 12. und 13. aus Paderborn und dem Sennelager an den Fürsten Bülow gerichtet hat. Den Wortlaut findet der Leser im Anhang (Nr. I). Danach ist es in der Unterredung auf beiden Seiten scharf hergegangen. Die wichtigste Stelle in dem Bericht ist die Antwort des Kaisers auf die Bemerkung Hardinges, daß der Konkurrenzbauerei ein Ende gemacht werden müsse, nämlich: „Konkurrenzbau treiben wir nicht; unser Tempo ist gesetzlich festgesetzt, die Anzahl der Schiffe desgleichen und Ihnen bekannt.“

Trotz der Versicherung des Gegenteils in dem kaiserlichen Bericht steht es fest, daß König Eduard und Hardinge nicht mit den besten Eindrücken Kronberg verlassen haben. Der Kaiser hatte gewiß alles getan, um dem König und seinen diplomatischen Begleitern — auch der von seiner Regierung schon abberufene, offen deutschfreundliche Botschafter Lascelles war zugegen — einen feierlichen und herzlichen Empfang zu bereiten. Aber das Flottengespräch verlief doch nicht so, wie es der König und Sir Charles Hardinge erwartet hatten. Am Tage darauf trug der König dem Kaiser Franz Joseph in Ischl seine Sorgen wegen der deutschen Seerüstung vor und setzte ihn mit der Bitte in Verlegenheit, in der Flottenfrage zwischen London und Berlin zu vermitteln.\*)

Zu gleicher Zeit veröffentlichte die „Neue Freie Presse“ in Wien eine Unterredung mit dem Schatzkanzler Lloyd George, der sich auf einer Reise zum Studium der österreichischen und deutschen Arbeitsschutzgesetze befand. In der Unterredung erklärte Lloyd George: eine deutsch-englische Verständigung sei der einzige Weg, um der über Europa lagernden Spannung ein Ende zu machen; außer der Frage einer Beschränkung des Baues neuer Schiffe gebe es kein Streitobjekt zwischen beiden Völkern. Am 26. August 1908 war Lloyd George in Berlin. Vorher hatte er sich in Frankfurt a. M. aufgehalten, wo er mit dem Redakteur Dezer, dem nachmaligen preußischen Eisenbahnminister, in Verbindung getreten und von diesem wegen etwaiger politischer Auskünfte an seinen Berliner Kollegen August Stein verwiesen worden war.

August Stein war in der Tat der geeignetste Mann für private Auskünfte über die wirklichen innern politischen

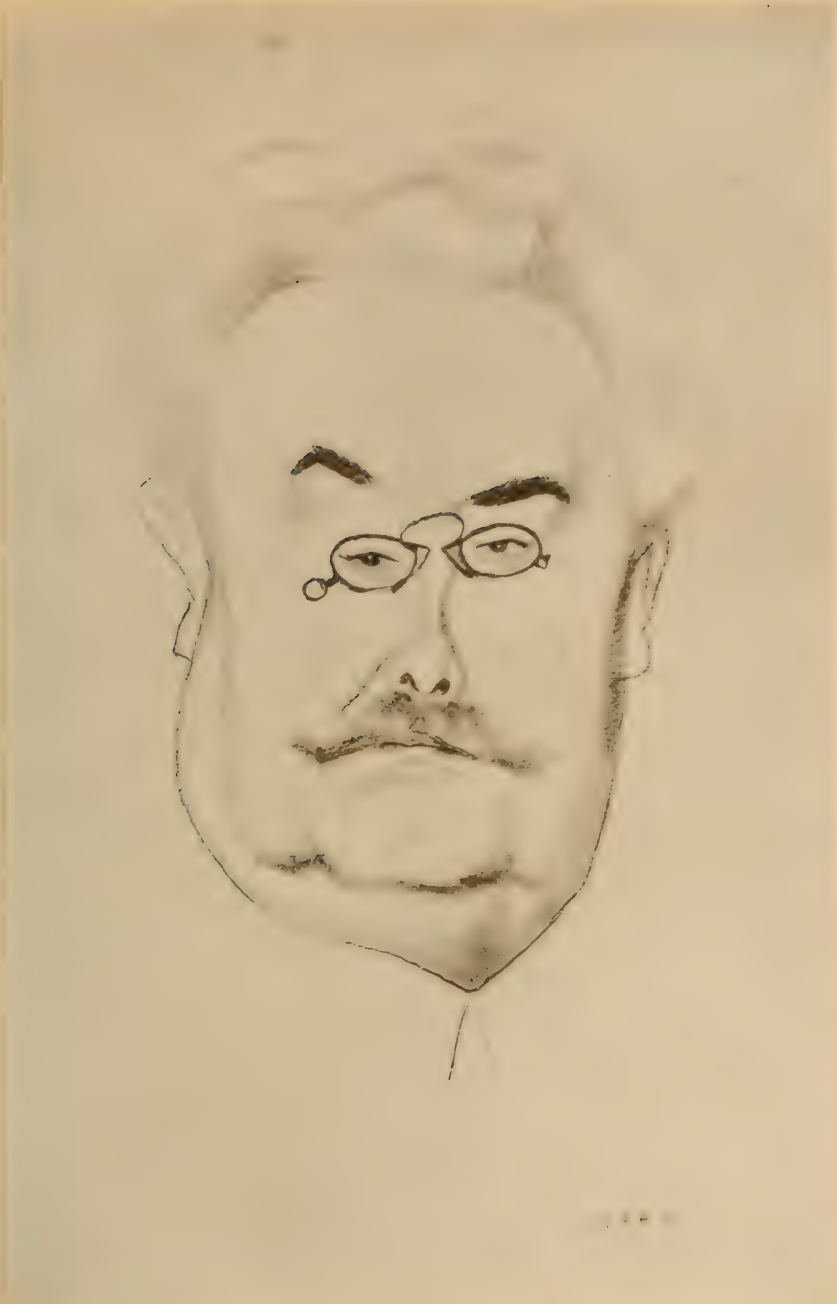
\*) „Der mißverständne Bismarck“, Berlin 1921, S. 156 f.

Zustände in Deutschland. Schon während des letzten Jahrzehntes der Bismarckschen Amtszeit war er in Berlin als Journalist tätig. In der wilhelminischen Zeit gab es kaum einen Politiker in Berlin, der im Reichstag und in den Ämtern, in der Kunstwelt und der Gesellschaft der oberen Zehntausend, bei einheimischen und fremden Journalisten so allgemein bekannt und geschätzt war wie August Stein, der Berliner Vertreter der demokratischen „Frankfurter Zeitung“. Das Ansehen, das er genoß, galt nicht der politischen Richtung seines Blattes, auch nicht nur dem Journalisten mit leicht beschwingter Feder, sondern der ganzen Persönlichkeit, in der sich menschliches Wohlwollen, scharfer Blick für den Jahrmarkt der Eitelkeiten, Humor und Ironie im Stile eines Romantikers mit hoher Auffassung seines Berufes vereinigten.\*)

Lloyd George lud Stein zum Frühstück in einem Berliner Hotel ein. Der Schatzkanzler hätte gern ganz unauffällig eine Unterredung mit dem Kanzler gehabt, was sich aber schwer machen ließ, weil sich Bülow in Norderny befand und dort der Besuch Lloyd Georges sehr aufgefallen wäre. In dem Gespräch mit Stein zeigte er sich über die deutschen parlamentarischen Verhältnisse und auch über das Flottengesetz wenig unterrichtet. Aber immer wieder kam er auf das in den nächsten vier Jahren gesetzlich festgesetzte beschleunigte Bautempo für Schlachtschiffe und auf die Frage zurück, ob nicht durch eine Entente oder durch einen Vertrag mit England über irgendwelche kolonialen Vorteile es erleichtert werden könnte, das Bautempo zu verlangsamen. Die Antworten Steins konnten für den englischen Schatzkanzler, der die für neue Verstärkungen der englischen Flotte erforderlichen Geldmittel lieber für

---

\*) „Trenaeus, Aufsätze von August Stein“, Frankfurt a. M. 1921. In der Vorrede ist die Persönlichkeit von einem Freunde liebevoll geschildert.



*A. J. Stein.*



soziale Einrichtungen aufzuwenden wünschte, nicht anders als enttäuschend sein. Stein kannte den Widerstand zu gut, der gegen ein politisches Geschäft im Sinne Lloyd Georges von den Marinekreisen bis zu den verbohrtesten Alldeutschen zu erwarten war.

Der Zufall wollte es, daß am selben 26. August zur Bekämpfung des Flottenenthusiasmus Wilhelms II. von Nordern ein Schreiben des Kanzlers an den Kaiser abging folgenden Inhalts:

Erst Erinnerung daran, was er alles seit 1897 in Wort und Schrift, in Parlament und Presse für die junge Flotte getan hatte; dann die Versicherung seines Bestrebens, den wachsenden Baum vor Stürmen zu schützen, die ihn entwurzeln könnten; weiter warnender Hinweis darauf, daß, wenn die Seerüstungen ad infinitum so weitergingen, eine Kriegsgefahr unausbleiblich sei, und daß vielleicht bei weiterer Steigerung der Unruhe in England der angekündigte Besuch der englischen Majestäten nicht zustandekommen werde. Endlich nach der Schilderung der Gefahren eines Dreifrontenkrieges Verteidigung Metternichs. Der Botschafter habe aufs bestimmteste erklärt, daß ihm auf seinem Londoner Posten nie eine Drohung entgegengetreten sei, und daß die Engländer vor allem der Notwendigkeit einer neuen gewaltigen Flottenverstärkung überhoben sein wollten; auch Metternich widerrate, jetzt in offizielle Besprechungen über die Frage einzutreten; wenn wir aber jede Verständigung über den Flottenbau in den zahlreichen unverbindlichen Gesprächen, die jeder Botschafter führen müsse, ab ovo kategorisch und für immer ablehnten, so wachse die Beunruhigung in England in geometrischer Progression, womit eine wirkliche Kriegsgefahr entstehe.

Das Schreiben Bülow's kam mit einem ausführlichen kaiserlichen Vermerk am Schluß zurück, der wörtlich, wie folgt, lautete:

„Ich ersehe aus vorliegendem Schreiben mit Befriedigung, daß Ew. Durchl. auch meinen und des ganzen deutschen Volkes Standpunkt teilen, daß die Engländer uns in unser Flotten-Programm nicht hineinzureden haben, und daß es durchgeführt werden muß. Mir scheint, daß die Tatsachen etwas verschleiert werden und dadurch konfuse Illusionen heraufbeschworen werden. Es wird hier wiederum von „Rüstungen ad infinitum“, also von Konkurrenz- und Wettbauten gesprochen. Das ist absolut falsch und eine willkürliche englische Verdrehung der Tatsachen. Unser Gesetz sieht, alles gerechnet, für etwa 1918/20 eine Flotte von 40 Linienschiffen vor. Diese Zahl ist von Admiral Tirpitz und mir als vollkommen ausreichend fixiert und vom Reichstag festgelegt worden durch Gesetz. Wir beide sind der Ansicht, daß mit 40 Linienschiffen neuesten Typs und den dazu gehörigen Akzessorien von Kreuzern und Torpedobooten das Deutsche Reich auch einer stark überlegenen Flotte gewachsen ist und unsere Seeinteressen mit Erfolg verteidigen kann. Es besteht daher weder bei ihm noch bei mir die allergeringste Absicht, über dieses in einem Jahrzehnt etwa abschließende Programm im Linienschiffsbau hinauszugehen. Damit haben wir genug und werden nur stets die alten auszurangierenden durch Ersatzbauten ersetzen, um die Zahl voll zu halten. Eine große Novelle 1912 oder später ist nicht beabsichtigt und besteht in der Phantasie der total verrückten Briten. Sie können daher mit ganz ruhigem Gewissen jedem Briten sagen, das Flottengesetz wird planmäßig ausgebaut und damit ist für uns Schluß. Wir bauen dann nur noch, wenn Ersatz für altes, unbrauchbares Material nötig ist. Aber die Flotte als solche wird nicht vermehrt werden, gleichgültig ob England viel oder wenig neubaut, und von 1920 ab können wir uns unverbindlich mit ihnen über Bauten unterhalten. Das augenblickliche Verhältnis ist 22 deutsche zu 59 englischen Linienschiffen und wird in den nächsten Jahren sein 24 zu 62. Also hat England jetzt schon 22 Schiffe mehr als die deutsche Flotte in 10 Jahren Höchstzahl haben wird! Wilhelm.“

Während der Kaiser auf seine Antwort an Hardinge, die schon implicite das Schlußmachen enthielt, sehr stolz war, machte Tirpitz gegen eine solche Zusicherung, innerhalb der Grenzen des Flottengesetzes bleiben zu wollen, Bedenken geltend. Die Novelle von 1908 hatte sich in diesen



Grenzen gehalten, aber mit der Verjüngung der Flotte und der Erhöhung ihrer Kampfkraft einen veränderten Bauplan nötig gemacht. In diesem war vorgesehen, daß in den Jahren 1908 bis 1911 je vier Schiffe, in den nächsten sechs Jahren dagegen nur je zwei Schiffe auf Stapel kommen sollten. Sich auf die damit im Jahre 1912 eintretende Verlangsamung des Bautempos festzulegen, hielt Herr v. Tirpitz nicht für taktisch klug; er wollte sich vorbehalten, im Jahre 1911 durch Neuforderung von drei Linienschiffen über das Flottengesetz hinaus das sogen. Dreiertempo im Flottenbau fortsetzen zu können. Er meinte, eine solche Zusicherung, wie sie der Kaiser im Schloß Friedrichshof gegeben hatte, müßte man „verkaufen“, aber nicht verschenken. Mit dieser taktischen Erwägung berührte sich die Ansicht, die der Botschaftsrat v. Stumm in dem schon (S. 50) erwähnten Bericht vom 8. September 1908 vertrat. Darin ist die panische Angst der Engländer vor der deutschen Flotte als ein wertvolles Atout bezeichnet, um zu einem Abkommen mit England auf möglichst breiter Basis zu kommen (Anlage II). Der Unterschied lag im Endziel. Dem Admiral war die Flotte mehr Selbstzweck, dem Diplomaten Mittel zum Zweck.

Aus den halkanonischen Septembertagen 1908 in Nordenney stammen folgende Briefe. Zunächst der Brief über die Schrift des Vizeadmirals a. D. Galster: „Welche Seerüstung braucht Deutschland?“ vom 19. September, der hier im Wortlaut folgt:

„Lesen Sie den anliegenden Aufsatz, den ich auch an Loebell gegeben habe. Ich bin auf diesem Gebiet natürlich vollkommen Laie, aber manche der Ausführungen des Artikels (wie der vorhergegangenen Galsterschen Broschüre) haben mich frappiert. Das gilt namentlich von den unterstrichen Stellen.

Läßt sich unauffällig etwas für die Verbreitung tun? Es wäre doch wichtig, daß diese Gesichtspunkte wenigstens zur Diskussion gestellt und

nicht einfach totgeschwiegen würden. Wenn wir bei unsern Flottenrüstungen den Akzent mehr auf die Defensive (Küstenbefestigungen, Unterseeboote, Minen usw. usw.) legen, so fällt der Hauptgrund für die Spannung mit England weg und vielleicht ist es auch für unsre eigne militärische Sicherheit (wie für unsre Finanzen) besser.“

Der hier erwähnte Aufsatz Galsters im „Roten Tag“ vom 16. September 1908 war eine Polemik gegen den Grafen Reventlow, der statt der von Galster verlangten Vorsorge für nachdrückliche Kleinkriegsführung eine Beschleunigung des Baues von Schlachtschiffen gefordert hatte.

In einem Schreiben des Kanzlers vom 2. Oktober 1908 war gesagt:

„Sehr bedeutsam und von großer Tragweite ist, was ich über die Abrüstungsfrage sagen werde. Gewiß wäre es am besten, wenn die Frage gar nicht angeschnitten würde. Ich halte es aber für undenkbar, daß die Sozialdemokraten sie nicht zur Sprache bringen sollten. Ich muß also gewappnet sein. Es würde wohl auch die Meinung von Metternich einzuholen sein. Im August sagte er mir hier: Ich müsse doch wohl sagen, S. M. sei in Kronberg von Hardinge mißverstanden worden. Wir beabsichtigten keine unbegrenzten Rüstungen, sondern nur das und das. Es müsse dann gesagt werden, was wir beabsichtigten. Meine Erklärung mußte einen festen positiven Kern haben. Die bloße Negation, allgemeine Redensarten genügten nicht.“

Dem Schreiben waren u. a. beigelegt: 1. der Entwurf einer Erklärung für den Reichstag, 2. ein Auszug aus einem Briefe des Staatssekretärs v. Schön aus Berchtesgaden vom 26. September 1908, 3. ein Artikel von J. U. Spender.

Die Anlage 1 lautete:

„Über diese Grenze hinauszugehen, ist für uns schon aus innerpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ausgeschlossen. Wir können nicht gleichzeitig ein sehr großes Heer unterhalten — auf unserm Heer ruht die Zukunft, ruht das Schicksal der Nation —, die schwung-

vollste und großzügigste Sozialpolitik der Welt treiben und eine über die Linie des für unsre Verteidigung absolut Notwendigen hinausgehende Flotte bauen.

Auch auf diesem Gebiete bin ich für Utopien nicht zu haben, sie würden dem Lande zu teuer zu stehen kommen. Ikarusflüge mache ich nicht mit.“

In der Reichstagsrede vom 10. Dezember 1908 ist die Erklärung über die Flottenrüstung so formuliert: „Auf der einen Seite unsre geographische Lage, nach der für alle Zeit unsre Sicherheit von der Stärke unsers Landheeres abhängig sein wird, auf der andern Seite das Maß unsrer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte, die durch die Anforderungen für unser Landheer und durch eine allen andern Ländern vorausseilende Sozialpolitik bereits stark belastet sind, schließen es, darin weiß ich mich der Zustimmung unsrer Marinebehörden gewiß, völlig aus, daß wir im Flottenbau über das nach unserm Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß hinausgehen.“

Dem Briefe des Staatssekretärs v. Schön, der den russischen Minister Iswolski nach seiner Zusammenkunft mit dem Baron Aehrenthal in Buchlau auf seinem Sommeritz bei Berchtesgaden empfangen hatte\*), war folgender Satz entnommen:

„Iswolski hält eine Verständigung zwischen uns und England durch Einschränkung der Schiffsbauten nicht für angängig, meint indessen, daß die Engländer zur Beruhigung gelangen dürften, wenn sie davon überzeugt wären, daß wir über das gesetzlich festgelegte Programm unter normalen Verhältnissen nicht hinauszugehen gedenken.“

Der Artikel J. A. Spenders, des Chefredakteurs der liberalen „Westminster Gazette“, stand in der (Münchener) „Allgemeinen Zeitung“ und in der Berliner „Woche“. Er

---

\*) Näheres in der Schrift „Der mißverständne Bismarck“ S. 161.

war in versöhnlichem Sinne geschrieben und enthielt eine klare Darstellung des Inselstandpunktes und des kontinentalen Standpunktes. Über jenen hieß es in dem Artikel:

„ . . . Der Insulaner blickt über den Kanal und sieht ungeheure Armeen, gegen die sein einziger Schutz im Kriegsfall die Flotte ist. Ist die Flotte dahin, so ist alles dahin. Er möchte dem deutschen Beispiel folgen und seine ganze Bevölkerung zu Soldaten machen. Aber diese Bevölkerung wird durch Handel von Übersee ernährt, und wenn die See verloren wäre, müßte sie, ohne daß ein Schuß abgefeuert wäre, verhungern.

Das Meer ist die Heerstraße zu seinem Reich, und wenn das Meer nicht gehalten werden kann, wie soll das Reich bestehen? All dies ist tief ins Bewußtsein des Engländers gedrungen; Überlieferung, Geschichte, Erfahrung und Vernunft machen die Seemacht zu einem Kult für ihn. Keine andre Nation hat je eine solche Stütze in einer überlegnen Flotte und daher eine solche Entschuldigung für Befürchtungen in bezug auf diese besessen! Daher die Wachsamkeit, die Empfindlichkeit und manchmal der Argwohn des Engländers gegenüber irgendeiner eingebildeten Bedrohung seiner Machtstellung zur See . . . .

Natürlich wäre es müßig, zu leugnen, daß die Flottenfrage denen Sorge verursacht, die gute Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien wünschen. Sie verursacht ihnen Sorge, nicht weil sie einen Kampf mit den Waffen zwischen beiden Ländern fürchten, sondern weil die wachsende Ausgabenlast und die ständige Anspannung der Kräfte, die die Flottenrivalität verlangt, Keime der Bitterkeit sät und zwei Mächte einander entfremdet, die gemeinsam für Frieden und Zivilisation wirken sollten . . . . .

„ . . . . Wenn auch die gegenwärtige Ausgabenlast unvermindert auf beiden Seiten bis 1911 getragen werden muß, so können die Völker beider Länder wenigstens in der Zwischenzeit an einer solchen allgemeinen Besserung der Beziehungen arbeiten, daß es beiden Teilen nicht nötig erscheint, am Ende jener Periode in einen neuen und noch stärkern Wettbewerb zu treten . . . . .“

Endlich hielt es aber der Reichskanzler auch für erforderlich, mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts selbst in Erörterungen über politisch wünschenswerte Änderungen des Flottenprogramms einzutreten. Das geschah in einem Schreiben vom 25. Dezember 1908 (Anlage III), in dem die Lage von allen Seiten klar be-

leuchtet wurde. Das Leitmotiv war dasselbe, das in dem Schlußsatz des Stummschen Berichtes vom 8. September enthalten war: „Man darf den Bogen weder seiner Spannkraft berauben noch ihn überspannen“. In dem Schreiben wurde neben einer Verstärkung der Kleinkriegsmittel (Küstenbefestigung, Minen, U-Boote) eine Verlangsamung des Bautempos in den Jahren 1908 bis 1911 in Vorschlag gebracht. Von einem stärkern Wettbewerb nach dieser Bauperiode, der nach Spender in England am meisten befürchtet wurde, war in dem Schreiben ebenso wie in der Erklärung im Reichstag, überhaupt nicht die Rede. Aber auch auf das kleinre, im Bautempo liegende Zugeständnis ließ sich Herr v. Tirpiz nicht ein.

Die in der Anlage IV abgedruckte Antwort ist ein höchst charakteristisches Schriftstück. Im Hauptteil hält der Leiter eines militärischen Ressorts dem leitenden Staatsmann eine politische Vorlesung. Das in dem Schreiben des Kanzlers angeregte Vorgehen würde im In- und Ausland als Zurückweichen vor den Drohungen Englands angesehen, und in England würde unserm Nachgeben der Charakter einer Demütigung beigelegt werden. Alle englischen Flotteninteressenten, die den navy scare in Szene gesetzt hätten, würden weiterhehen. Die Kriegsgefahr würde größer, nicht kleiner werden. Starke Reaktion gegen Zurückweichen vor englischen Drohungen sei sicher. Dann nochmals Demütigung, wenn von vier großen Schiffen auf drei herabgegangen würde. Für diesen Fall Bitte um Abschied.

Was Herr v. Tirpiz in dem marineteknischen Teil seiner Antwort ausführt, mag Hand und Fuß haben und nötigt wenigstens den Laien, sich eines Urteils zu enthalten. Das Entscheidende bleibt aber, daß er, geblendet von

patriotischem Feuer, die wahre politische Lage nicht zu erkennen und die Motive der englischen Bemühungen, den Schlachtschiffbau beiderseits zu begrenzen, nicht objektiv zu würdigen vermochte. Nicht nur im Vollbesitz der kaiserlichen Gunst, sondern auch im Bewußtsein, daß er auf den größten Teil der Blockmehrheit und der Zentrumsparterie zählen konnte, brauchte er einen Konflikt mit dem Kanzler nicht zu scheuen. Fürst Bülow dagegen befand sich in beiden Beziehungen in verschlechterter Lage. Das Vertrauen des Kaisers war durch die „Daily Telegraph“-Geschichte in starkes Schwanken geraten und dem konservativ-liberalen Block drohte durch den Streit um die Erbanfallsteuer naher Zerfall. Die innre Schwächung der Stellung des Kanzlers war schon so groß, daß er auf eine Fortsetzung des Kampfes um eine Verständigung mit England verzichtete und sie seinem Nachfolger überließ.

Die Grundanschauung, von der sich Herr v. Tirpitz damals und später, bei dem zweiten Versuch eines Abkommens mit England 1912, leiten ließ, ist gekennzeichnet durch folgende Sätze seiner „Erinnerungen“: „Ein anerkennendes Lob Englands konnten wir nur dadurch erwerben, daß wir auf den Flottenbau überhaupt verzichteten. Das unermüdliche Bestreben der britischen Staatskunst ging deshalb in jenen Jahren darauf aus, uns die Flotte überhaupt zu verleiden und das Flottengesetz, wenn möglich, zu durchlöchern und dadurch zu Fall zu bringen“ (S. 179 der „Erinnerungen“).

Wenn Herr v. Tirpitz mit diesen Thesen recht hätte, so wären allerdings die Ausöhnungsversuche Lloyd Georges, Churchills, Haldanes, Grens, Cassels nur Scheinmanöver, und die gleichen Bemühungen Bülows, Metternichs, Ballins, Bethmann Hollwegs von vornherein müßig



Wethman Hollweg





und unsinnig gewesen. Diese Thesen sind schuld daran, daß es weder zu dem „Verkaufen“, als die Gelegenheit günstig war (1911-12), gekommen ist, noch daß sich die Angaben in dem kaiserlichen Randvermerk über die „total verrückten Briten“ bewahrheitet haben. Drei Jahre später zeigte es sich, daß nicht der deutsche Verdacht gegen die angeblichen englischen Absichten, das deutsche Flottengesetz zu durchlöchern und zu Fall zu bringen, sondern der englische Argwohn gegen das deutsche „Schlußmachen“ im Wettwaffen begründet war.

## IV. Theobald von Bethmann Hollweg.

In der innern Politik war die schwerste Aufgabe aus der Hinterlassenschaft des vierten Kanzlers für seinen Nachfolger die Einlösung eines Versprechens in einer Thronrede, das notwendig war, um die Paarung der liberalen Parteien mit den Konservativen gegen Zentrum und Sozialdemokratie einigermaßen haltbar zu machen. Zwar hatten die Konservativen durch ihre Auflehnung gegen die Erbanfallsteuer den Block im Reiche zum Zerfall gebracht, aber die Ausführung der in jener Thronrede versprochenen Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts wurde nun erst recht in verstärktem Maße nicht nur von den Liberalen und Sozialdemokraten gefordert, sondern auch von der Zentrumspartei programmäßig unterstützt. Im Laufe der Zeit war das Dreiklassenwahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaufe zu einem Monstrum von Widersinnigkeiten und Absurditäten entartet, besonders in den Großstädten. In diesem System, das die indirekte Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner vorschrieb, die wieder aus Urwahlen in drei Klassen mit öffentlicher Stimmabgabe hervorgingen, wurden die Stimmen nur nach der Steuerleistung abgewogen. Es kam vor, daß der höchste Beamte des Reiches in der dritten Wählerklasse zu wählen hatte, weil er in einem Urwahlbezirk wohnte, wo die Steuerleistung weniger Multimillionäre die Bildung der

drei Abteilungen entscheidend beeinflusste. In dem einen Bezirk gab es sogenannte Einer- und Zweierabteilungen, in denen nur ein oder zwei schwerreiche Wähler vorhanden waren, in dem andern waren arme Leute mit einer Steuerleistung von wenigen Mark Wähler erster Klasse.

Wollte man es aus innern oder äußern Gründen nicht auf einen scharfen Konflikt mit dem preußischen Landtag, in dem der konservative Einfluß übermächtig war, ankommen lassen, so mußte sich die Reformvorlage auf die Beseitigung der schreiendsten Ungleichheiten beschränken. Tatsächlich begnügte sie sich damit, außer der Beseitigung der indirekten Wahl das übermäßige Stimmgewicht der großen Steuerzahler herabzusetzen und neben der Steuerleistung auch Bildung und Lebenserfahrung in einem sogenannten Kulturträgerparagrafen zu größerem Einfluß zu verhelfen. Da der schwache Reformversuch weder die Anhänger des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts befriedigen noch den Widerstand der starrköpfigen Gegner jedes Rüttelns am geheiligten Dreiklassenwahlrecht brechen konnte, war das Scheitern der Vorlage unvermeidlich.

Zu dieser parlamentarischen Niederlage Bethmann Hollwegs \*) kam noch ein besonderes Mißgeschick hinzu, das viel dazu beigetragen hat, daß seines Wesens Kern jahrelang verkannt und erst nach seinen Kriegsreden in weiten Kreisen gebührend geschätzt wurde. Das Unglück entstand aus der Berufung auf ein Bismarcksches Wort. Als Graf Bismarck im Jahre 1867 bei Begründung des

\*) Man führt den Namen gewöhnlich ab in Bethmann. Der Kanzler war aber in Wirklichkeit kein Bethmann, sondern ein Hollweg, wie er gelegentlich selbst betonte. Sein Urgroßvater Hollweg hatte beim Einheiraten in das christliche Bankhaus Bethmann, das mit den Rothschilds in Frankfurt rivalisierte, seinem Namen den seiner Frau hinzugefügt und war dann geabelt worden. Der älteste nachweisbare Ahn war ein ehrsamer Handwerksmeister in Goslar.

Norddeutschen Bundes das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einföhrte, bezeichnete er das in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht zum Abgeordnetenhanse als das widersinnigste und elendste aller Wahlsysteme. Von einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechts wollte er jedoch bis an sein Lebensende nichts wissen. Dabei kam es ihm hauptsächlich darauf an, die öffentliche Wahl in Preußen zu bewahren. Gegen die Einbildung, daß der geheime Stimmzettel die wahrhaft unabhängige politische Überzeugung verbürge, hatte er früher einmal auf die natürlichen Realitäten des Lebens verwiesen, die es verhindern, daß jeder Wähler ein geistig, wirtschaftlich und sozial wirklich unabhängiger Mann sei, und die natürlichen Abhängigkeiten „gottgegeben“ genannt.

An dieses Bismarckwort erinnerte Bethmann Hollweg bei der Einführung seiner Wahlvorlage im preußischen Abgeordnetenhanse, um die Beibehaltung der öffentlichen Wahl zu rechtfertigen. Er hätte sich auch auf Schäßle, den Verfasser der „Quintessenz des Sozialismus“, berufen können, der in einem Aufsatz schrieb: „Es gibt Wahl- einflüsse, die ganz generell wirken: Versprechungen und Drohungen, die einen ganzen Bezirk betreffen, die Insinuationen der Presse, des Beamtentums, des Klerus, des Parteigeistes und der Versammlungen. Vielleicht die Mehrzahl der Wähler wird stets mehr äußern Antrieben der Autorität, der Opposition, der Agitation, der Beredsamkeit ohne die Freiheit des eignen, ungetrübt selbständigen Willens folgen, denn das Leben der Gesellschaft ist ein Austausch der mannigfaltigsten Dienste und daher das bunteste Gewebe von allerlei Rücksichten.“

Aber das Zitat aus Bismarcks Reden, vollends in der Verdrehung des Wortes „gottgegeben“ in „gottgewollt“,

genügte schon, um dem fünften Kanzler ein für allemal den Stempel eines „weltfremden Philosophen“ in den meisten fortschrittlichen und sozialdemokratischen Blättern aufzudrücken. Den „Mann der gottgewollten Abhängigkeiten“ ist Herr v. Bethmann Hollweg bis in die erste Kriegszeit nicht wieder losgeworden, und sogar in den Nachrufen für ihn klang das Spottwort noch vereinzelt nach.

Nur ein demokratisches Blatt bewies nach der Wahlrede des Herrn v. Bethmann Hollweg im Februar 1910 einen richtigen Instinkt für die Geistesrichtung des Redners. In einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ — ob er von August Stein herrührte, weiß ich nicht — fiel die Bemerkung auf, Bethmann Hollweg erinnere in seinem Auftreten an Justus Möser und Gustav Freytag. Damit war wirklich an das innerste Wesen des Mannes gerührt. Wie Justus Möser trug er ein hohes Ideal des Deutschen in seiner Brust und wie Gustav Freytag besaß er einen starken Sinn für die Kulturgeschichte des deutschen Volkes. Daß er so vielen seiner Volksgenossen als weltfremd erschien, lag nicht zum wenigsten an seiner idealistisch-gelehrtenhaften Scheu, sich selber durch Zugeständnisse an die Galerie in Szene zu setzen. Was der große innre Vorzug des Menschen war, wurde so zum Hemmnis für die Wirksamkeit des Staatsmannes nach außen.

Fürst Bülow hatte in mancher Hinsicht das Parlament sehr verwöhnt: die Abgeordneten durch persönliche Gefälligkeiten aller Art, das Plenum durch die außerordentliche Kunst seiner Rede. Bethmann Hollweg war gewiß der Rede, der vorher ausgearbeiteten wie der extemporierten, nicht weniger mächtig als sein Vorgänger. Aber

er vermied ganz bewußt und absichtlich alles, was die Reden des Fürsten Bülow so beliebt machte: den rhetorischen Aufpuß. Während Bülow häufig durch einen schlagenden Witz, ein geistreiches Bonmot, den Gang der Rede unterbrach, schürfte Bethmann Hollweg mehr in die Tiefe nach der würdigsten Form seiner Gedanken. Auch in der äußern Erscheinung war ein großer Unterschied. Eine freie Haltung, wie sie Bülow zuweilen annahm, mit dem Daumen im Armloch der Weste, wäre dem Hünen Bethmann Hollweg mit seinen knochigen, etwas ungelungenen Gliedmaßen nicht möglich gewesen. Bei Bülow war alles auf die packende Wirkung seiner Worte auf die Zuhörer gestellt, wogegen sein Nachfolger zu nachdenklichen Lesern zu sprechen schien. Wer ihm nahestand, konnte sogar beobachten, daß er einen negativen Instinkt für das unmittelbar Wirkende besaß. Ein Beispiel: Es handelte es sich um eine Erklärung im preussischen Landtag; mit vieler Mühe war es mir gelungen, den Ministerpräsidenten zur Aufnahme eines kurzen, schlagwortartigen Passus, der gute Wirkung versprach, in den Entwurf zu bewegen. Nach der Sitzung erkundigte ich mich, wie die Sache abgelaufen sei. Mit grimmiger Gebärde erwiderte er: „Na, wie soll's denn gewesen sein? Erst war alles stumm, nur bei Ihrer plundrigen Phrase, da brach Beifall los.“ Das war der echte Bethmann Hollweg, der es wie eine Unwahrhaftigkeit empfand, durch ein Nachgeben wider seine Überzeugung einen Erfolg davongetragen zu haben. Eine andre wahre Anekdote, die ebenfalls zeigt, wie fremd Bethmann Hollweg der Gebrauch äußerlicher Mittel zu seinen Gunsten war: Nach einem Besuch beim Kanzler im Juli 1911 sah August Stein auf einem Tisch im Arbeitszimmer ein Landschaftsbild stehen und fragte, was das darstelle. Bethmann Hollweg: „Ein Aquarell

mit dem Blick vom Achilleion; der Kaiser hat es mir neulich von Korfu geschickt." Darauf Stein nach flüchtiger Betrachtung: "Das hätte Bülow in die Presse gebracht."

Bülow war virtuos in der Reproduktion des irgendwo Gelesnen oder Erfahrenen, manchmal empfindlich, wenn auch keine Spur eitel, alles Gegenwärtige schnell erfassend, aber frei von tiefem Schöpferdrang, Freund alles Natürlichen ohne starkes Naturgefühl, immer geistvoll, nie begeistert. Bethmann Hollweg war fast in allem das Gegenteil: gründlich, ernst und schwer im Auftreten, humoristisch nur für den Hausgebrauch, altpreußisch im Respekt vor jedem Amt *secundum ordinem*, kerndeutsch in der Liebe zur Heimat, zur Selbstkritik geneigt und hohen innern Schwunges fähig.

Wollte man den Vergleich noch weiter ausspinnen, so könnte man sagen: Bülow war ein Repräsentant der Zivilisation in weitestem Sinne, Bethmann Hollweg hielt sich enger an die deutsche Kultur. Wie oft hat Bülow mit Stücken aus seinem unvergleichlichen Schatz von Zitaten, die aus allen Literaturen, von philosophischen Werken bis zu Gesangbuchversen und Gassenbauern, entnommen waren, seine Zuhörer ergötzt! Bethmann Hollweg hat nach meiner Erinnerung nur zweimal solche Anleihen gemacht, beide Male bei deutschen Dichtern und von Zitaten, die für seine eigne Sinnesart bezeichnend waren: Hölderlin und Bröger. Von Hölderlin wählte er (in einem Briefe an den Historiker Karl Lamprecht vom 21. Juni 1913\*) die Worte, daß die Fremden ihr Bestes von Deutschland entnehmen und es verhöhnen, weil die ungestalte Rebe den Boden schwankend umirre. Und dann ein Stück aus der lyrischen Kriegsliteratur, aus dem „Bekennnis“ von Karl Bröger, den ergreifenden Schluß:

\*) S. Ruedörffer: „Grundzüge der Weltpolitik“, Stuttgart 1914, S. 251.

Immer schon haben wir eine Liebe zu Dir gekannt,  
Bloß haben wir sie nie bei ihrem Namen genannt.  
Herrlich zeigte es aber Deine größte Gefahr,  
Daß Dein ärmster Sohn auch Dein getreuester war.  
Denk es, o Deutschland.

Hier fand er die Seele des deutschen Volkes, die er leidenschaftlich suchte, wie denn auch seine erste Kriegstat die Versöhnung des Kaisers mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen war. \*)

In seiner ersten Kriegssrede (4. August 1914) mußte der Kanzler über den Durchmarsch durch das neutrale Belgien sprechen; über diesen schlimmen Kriegsbeginn zu schweigen, hätte einen jämmerlichen Eindruck gemacht. Daß er aber von Notwehr sprach und gar noch ankündigte, Deutschland werde das an Belgien begangne Unrecht wieder gutzumachen suchen, soll eine unbegreifliche Torheit gewesen sein. Bethmann Hollweg hat beim Entwerfen der Rede nach andern Formeln gesucht; es gab keine, die auf die Neutralen glimpflicher gewirkt und den Feinden nicht willkommenern Propagandastoff geliefert hätte. Wer sich an einer bösen, aber offenbaren Wahrheit vorbeidrückt, verbessert seine Lage nicht, sondern verschlimmert sie. Niemals eine Schuld einzugestehen, mag Verbrechergrundsatz oder Advokatenkniff sein. Daß in dem Tadel der Kanzlerrede liegende Postulat, ein Staatsmann dürfe niemals ein unter den Augen der ganzen Welt aus Not begangnes Unrecht als solches bezeichnen, ist mir immer als eine Albernheit erschienen. Als ob die üble Wirkung nicht von dem Unrecht selbst ausginge und Vertuschen oder Beschönigen das Unrecht nicht noch vergrößerte! Das Wort in der ersten Kriegssrede war so richtig und so klug, daß es während des

---

\*) Wie es kam, daß der Kaiser frühere böse Worte wieder gutzumachen suchte „Um den Kaiser“, Berlin 1919, S. 144.





*Prof. J. J. ...*



Krieges uneingeschränkt hätte wiederholt werden sollen, so beim Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und namentlich nach den Fragen im englischen Parlament, wie Deutschland über Belgien denke (Sommer 1917). Das wiederholte Versprechen der Wiederherstellung Belgiens wäre das beste Mittel zu einem Verständigungsfrieden gewesen.

Die stärksten parlamentarischen Erfolge hat Bethmann Hollweg errungen, wenn er aus sich selber herausging oder Liebe oder Zorn ihn packte: Liebe zum Volke, wie in seinen Kriegreden, Zorn gegen Herabwürdigung seines ehrlichen Strebens. Wie zündend war das Wort, das er dem konservativen Verteidiger der alldeutschen Kriegstreiber gegen England in seiner zweiten Marokkorede (10. November 1911) entgegenschleuderte, das Wort: „Der Starke braucht das Schwert nicht immer im Munde zu führen!“ Noch tiefer war der Eindruck im Reichstag und im Lande, als er mit den Broschüren von Junius Alter und der Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp Abrechnung hielt.

Der schwerste Kampf aber war doch der, den er gegen sich selbst führte. Er wußte wohl und sprach es mitunter aus, daß ihm die frische Farbe der Entschließung fehlte. Er hat dagegen gerungen, aber das hemmende Verantwortungsgefühl ließ es oft nicht zu raschen Entscheidungen kommen. Hatte er einen Entschluß gefaßt, hielt er stark im Willen mannhaft durch. Zum Glück besaß er in dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, einen Gehilfen, der es mit natürlicher Frische, immer wacher Umsicht und Arbeitsfreude verstand, die Stunden grüblerischen oder mißmutigen Abwägens abzukürzen. Er war einer der Gerechten und Klarblickenden. Aus dem konservativen Lager kommend, aber in seiner amtlichen Tätigkeit

nur durch das Staatsinteresse geleitet, kämpfte er ohne Rücksicht auf Lob oder Tadel seiner rechtsstehenden Freunde aus voller Überzeugung für die Politik des Kanzlers. Besonders für deren höchstes Ziel: den tiefen Riß, der das deutsche Volk seit Jahrzehnten spaltete, zu schließen, das liberale Bürgertum und auch die gemäßigte Sozialdemokratie mit den hinter ihr stehenden Arbeitermassen aus unfruchtbarer Negation heraus und zu positiver Mitarbeit am Staat zu bringen. Deshalb trat er ein für die Reformpolitik des Kanzlers, für die Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage, für die sogenannte Osterbotschaft, und in der Kriegszielfrage für eine starke Betonung des Verteidigungskampfes ohne Eroberungsabsichten.

Nach dem Sturz Bethmann Hollwegs übernahm Wahnschaffe ein militärisches Kommando in Frankreich und Belgien, wurde aber in den Tagen der höchsten Not von dem letzten Kriegskanzler Prinzen Max von Baden in die Reichskanzlei zurückberufen. Er sprang auf das sinkende Schiff in klarer Erkenntnis der Gefahr. Reich und Monarchie vor einer radikalen Umwälzung bewahren zu helfen, war seine Hoffnung, und alle seine Handlungen in den schweren Tagen bis zum 9. November 1918 waren auf dieses Ziel gerichtet. Ein von unparteiischer Seite sorgfältig gesichtetes Aktenmaterial zeigt klar, daß der gegen ihn erhobne Vorwurf, die Treupflicht gegen Kaiser und Reich verletzt zu haben, ganz ungerechtfertigt war.

Bethmann Hollweg war seinem Unterstaatssekretär auch menschlich nähergetreten. Einer Mitteilung von Wahnschaffe verdanke ich folgende Stelle aus einem Neujahrsbrief, die einen Blick in die Seele des „toternsten“ Kanzlers öffnet. Bethmann Hollweg, der im Mai 1914 seine Frau nach glücklicher Ehe verloren hatte, schreibt dort,

anknüpfend an den Tod seines ältesten, in Polen gefallenen Sohnes:

„Daß ich Friedrich nur mehr sehe als frischen und freudigen Soldaten, der den schönsten Tod gefunden hat, den ein Mann sterben kann, ist mir doch ein großer Trost. Aber die starre und eisige Einsamkeit, die sich immer enger um mich legt, wird erdrückend. Und niemand liebt doch glühender sein Volk als ich das meinige. Aber wo soll es hin? Wer dem Ewigkeitswert des Menschen, wie er sich jetzt in unserm Volk verkörpert, so ins Angesicht geschaut hat, wie wir es tun, der hat etwas erblickt, was sterbliche Augen nicht ertragen. Ich habe heute ein ergreifendes Gedicht aus einem Schützengraben zugeschildt bekommen, in voller Jugendlust geschrieben und doch zum Schluß den „Nachbar Tod“ willkommen heißend mit dem Gruß, den uns die uralte Mutter Natur von Anbeginn an immer wieder zuruft: „Stirb und werde.“ Aber das, was werden wird, muß anders sein als das, was war. Wenn ich unsre braven Jungen sehe, die singend in den Tod ziehen, dann werde ich schamrot über den Jammer, den wir all' die letzten Jahre dumpf und blöde ertragen haben. Und es wird anders werden. So toterst ich bin, so lebensfroh bleibe ich für mein Volk. — Das mußte ich Ihnen zum neuen Jahr sagen.“

War dieser viel zu sehr zu Selbstkritik und Skepsis neigende Mann wirklich ein Illusionist? Nach der Mordtat von Serajewo hat er sich nicht darüber getäuscht, daß, wenn es zum Kriege komme, auch England gegen uns fechten werde. In vertrautem Kreise sprach er dies schon anfangs Juli aus. Nach außen mußte er mit Rücksicht auf die von ihm unternommenen letzten Versuche, England vom Kriege abzuhalten, selbstverständlich seinen Pessimismus unterdrücken. Eine Fabel oder vielmehr eine durch die englische Kriegspropaganda aufgebrachte Verleumdung ist es, wenn behauptet wird, der Kanzler sei vor dem englischen Botschafter zusammengebrochen, als dieser ihm am 4. August die Kriegserklärung überbrachte. Der Botschafter war es vielmehr, der unter dem Eindruck der zornigen Entrüstung des Kanzlers über die englische Begünstigung der Kriegstreiber an der Nawa und der Seine

in Tränen ausbrach und beim Abschied um die Erlaubnis bat, noch einige Zeit im Vorzimmer verweilen zu dürfen, weil er so nicht vor die Dienerschaft treten könne \*).

Während der Engländer sich im Vorzimmer ausweinte, fanden den Kanzler sein Unterstaatssekretär und sein Adjutant in seinem Arbeitszimmer auf- und abschreitend wie ein wütender Bär. Auf die Frage, wie die Unterredung mit dem Botschafter verlaufen sei, antwortete er nur: „Ich habe gar nicht gewußt, daß ich so fließend englisch sprechen kann. Ich habe kein Blatt vor den Mund genommen.“ So sah der angebliche Zusammenbruch des deutschen Reichskanzlers aus.

Mancherlei Unglück, das ohne eigne Schuld von außen kam, hat Bethmann Hollweg immer standhaft ertragen und zu überwinden versucht. Ein solches Unglück war es zum Beispiel, daß bald, nachdem er eine neue Verfassung für Elsaß-Lothringen mit freiem Wahlrecht und Stimmen im Bundesrat durchgesetzt hatte, die schändliche Zabernaffäre dazwischen kam und die gute Wirkung verdarb. Auch bei seinem Sturze behielt er sein seelisches Gleichgewicht. Bei einem Abschiedsessen, zu dem nur wenige, Wahnschaffe, Heilbron, Riezler, Helfferich und August Stein geladen waren, konnte man ihm keine Bitterkeit anmerken. Bei meiner Begrüßung scherzte er, daß ich natürlich an dem Sturze schuld sei, da ich während der kritischen Woche wieder einmal fern von Berlin die Zeit mit Jagen hingebraucht hätte. Er hatte sich nämlich, als ich noch im Amte war, wahrscheinlich zum Schutze gegen zu häufige Gesuche um Jagdurlaub, eingeredet, daß immer, wenn ich draußen wäre, etwas Gräßliches passiere. Zur Zeit des Kapp-Putschs schrieb er mir in der irrigen Vermutung, daß ich kurz vorher wieder einen Ausflug aufs

\*) v. Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg“, 1. Teil, S. 197/8.

Land unternommen hätte, folgende Zeilen: „Hohenfinow, 15. 3. 20. Ihr Jagdausflug war ja wieder ein voller Erfolg! Schönste Grüße!“

Bei dem Abschiedsmahl wollte er über die verschiedenen Vorgänge bei der Krisis nicht reden, alles sei doch aus der Abneigung der Heerführer gegen ihn zu erklären. Nach Tische rühmte er die bewunderungswürdige Tüchtigkeit des deutschen Volkes, namentlich in seinen breiten Schichten, und den Idealismus, der in manchem ihrer Führer stecke; auch bedauerte er, daß es in Deutschland einem abgedankten Kanzler erschwert sei, weiter, etwa als Abgeordneter, öffentlich zu wirken. Erst viel später, auf einem Gang mit ihm durch das Gehege bei Hohenfinow, erzählte er mir die Szene im Garten von Schloß Bellevue in Berlin, als die Meldung von dem „unpreußischen“ Ultimatum der Generale, das einen Kanzlerwechsel forderte, eintraf und der Kaiser die Worte sprach: „Da kann ich ja gleich abdizieren.“ Das Tragischste in dem Martyrium des „weltfremden Philosophen“ lag darin, daß er vielleicht unter den gegebenen Verhältnissen und bei seinem persönlichen Ansehen auch in den feindlichen Lagern der geeignete Mann war, der Deutschland einen vernünftigen Verständigungsfrieden verschaffen konnte, und daß er in einem Augenblick abtreten mußte, da er dem Ziele schon nahe zu sein glaubte.

Noch lange nach seinem Rücktritt und über das Kriegsende hinaus ließen das furchtbare Erleben im Felde draußen und in der Heimat und beständiges Nachdenken über die Zukunft des deutschen Volkes trotz aller Ermunterungen alter Freunde und Mitarbeiter nicht die rechte Stimmung in ihm aufkommen, um Denkwürdigkeiten aus seiner amtlichen Vergangenheit niederzuschreiben. Er suchte lieber Trost in den reichen Schätzen seines

Büchersaales und auf Spaziergängen in seinem hoch über den Fluren zwischen dem Finowkanal und dem alten Oderlauf gelegnen Großgrundbesitze. Bei einem Besuch in Hohenfinow traf ich ihn beim Lesen in Plutarchs vergleichenden Lebensbeschreibungen griechischer und römischer Staatsmänner und Feldherren. Sogleich machte er mich auf eine Stelle aufmerksam, die ihm eine auch für die Gegenwart noch nicht veraltete Lehre zu enthalten schien. Plutarch erzählt da von einem König in Sparta, dem seine Gemahlin nach Einsetzung der Ephoren als Wächter und Helfer für die staatliche Ordnung vorwarf, er werde ihrem Sohne die königliche Macht geringer hinterlassen, als er selbst sie übernommen habe. „Im Gegenteil“, erwiderte der König, „sie wird desto größer sein, je dauerhafter sie ist.“ „In der That“, fügt der Geschichtschreiber hinzu, „verliert dadurch die königliche Macht nichts als das Übermaß und entgeht dem Neide und vielen andern Gefahren.“ Man findet diese Erzählung und den guten Rat Plutarchs gegen das persönliche Regiment am Schluß meiner Erinnerungen über den „Neuen Kurs“. Nur den versänglichen Namen des Königs von Sparta verschwieg ich, um den Leser nicht auf einen Vergleich zu bringen, der die beabsichtigte Wirkung stören konnte. Der König hieß Theopompos.



## V. Alfred von Kiderlen-Wächter.

Der Schwabe v. Kiderlen-Wächter besaß, ebenso wie sein älterer Kollege, der Ukermärker v. Holstein, die in der Schule Bismarcks ausgebildete Gabe, mit größter Leichtigkeit die Feder zu führen. Beide waren Meister des Stils, des brieflichen wie des diplomatischen. In den Briefen Kiderlens waltete die Neigung zu humoristischen und sarkastischen Bemerkungen vor, während es ihm in seinen amtlichen Schriftstücken vor allem auf Genauigkeit und feine Nuancierung des Ausdrucks ankam. Dennoch ist sein vom Fürsten Bülow gezeichneter berühmtester Erlaß, der vom 21. März 1909 an die Botschaft in Petersburg, der die Entspannung in der bosnischen Krisis herbeiführte, schon damals von den fremden Staatsmännern und später in der Geschichtsforschung verschieden ausgelegt worden. Enthielt er eine Drohung, wie französische und englische Blätter behaupteten, oder nur einen dringlichen freundschaftlichen Rat, als welchen ihn sein Urheber angesehen wissen wollte, oder war er gar absichtlich zweideutig gehalten? Die Entscheidung hängt natürlich von dem Wortlaut ab, der bisher nicht bekannt war.

In meinen frühern Veröffentlichungen hatte ich mich darauf beschränken müssen, zu sagen, der deutsche Rat an Rußland sei eine Brücke für Iswolski gewesen, um aus der verfahrenen Lage, in die er geraten war, herauszukommen;

die deutsche Warnung habe sich in der Form freundschaftlicher Aussprache abgespielt, was auch Tswolski öffentlich anerkannt habe; die einzige scharfe Wendung in dem Erlaß sei in der Bemerkung enthalten gewesen, daß, wenn Rußland nicht auf den Rat eingehe, Deutschland nichts mehr tun könne und „den Dingen ihren Lauf lassen müsse“. Professor Johannes Haller weist nun in der schon erwähnten Schrift über die „Ura Bülow“ auf zwei Depeschen Tswolskis an die russischen Vertreter in Paris und London vom 23. März 1919 hin \*), aus denen hervorgehe, daß der deutsche Erlaß noch den von mir „unterdrückten“ und für den freundschaftlichen Zweck „unglücklich gewählten“ Zusatz enthalten hätte, das Deutsche Reich würde „uns für die Folgen verantwortlich halten“. Auf den naheliegenden Gedanken, daß die Tswolskische Lesart gefärbt sein könnte und jedenfalls den deutschen Erlaß nicht vollständig enthielt, ist Haller nicht gekommen. Schon der sprachwidrige Ausdruck „uns verantwortlich halten“ macht stutzig. Er soll wohl den starken Sinn des französischen „nous tenir responsables“ wörtlich wiedergeben, das heißt: „uns haftbar machen“. Mit dieser Wendung aber wäre in Tswolskis Depesche keine redliche Übersetzung, sondern eine verschärfende, ja fälschende Zusammenziehung des deutschen Wortlauts enthalten. Der mir vom Auswärtigen Amt zur Einsicht und Verwertung freundlich überlassene Originalentwurf zeigt von Anfang bis zu Ende unverändert die großen, unten abgerundeten Züge des Kiderlenschen Gänsekiels. Aus dem Wortlaut (Anlage V) ist zu ersehen, daß an der entscheidenden Stelle gesagt war: die deutsche Regierung erwarte ein klares Ja oder Nein auf ihren Vor-

\*) „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegszeit“, herausgegeben von B. v. Siebert, Berlin und Leipzig 1921, S. 103 f.



21850

*Tideman.*



schlag; im Falle des Nein wird sie sich zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse wird dann ausschließlich Herrn Iswolski (nicht Rußland) zufallen. Echerra exclusivement à M. Iswolski — dies wäre die genaue Übersetzung der wohlterwognen deutschen Worte. Gewiß eine sehr deutliche und persönlich zugespitzte Sprache, eine dringliche Aufforderung, aber nicht eine Drohung, Rußland haftbar zu machen. Gemildert wird die Stelle noch durch den von Iswolski verschwiegenen Nachsatz: „nachdem wir einen letzten aufrichtigen Versuch gemacht haben, Herrn Iswolski behilflich zu sein, die Situation zu klären in einer für ihn annehmbaren Weise“. Von einer nicht glücklichen Wahl der Worte kann da nicht die Rede sein. Den Inhalt der letzten vier Absätze des Erlasses kann man dahin zusammenfassen, daß der Botschafter Herrn Iswolski für ein klares Ja gut zureden und einem etwaigen Versuche, seine Konferenzidee wieder in die konkrete Frage der Annullierung des Artikels 25 des Berliner Vertrages hineinzuziehen, vorbeugen sollte.

Der Grund, warum Iswolski den deutschen Vorschlag in zwei getrennten Stücken und dann noch ungenau und lückenhaft nach Paris und London mitgeteilt hat, läßt sich aus den Erläuterungen seiner zweiten Depesche erkennen. Er behauptet darin, vor der Alternative gestanden zu haben: unverzügliche Regelung der Annerionsfrage oder Invasion Serbiens, und weist die Vertreter an, das große Opfer zu betonen, das er mit seiner Nachgiebigkeit der Sache des Friedens bringe. Damit wollte er offenbar den Eindruck erwecken, nur aus Friedensliebe und um Serbien zu schützen, einem deutschen Drucke gewichen zu sein. Die echte, das heißt selbstlose Friedensliebe war jedoch ganz auf deutscher Seite. Richtig dagegen ist, daß der diplomatische

Rückzug Izwolski's in Paris und London einen niederschmetternden Eindruck machte \*) und viel dazu beigetragen hat, daß der französische Milliardenseggen in den folgenden Jahren zur Verbesserung der militärischen „Konjunktur“ reichlicher für Rußland floß und genauer auf den Zweck eingestellt wurde, Bahnen und Straßen unter rein strategischen Gesichtspunkten in den an den deutschen Osten grenzenden Gebieten zu bauen. Noch wenige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges enthüllte ein Sachverständiger in der Zeitschrift „Le Correspondant“ ganz offen die Direktive des französischen Generalstabs für den russischen Schuldner, als Basis für seinen militärischen Aufmarsch nicht Warschau, sondern Grodno-Kowno zu nehmen, weil von hier aus die preußischen Korps von Königsberg und Allenstein am schnellsten aufgerollt werden könnten.

Bei der bosnischen Krisis hatte Kiderlen in Vertretung des Staatssekretärs Frhrn. v. Schön die Geschäfte geführt. Er ging dann auf seinen Posten in Bukarest zurück, bis im Juni 1910 Frhr. v. Schön zum Botschafter in Paris ernannt und er als Nachfolger Schöns wieder ins Auswärtige Amt nach Berlin berufen wurde. Seine erste wichtige Aufgabe als Staatssekretär war, dem Kanzler bei dem Besuche des von Sasonow, dem Nachfolger Izwolski's, begleiteten Zaren in Potsdam zur Seite zu stehen (4., 5. November 1910). Das mündliche Potsdamer Abkommen kam wider die Abrede nicht zu Papier und blieb überhaupt, abgesehen von einer spätern Vereinbarung über beiderseitige Interessen in Persien und eine Zweigbahn von Bagdad nach Chanekin, ohne Erfolg. Das Versprechen, sich wechselseitig in keine Verbindung einzulassen, die ihre

---

\*) Siehe die Berichte der russischen Vertreter in Paris und London vom 1. und 6. April 1909 bei Siebert S. 109 u. 114.

Spitze gegen den andern Teil richte, wurde vom Zaren en bagatelle behandelt.

Gegenüber der zunehmenden innern Festigkeit der Entente politik sah sich die deutsche Politik genötigt, den Versuch einer Beseitigung der deutsch-englischen Spannung wiederaufzunehmen. Gelingen aber konnte er nach den gemachten Erfahrungen nicht, solange der noch immer fort-dauernde Marokkostreit nicht endgültig begraben war. So mußte mit logischer Zweckmäßigkeit einem deutsch-englischen Einvernehmen die Schlichtung des deutsch-französischen Marokkostreits vorangehen.

Ein Rückblick auf den damaligen Stand der Marokko-frage zeigt folgendes Bild:

In dem Casablanca-Abkommen von 1909 hat Deutschland die besondern politischen Interessen Frankreichs bei Sicherung der Ordnung und Ruhe in Marokko anerkannt, aber nur unter der Voraussetzung der Unabhängigkeit des Scherifischen Reichs und ohne Frankreich ein Mandat zum Schutze deutscher Interessen zu erteilen. Die Algericasakte ist der Form nach noch in Kraft, tatsächlich aber durchbrochen. Spanische Truppen sind von Larrasch nach Alkassar vorgerückt, in Mekinez und an andern Punkten in der Nähe von Fes sind französische Posten eingerichtet, die Autorität des Sultans und des Nachsen ist vollständig geschwunden. Während sich das spanische und französische Vorgehen auf das nördliche Marokko konzentriert, wird im südlichen Teile, wo erhebliche deutsche Interessen vorhanden sind, von deutschen Landsleuten Schutz verlangt. Französische Blätter geben zu, daß die tatsächlichen Ereignisse im Widerspruch zu den internationalen Abmachungen stehen und daß die chaotischen Zustände des Scherifischen Reichs eine Rückkehr zur Algericasakte unmöglich machen. Die Leiter der deutschen Politik ziehen daraus den

Schluß, daß der passende Ausweg ein neues Abkommen wäre, das einerseits bessere Bürgschaft für wirtschaftliche Gleichberechtigung bietet, andererseits Frankreich die volle Anerkennung seiner politischen Vorrechte gegen eine noch zu bestimmende Entschädigung gewährt und so die ganze Marokkofrage endgültig aus der Welt schafft.

Mit deutschen Augen gesehen, war also durch das französische Vorgehen die Algecirasakte so stark verlezt, daß sie wie eine mißlungne Photographie nicht wieder geheilt werden konnte. Bei dem Casablanca-Abkommen war die Belichtung noch leidlich ausgefallen, aber Frankreich brachte einen viel zu starken Entwickler zur Anwendung. Was dadurch an der Platte verdorben war, ließ sich nicht mehr beseitigen, es mußte eine neue Aufnahme gemacht werden.

Die Ausführung des Planes lag in den Händen des Staatssekretärs v. Kiderlen, der mit Recht den Ruf genoß, die Künste eines Diplomaten alter Schule virtuos zu üben. Volkspsychologie war nicht seine starke Seite. Den Blättersturm nach der Tangerfahrt des Kaisers im April 1905 hatte er nur als Zuschauer aus der Ferne auf dem damals sehr ruhigen Posten eines Gesandten in Bukarest erlebt. Für das beste Mittel, um die wegen der groben Verstöße gegen die Algecirasakte schon recht erregte öffentliche Meinung in Deutschland zu beruhigen, hielt er die Entsendung eines Kanonenboots nach dem Hafen Agadir an der südlichen Küste Marokkos. Zugleich sollte damit die französische Regierung für Verhandlungen williger gemacht werden. Eine vorhergegangene deutsche Anregung, die Initiative zu einer Verständigung zu ergreifen, war in Paris ohne Erfolg geblieben. Nach einigem Zögern des Kanzlers wurde die kaiserliche Zustimmung zu der „Panther“-Fahrt eingeholt und gegeben. Um aber den



Schein einer Drohung oder Herausforderung zu vermeiden, erhielten die bei den fremden Mächten beglaubigten deutschen Botschafter und Gesandten Anweisung, am Tage des Einlaufens des Kriegsschiffes in Agadir zu erklären, daß die deutsche Regierung nur von dem Rechte, ihre Untertanen ebenso zu schützen wie Frankreich die seinen, Gebrauch zu machen wünsche, mithin keinen Landerwerb im Hinterlande bezwecke \*).

Die französische Presse nahm die Nachricht von der deutschen Landung in Agadir, die wie ein Blitz aus heiterm Himmel einschlug, zunächst mit verhaltneim Grimm auf. Der ziemlich maßvolle Ton wurde offenbar von der Regierung gewünscht und von dem Gefühl bestimmt, daß die rechtliche Position Frankreichs unleugbar erhebliche Mängel hatte. In Deutschland dagegen begrüßten die alldeutschen Blätter das Ereignis als forsche Tat, die unbedingt zur Aneignung des Süsgebietes führen mußte. Ein deutsches Protektorat in Südmarokko wäre gleichbedeutend mit einer Aufteilung Marokkos gewesen, die im vollsten Gegensatz zu der bisherigen deutschen Marokkopolitik gestanden und zur Folge gehabt hätte, daß Deutschland wirtschaftlich verlor, was es im übrigen Marokko besaß, und daß es die Erwerbung im Süden unter militärisch viel ungünstigern Umständen behaupten mußte als die Spanier ihren Besitz im Rifgebiet und die Franzosen ihren im ganzen mittlern Marokko. Die alldeutsche Forderung war also an und für sich unvernünftig, ganz abgesehen davon, daß sie ohne Krieg wahrscheinlich nicht durchzusetzen gewesen wäre. Als vor Jahren einmal von Casablanca als künftigem deutschen Stützpunkt

\*) Hiernach ist der Vorwurf des Herrn v. Tirpitz, daß eine englische Frage nach dem Zweck der Landung wochenlang unbeantwortet geblieben und die Rede Lloyd Georges der Gegenschlag auf Kiderlens saloppe Geschäftsbehandlung gewesen sei („Erinnerungen“ S. 181 u. 185) nicht berechtigt.

die Rede war, hatte der Oberkommandierende der englischen Flotte Lord Fisher geäußert: „Laßt die Deutschen nur hinein, im Kriegsfall werden wir dann leicht etwas zu bombardieren haben.“ In den alldeutschen Kreisen war aber die Eroberung des Südsgebietes mit seinen Erzvorkommen und angeblich paradiesischen Zuständen zur deutschen Ehrensache geworden. Vollends nach der Bankettrede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911, in der zwar Deutschland nicht erwähnt, aber zu verstehen gegeben war, daß England fest an der Seite Frankreichs stehen würde, und als nichts von einer amtlichen Verwahrung gegen englische Einmischung verlautete, nahm die alldeutsche Erregung unter heftigem Tadel gegen die eigne schlappe Regierung immer mehr zu und auch nationalliberale und konservative Redner und Blätter stimmten in den alldeutschen Chorus ein. Am besten wurde die phantastische Verwirrung in den Köpfen durch das Gerücht gekennzeichnet, daß im Manuskript einer vom Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes verfaßten und in Tausenden von Exemplaren verbreiteten Schrift „Westmarokko deutsch“ ursprünglich die Forderung gestanden habe, Deutschland müsse, um eine Mittelmeermacht zu werden, Frankreich den Rhonedistrikt abnehmen! Dieses ganze Treiben lieferte einen drastischen Beweis für die unpolitischen Deutschen.

Inzwischen waren Unterhandlungen zwischen Kiderlen und Jules Cambon in Gang gekommen und von beiden Seiten mit großer Verschwiegenheit fortgesetzt worden. Damit hatte zugleich eine Leidenszeit für den Kanzler begonnen, die bis zum Abschluß der Verhandlungen dauerte und seine Stimmung zeitweilig tief niederdrückte. Es handelte sich nicht sowohl um sachliche Schwierigkeiten, als vielmehr darum, daß sein starkes Verantwortungsgefühl in Konflikt stand mit der eigensinnigen Zugeknöpftheit, mit der

der Staatssekretär auch ihm gegenüber seine diplomatischen Aufgaben erledigte. Auf der einen Seite war das Bedürfnis des Kanzlers nach Aussprache und Information gegenüber der Arbeit, die Kiderlen tatsächlich leistete, oft störend für diesen. Andererseits lastete es trotz allem Vertrauen in die überlegenen diplomatischen Fähigkeiten und Erfahrungen des Staatssekretärs schwer auf der gründlichen und gewissenhaften Natur des Kanzlers, daß er an einen Mann gebunden war, der sein Geschäft eigenwillig und rückwärtslos betrieb. Auch über den Gang der Unterhandlungen mit dem französischen Botschafter wurde er nur gelegentlich und lückenhaft unterrichtet. Bei einem Vorhalt an den Staatssekretär wegen seines Mangels an Mittheilbarkeit hätte der Kanzler befürchten müssen, daß Kiderlen ihn mit einem Rücktrittsgesuch beantworten würde. Daß Kiderlen kein Kleber war, hatte der Kanzler schon einmal erfahren, als ein unfreundlicher kaiserlicher Randvermerk Kiderlen zu einem Rücktrittschreiben an den Kanzler Anlaß gab. Wegen der durch die „Panther“-Fahrt entstandenen bedenklichen Lage in Europa fürchtete der Kanzler die kaiserliche Ungnade gegen Kiderlen bei der Rückkehr von der Nordlandreise.

Ende Juli lud sich der Kanzler zum Abendessen bei Kiderlen ein in der Hoffnung, daß dieser ihm nun reinen Wein einschenken werde. Das Ergebnis für den Kanzler war eine schlaflose Nacht. Er erfuhr von Kiderlen, daß Cambon kurz vorher im Auftrag seiner Regierung die Forderung des französischen Kongo abgelehnt und einen ungenügenden Gebietsaustausch um Kamerun angeboten hatte. Wie weit das Angebot Cambons ging, sagt Kiderlen nicht, zeigt vielmehr Neigung, die Forderung des Kongo als Prestigesache zu behandeln, da nach den Pariser Preßtreibereien, die nach der Einmischung Lloyd Georges ein-

setzten, ein Entgegenkommen erschwert und kaum etwas anderes übrig bleibe als Rückkehr zur Algecirasakte, d. h. die Räumung der französischen Militärstationen in Marokko zu verlangen. Dabei äußert Kiderlen-Wächter inter pocula: „Unser Ansehen ist heruntergewirtschaftet, im äußersten Fall müssen wir fechten.“ Das Entsetzen des Kanzlers über den durch diese Worte erregten Verdacht, als ob es Kiderlen auf Krieg anlege, stellte sich am nächsten Tage als falsch heraus, als beide, Kanzler und Staatssekretär, auf der gemeinsamen Reise nach Swinemünde zum Empfang des Kaisers ihr Gespräch vom Tage zuvor fortsetzten. Auch die kaiserliche Ungnade wegen der nach der „Panther“-Fahrt eingetretenen bedrohlichen Lage blieb aus; ihr hatten Pariser Artikel mit der Überschrift „Guillaume le Timide“ wirksam entgegengearbeitet.

Zu den Verlegenheiten des Kanzlers kam im August noch der Zwist Kiderlens mit dem Kolonialstaatssekretär v. Lindequist hinzu. Er war persönlicher und sachlicher Art. Herr v. Lindequist hatte als Kompensation für das französische Protektorat über Marokko eine Erweiterung des deutschen Besitzes in Dahome gewünscht, Kiderlen blieb jedoch bei seiner Forderung des französischen Kongo. Als Lindequist dann wieder auf Dahome zurückkam, war Kiderlen sehr kurz angebunden. Dieser Gegensatz hätte sich ohne Kiderlens autokratische Art der Behandlung wohl vermeiden lassen. Da Herr v. Lindequist auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen im Kolonialdienst auf seiner Gegnerschaft gegen den vorläufigen Text des Kongoabkommens beharrte, so kam es noch vor dem Zusammentritt des Reichstags im November 1911 zu einem Wechsel an der Spitze des Reichskolonialamtes. \*)

\*) Vergl. die ausführliche Darstellung in der zweiten Marokkorede des Kanzlers 10. Nov. 1911.

Der Novembersturm von 1911 im Reichstag kam an Heftigkeit dem Novembersturm von 1908 fast gleich. Dieser richtete sich gegen den Kaiser wegen seiner Gespräche in England, jener gegen die Regierung wegen ihrer angeblich schwächlichen Verteidigung deutscher Rechte in Marokko. Bis ins Frühjahr 1911 herrschte die Überzeugung, daß die Regierung gut daran tue, keinen Landerwerb in Marokko zu machen, und galt das Gegenteil als chauvinistische Phantasterei. Bei der Beratung des Kongoabkommens dagegen, mit dem neue wirtschaftliche Bürgschaften in Marokko erreicht wurden und ein großes Stück Land am Kongo zu der deutschen Kamerunkolonie hinzukam, stimmten die Führer der nationalliberalen und der konservativen Partei, Baffermann und v. Hendebrand, mehr oder weniger verblümt in das alldeutsche Geschrei: „Schande, Olmütz, Jena!“ ein. Wie war dieser Umschwung zu erklären?

Vieles dazu hatte die falsche amtliche Behandlung der öffentlichen Meinung beigetragen. Zwar wurde alsbald nach der Landung in Agadir offiziös bekanntgegeben, daß es sich hierbei um eine Schutzmaßregel, nicht um einen Akt der Besitzergreifung handelte. Aber dabei blieb es auch, selbst nach der Tischrede von Lloyd George, die doch wie eine Drohung oder wenigstens wie die Ankündigung einer englischen Intervention klang. Der Staatssekretär v. Kiderlenklärte zwar im Laufe des Sommers gelegentlich diesen oder jenen Besucher über die Ziele seiner Marokkopolitik oberflächlich auf, nach außen aber wollte er, unbekümmert um die voraussehbaren Folgen einer so langen Geduldssprobe, völlige Passivität gewahrt wissen. Der Fehler lag in dem „gelegentlich“. Auch der Leiter des Pressedienstes im Auswärtigen Amt blieb meistens über die einzelnen Phasen der Unterhandlungen mit Cambon ununterrichtet und seine Versuche, im Sinne einer

systematischen Vorbereitung in der Presse etwas aus dem Staatssekretär herauszuholen, wurden mehr oder weniger unmutig abgeschlagen. Die scharfe Verwahrung des Botschafters Grafen Metternich gegen englische Einwände in Tischreden statt auf dem üblichen diplomatischen Wege erfuhr er erst aus den Berichten über die Marokkodebatten im Reichstag. Der Erlaß Riederlens an die Botschaft in London vom 24. Juli 1911 und der Bericht Metternichs über die Ausführung des Auftrags sind im Anhang unter VI und VII im Wortlaut abgedruckt.

Aber die falsche Behandlung der öffentlichen Meinung und das Verschweigen der Tatsache, daß der Botschafter gegen die Möglichkeit einer englischen Einmischung in den deutsch-französischen Streit eine würdige Sprache geführt hatte, waren keineswegs die einzigen Gründe dafür, daß sich eine aufgeregte Stimmung weit über die Kreise des Alldeutschen Verbandes hinaus ausbreitete. Wahltaktische Berechnungen spielten mit. Die Legislaturperiode des Reichstags ging zu Ende, im Januar 1912 sollten Neuwahlen stattfinden. Daß die Marine eine neue Flottennovelle vorbereitete, war schon bekannt. Was konnte für die Parteien der Rechten und der Mitte erwünschter sein und die Annahme der Novelle im neuen Reichstag mehr erleichtern, als eine Wahlbewegung mit starkem nationalistischem Einschlag? Man blies in die Flamme und klagte zugleich über die säumige Feuerwehr. Was als Betätigung nationaler Gesinnung gelten sollte, war in der Wirkung nach außen ein nationales Unglück. Nach den Absichten des Kanzlers und des Staatssekretärs sollte die Erledigung des Marokkostreites letzten Endes zu einer deutsch-englischen Ausöhnung führen. In Wirklichkeit trat durch den besinnungslosen alldeutschen Taumel eine Verschärfung der sog. deutschen Gefahr ein, die für die meisten Engländer,

nicht, wie nach dem Zusammenbruch Deutschlands für französische Gewaltpolitiker, ein Vorwand, sondern eine ehrliche Überzeugung war.

Bald nach den Reichstagsdebatten über das Kongoabkommen schrieb der Kanzler v. Bethmann Hollweg in einem Brief an den württembergischen Ministerpräsidenten v. Weizsäcker: „Hätte ich zum Krieg getrieben, so stünden wir jetzt irgendwie in Frankreich; Hamburg und Bremen wären blockiert oder bombardiert. Dann würde mich das deutsche Volk fragen: Wozu das alles? Für die fiktive Souveränität des Sultans von Marokko, für ein Stück von Sus oder von Kongo oder für die Gebrüder Mannesmann? — und es würde mich mit Recht am nächsten Baum aufhängen“. \*)

Die Legende, daß in der Marokkofrage Deutschland gegen Frankreich kriegerische Ziele verfolgt habe, ist schon vor 1914 durch öffentliche Zeugnisse eines Franzosen über wertvolle, von ihm auf deutschem Boden gesammelte Eindrücke widerlegt worden. Wegen der in Frankreich fortwirkenden Gereiztheit über den „Panther“-Sprung nach Agadir schickte im Sommer 1912 der Pariser „Figaro“ seinen Mitarbeiter Georges Bourdon nach Deutschland, um durch eingehende Beobachtungen dessen wirkliche Stimmung zu erforschen und namentlich etwaige Anzeichen eines deutschen Kriegswillens aufzuklären. Die Berichte darüber sind im „Figaro“ erschienen und von Bourdon in erweiterter Fassung auch als Buch \*\*) herausgegeben worden. Es kam ihm nicht auf Tendenz und Sensation an; er wollte die Er-

---

\*) Mitgeteilt von Herrn von Weizsäcker in einem Artikel der „Deutschen Revue“ (September 1921), in dem der Agadirstreit aus intimer Kenntnis seines Jugendfreunds Kiderlen und der Verhandlungen im Bundesrat ausführlich geschildert ist.

\*\*) L'énigme allemande. Une enquête chez les Allemands. 2<sup>ème</sup> édition. Paris, Plon 1913.

gebnisse einer „gewissenhaften Untersuchung“ veröffentlichten. Den Lesern des „Figaro“, die vielleicht neue lebhaftere Bestätigungen ihres Glaubens an „die deutsche Gefahr“ erwarteten, zeigte er ein Deutschland, das in Frankreich unbekannt ist, das in seiner überwiegenden Mehrheit den Wunsch nach Verständigung mit seinem westlichen Nachbarn hat. Dieser Wunsch trat ihm in den Äußerungen führender deutscher Männer, Diplomaten, Parlamentarier, Militärs, Beamter, Gelehrter, Industrieller, Finanzmänner, Künstler, Publizisten entgegen, so sympathisch und einheitlich, daß auf die Frage eines Deutschen nach dem Gesamteindruck seiner Reise Bourdon erklärte: „Wenn morgen, in einer Krise verbrecherischer Raserei, unsre Völker aufeinanderstoßen würden, dann müßte man dafür nicht in Deutschland allein die tiefsten Ursachen und die Verantwortlichkeiten suchen.“ So sachlich dargelegte Nachweisungen über Deutschlands Willen zur Verständigung sind von der französischen Kriegspropaganda nicht auszulöschen; sie können auch bei Prüfung des Verdikts von unserer moralischen Hauptverantwortlichkeit für die Entstehung des Krieges durch die geschichtliche Kritik nicht unberücksichtigt gelassen werden.

In wiederholten Unterredungen mit Kiderlen gewann Bourdon die Überzeugung, daß Deutschland durch die schweren französischen Verstöße gegen den Vertrag von Algeciras und gegen das Protokoll von 1909 gezwungen wurde, zum Schutz seiner Interessen in Marokko einzugreifen, um Frankreich die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleiches nahezu legen. Kiderlen regte auch zu Bourdon ein Zusammenarbeiten Frankreichs mit Deutschland auf dem Balkan an und man weiß, daß eine solche Einladung gerade aus seinem Munde ihre Bedeutung hatte. Im Orient entfaltete er mit Erfolg eine geräuschlose diplomatische



Tätigkeit. Die Liquidierung des italienischen Krieges um Tripolis, der Balkanbund, die Kämpfe der christlichen Balkanvölker gegen die islamitische Türkenmacht, die nach Asien zurückgedrängt werden sollte, das Verhalten der Großmächte, Konferenzvorschläge zur Vermeidung eines europäischen Krieges, kurz, ein Knäuel schwierigster Fragen und Lagen, bei dessen Entwirrung die natürliche Klugheit Kiderlens und seine in langen Jahren erworbenen Kenntnisse der Zustände am Balkan und an den Meerengen von hohem Werte waren. Vor allem kam es darauf an, einen europäischen Krieg zu verhindern. Der dunkelste Punkt war das Vordringen der Serben nach Albanien und ihre Forderung eines Hafens an der Adria, wodurch wichtige Interessen Oesterreich-Ungarns und Italiens ins Spiel kamen. Der französische Minister Poincaré hatte Anfang November 1912 eine Erklärung vorgeschlagen, daß die Großmächte einig in der Absicht seien, keine eignen Interessen wahrnehmen zu wollen, und zugleich eine Konferenz der Großmächte angeregt. Da man Oesterreich-Ungarn und auch Italien wegen der serbischen Besetzung von Küstenplätzen an der Adria eine solche Erklärung nicht ohne weiteres zumuten und der verfrühte Konferenzvorschlag leicht zu einer Spaltung der Großmächte in Dreibund und Dreiverband führen konnte, wirkte Kiderlen dahin, daß sich die Großmächte zunächst auf den Grundsatz einigten, militärische Okkupation solle noch kein Recht auf dauernden politischen Besitz gewähren. Den Wienern hatte er vorher dringend abgeraten, etwa den Sandschak Nowibasar zu besetzen. Sodann betrieb er den Plan des englischen Ministers Sir Edward Grey, nach London, statt nach Paris, eine Konferenz aller Signatarmächte des Berliner Vertrages einzuberufen, um den Gedankenaustausch zu erleichtern und namentlich die serbischen Forderungen auf ein für Oesterreich-Ungarn

und Italien annehmbares Maß zu beschränken. In dieser Zeit höchster Spannung in Europa hat Kiderlen bewiesen, daß er, wie Bethmann Hollweg einmal während seiner Sorgen um die Folgen von Agadir sagte, zwar ein sehr unbequemer Kamerad, aber doch ein ganzer Kerl war. Nach seinem frühen Tode um Weihnachten 1912 rühmten ihm französische Blätter nach, daß er bei der endgültigen Erledigung der Marokkofrage ein zäher, aber ehrlicher Gegner Frankreichs gewesen sei, und die alte Gegnerin Deutschlands, die Londoner „Times“, bekannte, er habe bei der Isolierung des Balkankrieges alle Fäden des diplomatischen Gewebes in seiner Hand gehalten.

---

## VI. Kanzler und Großadmiral.

Das Scheitern einer Verständigung in der Flottenfrage.

1912.

Schon Ende August 1911, also bei steigender Flut der Entrüstung gegen die Rede Lord Georges, hatte der Kaiser in seinem Dank für Ovationen der Hamburger Bürgerschaft die Aufforderung hinzugefügt, auch fürderhin für die Verstärkung der Flotte zu wirken. Seit Oktober 1911 suchte Herr v. Tirpitz den Kanzler zu bewegen, alsbald, das heißt noch vor dem Schluß der Legislaturperiode, eine Flottennovelle einzubringen. Er war der Ansicht, daß Deutschland in der Agadirangelegenheit eine Abfuhr erlitten hätte und daß ein Staat, dessen Wohlfahrt auf Macht und Prestige beruhe, nicht die erhaltne „Ohrfeige“ einstecken dürfe, sondern zeigen müsse, daß er sich nicht fürchte. Auch meinte er, daß die von ihm erwogene Novelle nicht auf eine eigentliche Vermehrung der Flotte, sondern auf eine Erhöhung ihrer Kampfbereitschaft ginge („Erinnerungen“ S. 182): Ein Spiel mit Worten, da doch die Novelle eine Überschreitung des Flottengesetzes um drei große Schiffe enthielt und außerdem schon bald nach der Novelle von 1908, also vor dem durch die Rede Lord Georges vermeintlich erlittenen Echee, erwogen worden war. Darin aber

hatte er recht, daß bei der Stimmung im Lande in dem aus den liberal-konservativen Blockwahlen 1907 hervorgegangnen Reichstag im Herbst 1911 eine Verstärkung der Seerüstung eine günstige Aufnahme zu erwarten hatte. Bei den frühern Novellen 1906 und 1908 hatte er sich auf den Werbefeldzug des Flottenvereins und den Wettlauf der Parteien berufen können. Aber beides war doch zum großen Teil sein eignes Werk.

In der Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamts hatte sich der große Organisator des Flottenbaues ein Werkzeug geschaffen, das ihm ausgezeichnete Dienste leistete. An der Spitze der Nachrichtenabteilung standen sehr tüchtige und gewandte Marineoffiziere, die, fasziniert von der außerordentlichen, mit geriebener Klugheit gepaarten Tatkraft ihres Chefs, es vortrefflich verstanden, den Flottenverein zu kontrollieren, unter den Parteien und in der Presse Freunde zu gewinnen und dabei immer mit Sicherheitskoeffizienten zu rechnen, wogegen der Pressedienst des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nach dem Rücktritt des Fürsten Bülow allmählich in einen gewissen Verfall geriet, weil ihm durch engherzige diplomatische Geheimniskrämerei mehr und mehr die notwendigen Informations- und Nachrichtenquellen vorenthalten wurden (vergl. S. 89). Die Kollegen von der Nachrichtenabteilung des Marineamts waren darin zur Erfüllung ihrer Aufgaben ohne Zweifel besser gestellt. Ihr Chef war ein Meister der politischen Taktik und man kann es nur bedauern, daß ihn seine antienglische Thesenpolitik verhinderte, sich auch als großer Staatsmann zu bewähren. Sonst wäre er nicht so hartnäckig dabei geblieben, die Bemühungen der Reichsleitung für einen freundlichen Ausgleich mit England zu erschweren und damit den englischen Glauben an ein deutsches Wettüften zur See zu verstärken.

Der Kanzler v. Bethmann Hollweg konnte beim Kaiser nur durchsetzen, daß das neue Flottengericht nicht unter den lodernden Flammen der Leidenschaft im alten Reichstag, sondern bei ruhigerm Feuer zubereitet und erst dem neuen Reichstag vorgelesen werden sollte. Das zu erreichen war schon ein schweres Stück. Ursprünglich war der Kaiser von dem Plan, die Flottennovelle noch im alten Reichstag zu erledigen, ganz eingenommen, und zwar sollte zugleich ein Verhältniß der deutschen Flottenstärke zur englischen wie 2:3 programmatisch angekündigt werden. Der Kanzler erbat sich dann von Herrn v. Tirpitz ein schriftliches Votum über die gegenwärtige Verteidigungskraft der deutschen Flotte. In dem Votum hob der Großadmiral allerlei Lücken hervor, wie er schon früher die Frage, ob die Flotte zur Verteidigung in einem Kriege mit England ausreiche, mit dem Hinweis auf die unfertige Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals und auf andre Mängel verneint hatte. Auf einen Vortrag des Kanzlers in Hubertusstock willigte der Kaiser mit Widerstreben ein, daß die Flottennovelle erst im nächsten Frühjahr vor den Reichstag kommen sollte. Trotzdem traf bald darauf (10. November) eine kaiserliche Depesche aus Kiel ein: Glückwunsch zum Erfolg der zweiten Marokkorede des Kanzlers mit dem Zusatz, daß am besten nun gleich, da auch Tirpitz den Augenblick für günstig halte, an die Flottenverstärkung herangegangen werde: „Nur Mut!“ Mit der Abwehr dieser Zumutung war aber der Kampf um die Flottennovelle noch nicht überstanden. Im März 1912 kam noch ein Nachgefecht, das den Fabius Cunctator im Reichskanzlerpalais zu einem Rücktrittsgesuch nötigte.

Zuvor ist jedoch die Mission Lord Haldanes nach Berlin zu betrachten. Über ihren Verlauf liegen Berichte von beiden Hauptbeteiligten auf deutscher Seite in ihren Nach-

kriegsschriften vor. In der sachlichen Darstellung weichen beide Berichterstatter nicht auffällig voneinander ab, aber Ton und Farbe sind ganz verschieden. Bei dem einen überwiegt objektive Betrachtung, bei dem andern ein ergrimmtes Temperament, das zu dem „nachlässigen“ Kiderlen den „gebetnen“ Haldane gesellt und von Versuchen des andern spricht, die Novelle „abzuwürgen“. Nun hat sich aber noch ein Dritter dazwischengeschoben, Ballin in seinem Nachlaß, so daß man versucht ist, zu zitieren: Propheete rechts, Propheete links, das Weltkind in der Mitten.

Ballin und Cassel waren nach dem ersten Versuch (1908), den deutsch-englischen Antagonismus durch ein Flottenagreement abzuschwächen, in enger Fühlung miteinander geblieben. Das liberale Kabinett in London schien sich mehr und mehr mit dem deutschen Flottengesetz und der Beschleunigung des Bautempos bis 1911/12 abzufinden, vorausgesetzt, daß die nach der Novelle von 1908 im Jahre 1912 eintretende Verlangsamung nicht durch einen neuen Gesetzakt aufgehoben werden würde. In einer Rede im Unterhause erklärte der Premierminister Asquith am 14. Juli 1910: „Ich freue mich, sagen zu können, daß das Jahr 1911/12 das letzte unter dem geltenden Gesetz ist, in welchem vier neue Schiffe gebaut werden sollen. Die Zahl sinkt in den folgenden Jahren auf zwei.“ Noch deutlicher sprach es Sir Edward Grey am 14. März 1911 im Unterhause aus, worauf es der englischen Regierung vor allem ankam. Es sei nicht der Wunsch Englands, daß seine Beziehungen zu irgendeiner Macht so beschaffen sein sollten, daß dadurch herzliche Beziehungen zu Deutschland unmöglich würden. Mit einem Verzicht Deutschlands auf sein Flottengesetz wäre nicht zu rechnen. Aber innerhalb dieses Gesetzes könnte etwas zwischen den beiden Regierungen geschehen. Ein Abkommen könne vielleicht zu einer Verlangsamung

der Ausgaben führen oder dazu, daß das gegenwärtige Programm Deutschlands keine Steigerung erführe. Die offiziöse deutsche Antwort in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lautete: Wenn zur Beseitigung des Mißtrauens in der öffentlichen Meinung Englands die von Grey angedeuteten Vereinbarungen etwas beitragen könnten, so wäre man deutscherseits gern bereit, die Hand dazu zu bieten. — Daraus mußte man schließen, daß der deutsche Kanzler den englischen Wunsch erfüllen würde.

„Warum ist es dann aber nicht dazu gekommen?“ so fragt Suldermann in dem Ballinbuche. Nicht mit Unrecht. Aber die Gründe sind nicht schwer zu finden. Der nächstliegende ist, daß nach der „Panther“-Fahrt und der Rede Lloyd Georges unter kaiserlicher Begünstigung eine neue Flottenagitation heranslutete, die der Kanzler aufzuhalten nicht imstande war. Der entscheidende innre Grund aber, warum die gewünschte Vereinbarung unter den Staatsmännern nicht eingeleitet wurde, lag darin, daß die Grundfassungen des Kanzlers mit denen des Großadmirals v. Tirpitz nicht in Einklang zu bringen waren. Der eine war geneigt, den „Inselstandpunkt“ der Engländer anzuerkennen, das heißt ihnen die Furcht vor einer Bedrohung ihrer Suprematie auf den Weltmeerstraßen zu nehmen; der andre dagegen, wie wir oben (S. 64) gesehen haben, ganz von der Idee beherrscht, daß wir das Wohlwollen Englands nur durch den Verzicht auf den ganzen Flottenbau erringen könnten und daß die englische Handelseifersucht nichts lieber sähe als das Verschwinden der deutschen Kriegsflagge in der Übersee.

Dennoch nahm der Kanzler nach den heftigen Reichstagsdebatten des Novembers 1911 einen neuen Anlauf, um zu einer Verständigung mit England zu gelangen. Zunächst verschaffte er sich das Einverständnis des Kaisers

zu einer Sondierung der englischen Staatsmänner über ein politisches Abkommen, mit dem eine Verständigung in der Flottenfrage verbunden sein sollte. Auf eine Frage des Botschafters Grafen Metternich gab Sir Edward Grey Weihnachten 1911 eine günstige Antwort \*). Sodann wurde wieder der private Weg eingeschlagen. In einem Briefe an Ballin vom 9. Januar 1912 berichtete Sir Ernest Cassel von dem vor kurzem zum Ersten Lord der Admiralität ernannten Winston Churchill, daß er die Entfremdung der beiden Nationen als sinnlos betrachte, und fügte hinzu: „Der Krebschaden liegt darin, daß England die enorme Entwicklung der deutschen Kriegsmarine als eine ernste Bedrohung seiner Lebensinteressen ansieht. Dieses sieht fest und darüber gibt es keine zwei Stimmen in London. Wenn es möglich sein sollte, in dieser Richtung etwas zu tun, was Deutschland nicht gefährdet und den Alb von der englischen Brust wegnimmt, dann, glaube ich, würde man hier sehr weit gehen, um deutschen Wünschen entgegenzukommen.“ In dem letzten Satze wurde also das Angebot weitgehender Kompensationen für den Fall gemacht, daß eine Einigung über den Flottenbau zustande komme. Ende Januar 1912 erschien Cassel selbst in Berlin, um dem Kaiser in gemeinsamem Auftrage von Grey, Churchill und Lloyd George ein Memorandum zu übergeben, in dem gegen Anerkennung der englischen Überlegenheit zur See und Verzicht auf Steigerung des deutschen Flottenprogramms eine Förderung der deutschen Kolonialwünsche und gegenseitige Neutralitätserklärungen gegen aggressive Pläne dritter Mächte zugesagt wurden. Eine weitere Erläuterung folgte in einem Telegramm Cassels an Ballin am 2. Februar 1912: Wenn die deutsche Flottennovelle eine Vermehrung der Zahl der großen

\*) Vergleiche Bethmann Hollweg „Betrachtungen“ Bd. I S. 48 f.



Schiffe und die Fortsetzung des beschleunigten Bautempos enthalte, so werde eine sofortige Erhöhung des englischen Flottenetats, der auf der Annahme beruhe, daß das deutsche Flottenprogramm unverändert bleibe, notwendig, und dann die angeregte Verhandlung, nämlich über deutsche Kolonialwünsche, schwierig, wenn nicht unmöglich, sein; es sei denn, daß eine zeitliche oder eine andre Veränderung des deutschen Programms eintrete, die keine ernsthafte Erhöhung des englischen Flottengesetzes notwendig mache \*).

In einer vom Kaiser genehmigten vertraulichen Note, die Huldermann an Sir Ernest Cassel zur Weitergabe an die englische Regierung zu überbringen hatte, war gesagt, daß ein Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen in der Flottenfrage möglich sei, wenn gleichzeitig Bürgschaften für eine freundliche Orientierung der englischen Politik gegeben würden. Auch drückte die vertrauliche Note an Cassel die Hoffnung aus, daß ein englischer Minister zunächst zu privatem Meinungsaustausch nach Berlin kommen möge. Ballin hätte es vorgezogen, wenn die beiden zuständigen Marinemänner, Churchill und Tirpitz, an den Verhandlungstisch zu bringen gewesen wären, wobei nach seinen geschäftlichen Erfahrungen das verantwortliche Auftreten in eigener Sache eine gewisse Garantie für das Gelingen der Verhandlungen geboten hätte. Die Wahl des Vermittlers stand jedoch bei dem englischen Kabinett, das sein Mitglied, den Kriegsminister Lord Haldane, in privater Mission nach Berlin entsandte. Jedenfalls ist durch diese mise en scène nichts am Inhalt und Eindruck des Schauspiels verdorben worden. Die Bedenken und Schwierigkeiten, die sich sowohl in der Frage der Verlangsamung des deutschen Bautempos wie

\*) Huldermann S. 253.

in der Formulierung der Neutralitätsklausel ergaben, ließen doch die Hoffnung auf beiden Seiten bestehen, daß in weitem Verhandlungen auf diplomatischem Wege noch eine Einigung zustande kommen werde. Die Hoffnung wurde noch verstärkt durch einen Bericht des Grafen Metternich, nach dem sich Sir Edward Grey in seinem ersten Gespräch nach der Rückkehr Haldanes sehr befriedigt geäußert und erklärt hatte, sich mit größtem Nachdruck für die Forderung einer Einigung einzusetzen zu wollen.

Trotzdem trat in dem amtlichen Meinungsaustrausch eine Stockung ein, die bis in den März hinein dauerte: Huldermann wurde zu einer Begegnung mit Cassel nach dem Süden entsandt, Ballin selbst reiste nach Paris und London, und was stellte sich als Grund für die Stockung der Verhandlungen und schließlich ihren Abbruch heraus? Während in der Flottenfrage schon während des Besuches Haldanes in Berlin durch die Konzession eines langsamren Bautempos für die drei Linienschiffe der Novelle eine Verständigungsbasis gefunden zu sein schien, machte die englische Admiralität nun auf Grund einer genauen Prüfung des für die deutsche Öffentlichkeit noch geheimen Novellenentwurfes, der Haldane vertraulich mitgeteilt worden war, scharfe Einwände gegen die Erhöhung der Mannschaftszahl geltend. Der Marineminister berechnete den Zuwachs an Personal auf 15 000 Mann, während man bisher in London nur eine Erhöhung um höchstens 5000 Mann angenommen hatte. Außerdem aber kam noch entscheidend dazu, daß Sir Edward Grey in der Neutralitätsfrage dabei blieb, nur auf eine Formel eingehen zu können, die eine Sicherheit vor einem unprovokierten englischen Angriff, nicht aber auch vor einem feindlichen Auftreten Englands bei einem russisch-französischen Angriff auf Deutschland böte.

Die Vermutung, daß vielleicht ausländische Einflüsse störend auf den Meinungsaustrausch eingewirkt hätten, wurde von Cassel bestritten. Unter den ausländischen Einflüssen waren französische gemeint. Nach den neuesten Enthüllungen über die Berichte des russischen Botschafters v. Iswolksi aus Paris scheint die Vermutung doch richtig gewesen zu sein. Denn der von Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Bericht Iswolksis vom 5. Dezember 1912 meldete, das Londoner Kabinett habe den Bethmann Hollweg'schen Neutralitätsvorschlag Herrn Poincaré mitgeteilt. „Herr Poincaré sprach sich sehr energisch gegen eine derartige Verpflichtung aus. Er wies die englische Regierung scharf darauf hin, daß infolge des Nichtbestehens eines schriftlichen Vertrages allgemein politischen Charakters zwischen Frankreich und England die Unterschrift unter einem derartigen Vertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen sofort ein Ende machen würde.“ Jedoch ist damit noch nicht entschieden, daß Grey den Neutralitätsvorschlag Bethmann Hollwegs schon zur Zeit der deutsch-englischen Besprechungen über ein political agreement mitgeteilt hat.

Einwandfrei steht fest, daß Sir Edward Grey den russischen Botschafter Graf Benckendorff und den französischen Botschafter in London, Paul Cambon, über die Haldanesche Mission von Beginn an auf dem laufenden gehalten und ihnen auch seine eigene Formel, die nur versprach, keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland zu machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland zu enthalten, mitgeteilt hat. Beide Botschafter hielten eine *détente* zwischen Deutschland und England, wie sie von der Partei Greys und auch von konservativen Blättern gewünscht worden war, unter der Voraussetzung für unbedenk-

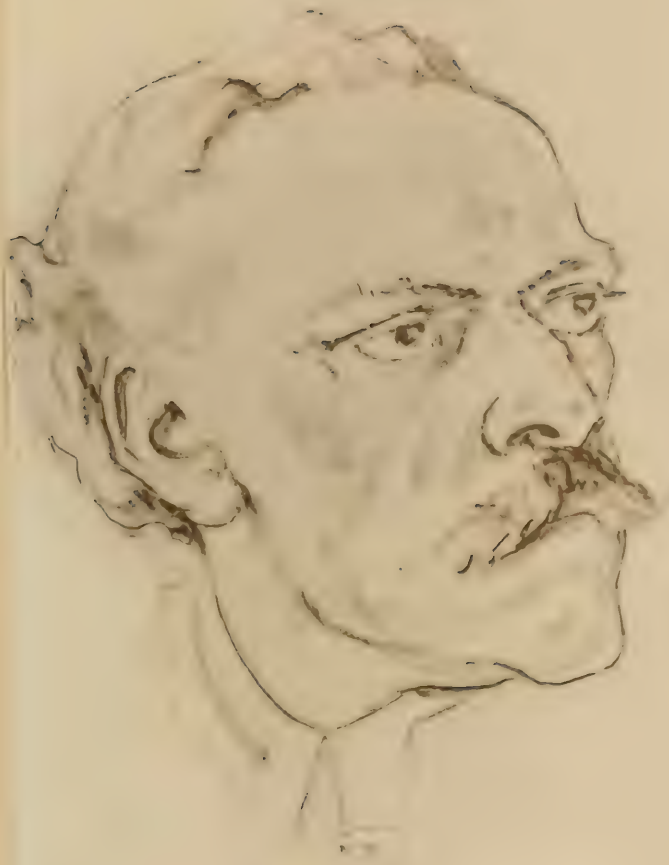
lich und sogar für nützlich, daß die doppelte Entente mit Rußland und Frankreich aufrechterhalten würde. Aber auch Poincaré soll nach einem Bericht Iswolskis an den Außenminister in Petersburg vom 1. März 1912 gute Miene zu dem deutsch-englischen Spiel gemacht haben. Ob das wirklich ehrlich gemeint war oder ob er vielleicht schon auf Grund der Berichte der beiden klugen Brüder Cambon in London und Berlin das Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen voraussah, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls verzeichneten die Ententediplomaten den Rückschlag in den Londoner Verhandlungen und die Rückkehr Englands zu seiner alten Ententepolitik ohne Ausgleich mit Deutschland nicht mit Bedauern, sondern mit Genugtuung. \*) Auch machen die wiederholten Erklärungen Grens an Metternich, daß die Annahme des deutschen Vorschlags die Freundschaft mit Frankreich in Frage stellen und die französischen Empfindungen reizen würde, eine vorhergegangene Befragung der französischen Regierung über die deutsche Formel höchstwahrscheinlich. \*\*) Der Mechanismus der Entente war stärker als der gute Wille Haldanes.

Mit der Stockung des Meinungs austausches im Februar und März 1912 hing auf deutscher Seite eine innre Krisis, die weder bei Bethmann Hollweg, noch bei Tirpitz, noch bei Huldermann erwähnt ist, eng zusammen. Wie vorhin schon mitgeteilt ist, hatte es dem Kanzler im November 1911 große Mühe gekostet, den Kaiser von der wiederholten Forderung einer sofortigen Ankündigung der geplanten Flottennovelle abzubringen. Die allgemeine politische Lage, die sogen. Einkreisung und das notorische

---

\*) Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik, herausgegeben von B. v. Siebert, Berlin 1921, S. 738—763.

\*\*) Berichte Metternichs vom 15. Februar, 17. März und 29. März 1912, abgedruckt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 8. September 1915.



O. Maturinich



Wettrüsten Frankreichs und Rußlands gegen das Land der Mitte, rechtfertigte es durchaus, daß auch der Kriegsminister Neuforderungen anmeldete und die Armee nicht länger hinter der Marine zurückstehen wollte. Für die beiden Wehrvorlagen mußte finanzielle Deckung geschafft werden, und es empfahl sich, die Wehrvorlagen gleichzeitig mit einem ausgearbeiteten und vom Bundesrat gutgeheißenen Finanzplan zu veröffentlichen. Dem Kanzler aber mußte die Verzögerung aus dem besondern Grunde erwünscht sein, daß nach dem nicht ungünstigen Verlaufe der Mission Haldanes doch noch der Abschluß eines Übereinkommens mit England möglich war, das vielleicht Änderungen in der Flottennovelle in sich schloß.

Aus einer sehr heftigen Wahlbewegung im Januar 1912, in der Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten gegen den schwarz-blauen Block, Zentrum und Konservative, fochten, war ein Reichstag hervorgegangen, in dem nach der Zahl der Mandate — die Sozialdemokraten hatten die ihrigen verdoppelt von 55 auf 110 — eine Großblockmehrheit von Bassermann bis Bebel vorhanden war. Es fehlte nur das geistige Band. Die Thronrede zur Eröffnung des neuen Reichstages kündigte die Wehr- und Deckungsvorlagen, die noch die Ämter und den Bundesrat beschäftigten, nur im allgemeinen an und enthielt sich näherer Angaben über ihren Inhalt. Was der Kanzler hoffte, das fürchtete der Großadmiral, nämlich daß die schwebenden Verhandlungen zu einer Einigung sowohl über die Neutralitätsklausel als auch in der Frage einer Begrenzung der beiderseitigen Marineausgaben führten.

Der Kaiser stand mit seinen Sympathien ganz auf der Seite des Großadmirals. Der Botschaftsrat v. Kühlmann hatte sich in Vertretung des beurlaubten Grafen Metternich erlaubt, in einem Bericht vom 8. Januar 1912

den Ernst der Stunde dick zu unterstreichen. Von den in allernächster Zeit zu fassenden Entschlüssen werde nicht nur unser Verhältnis zu England, sondern auch unsre ganze nationale Zukunft in vielleicht unwiderruflicher Weise beeinflusst werden. Wenn wir auf die großen kolonialen Angebote eingingen, würde sofort eine Entspannung eintreten; wenn nicht, würde England jedes Opfer bringen, um den Dreiverband noch fester zu machen und wenn möglich auch Italien vom Dreibund abzuziehen. Zum Schluß die Frage, ob wir denn ein großes Kolonialreich um einer an sich geringfügigen Vermehrung unsrer maritimen Machtmittel willen verscherzen sollten? Die kaiserliche Antwort am Rande war höchst ungnädig. Der jugendliche Diplomat, der doch Seiner Majestät schon bei der Landung in Tanger nahe gekommen war, wußte nach seinem „verunglückten“ Bericht noch nicht, daß die Briten uns „nur in Kolonialkriege verwickeln“ wollten und daß sich der Deutsche Kaiser „nichts schenken“ lasse, sondern, wenn er Kolonien haben wollte, sie kaufen oder sich nehmen würde „ohne England“.

Als dann die Mission Halbanes nichts Bestimmtes ergab und der Ausgang der diplomatischen Verhandlungen in London ungewiß blieb, wurde der Kaiser wieder ungeduldig. Die Flottennovelle konnte ihm nicht schnell genug in der Öffentlichkeit erörtert werden und das Plenum des Reichstages durchlaufen. Des langen Wartens müde, schickte er am 5. März 1912 von Wilhelmshaven aus, wo er der Rekrutenvereidigung beiwohnte, eine Depesche an den Kanzler mit der Ankündigung, daß er, wenn die Wehrvorlagen nicht sofort bekannt gemacht würden, Tirpitz und Heeringen (dem Kriegsminister) befehlen werde, sie zu veröffentlichen. Dazu ist zu bemerken, daß die Wehrvorlagen nebst den Deckungsentwürfen zu dieser Zeit noch nicht einmal dem Bundesrat zugegangen



waren. Dem Kanzler blieb nach diesem Eingriff in den Gang der Geschäfte und in seine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nichts andres übrig, als seine Entlassung zu nehmen. Der Kaiser hatte das nicht erwartet, er berief den Kanzler nach Wilhelmshaven. In der Audienz gelang es, den Kanzlerwechsel zu vermeiden. Der Kaiser gab die Absicht, sofort die Vorlagen zu veröffentlichen, auf. Gleichwohl war die „Kölnische Volkszeitung“ schon am 8. März in der Lage, den Hauptinhalt der Flottennovelle mitzuteilen. Ausführlich wurde der Inhalt beider Vorlagen erst am 22. März in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bekanntgegeben, nachdem sie am Tage vorher beim Bundesrat eingegangen waren.

Den letzten Versuch, die Verhandlungen nicht zum Abbruch kommen zu lassen, hat Ballin auf eine Anregung des Kanzlers hin Mitte März gemacht. In London gewann er aus Unterhaltungen mit dem deutschen Botschafter, Lord Haldane und Churchill den Eindruck, daß das englische Kabinett und der König den Fortgang der Sache sehr wünschten, das größte sachliche Hindernis aber noch immer darin bestand, daß man in London eine viel größere Verstärkung der Mannschaften, als in der Novelle angegeben war, herausrechnete und auch Anstoß an der großen Zahl von Torpedo- und Unterseebooten nahm. Churchill war jedoch ganz einverstanden, daß je ein Fachmann von beiden Seiten etwaige Irrtümer aufklären sollte \*). Bei seiner Rückkehr nach Berlin erfuhr Ballin vom Kaiser und vom Kanzler, daß von der Novelle nichts mehr abgelassen werden könne. Damit hatte der Großadmiral über den Kanzler gesiegt. Bald darauf lag auch Graf Metternich, der unermüdliche Warner, auf der Strecke.

\*) Huldermann S. 265.

Wer ein welliges, schluchtenreiches Gelände überblicken will, muß den besten Standpunkt zu wählen suchen. Von dem Tiefstand aus, in dem wir uns durch unsre Niederlage befinden, ist es gewiß nicht leicht, ein richtiges Bild zu gewinnen und sich vor schiefen Urteilen ex post zu hüten. Wenn man über die unmittelbare Nähe hinweg, losgelöst von ihrem traurigen Anblick, die fernen Grundlinien der ein Jahrzehnt zurückliegenden Zeit der deutsch-englischen Entfremdung zu erkennen sucht, so fällt zunächst die Tatsache auf, daß bei allem guten Willen der leitenden Staatsmänner doch eine beiden Seiten genehme Neutralitätsformel nicht gefunden werden konnte.

Die von Gey vorgeschlagene Formel war in der Tat ungenügend, sie sicherte Deutschland nur gegen einen unprovzierten Angriff Englands, nicht aber auch gegen eine Parteinahme Englands zugunsten des Zweibundes im Falle eines russisch-französischen Angriffs auf Deutschland. Die Verhandlungen scheiterten, wie gesagt, an der Weigerung Sir Edward Grens, auf den vom Kanzler gewünschten Zusatz einzugehen, daß England wohlwollende Neutralität bewahren werde, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte. Die Frage erhebt sich, ob es nicht doch vielleicht besser gewesen wäre, die Verhandlungen nicht an der Grenschen Formel scheitern zu lassen, die immerhin das Versprechen enthielt, keiner Abmachung beizutreten, die einen unprovzierten Angriff bezweckte. Gewiß bot diese Formel nicht viel mehr als einen Zwirnsfaden, aber in den letzten Julitagen 1914 hing auch der Frieden nur an einem Zwirnsfaden und der, der ihn in der Hand hielt, war Sir Edward Gren. Schon die einfache Tatsache, daß von England und Deutschland gemeinsam ein Beispiel guten versöhnlichen Willens gegeben gewesen wäre, hätte ihr eignes, auf alle friedensgefährlichen

Elemente drückendes Schwergewicht besessen \*). Dieses Schwergewicht wäre noch beträchtlich verstärkt worden durch Verträge über die Endstrecke der Bagdadbahn und über die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes, nicht nur in Südwestafrika, sondern auch in Ostafrika (durch Abtretung von Zanzibar und Pemba), wie sie von Sir Ernest Cassel in Aussicht genommen und von Lord Haldane bei seinem Besuch in Berlin angeboten worden waren.

Für die englischen Staatsmänner war ein gegenseitiges Neutralitätsversprechen überhaupt Nebensache; ihr ganzes Bemühen war darauf gerichtet, der Notwendigkeit überhoben zu werden, wegen der deutschen Flottengefahr, wirklichen oder vermeintlichen, ihren Marineetat fortgesetzt um Unsummen steigern zu müssen. Daher fragt es sich auch, ob nicht durch ein Abkommen, das Sicherheit gegen neue Vermehrung der deutschen Schlachtflotte oder wenigstens für Verlangsamung des Bautempos der Novellenschiffe bot, als praktische Folge ein politischer Zustand eingetreten wäre, wie ihn Bethmann Hollweg vorweg auf dem Papier gewährleistet wissen wollte. Sogar ein so entschiedener Vorkämpfer der deutschen Flottenpropaganda wie Graf Reventlow war der Überzeugung, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn der Staatssekretär des Reichsmarineamtes in der damaligen Sachlage auf die drei Großkampfschiffe der Novelle verzichtet hätte. Allerdings waren die Gründe des Grafen für den Verzicht merkwürdig genug. Abgesehen davon, daß in den nächsten sechs kritischen Jahren nur zwei Kiele auf

\*) „Hätte das deutsche und das englische Volk die Einzelheiten der Mission Haldanes erfahren, so hätte die öffentliche Meinung beider Länder eine angemessene Neutralitätsformel erzwungen.“ E. D. Morel in der „Westminster Gazette“ 4. 1. 1910.

Stapel gelegt werden könnten, meinte er, daß der Verzicht doppelten Vorteil gebracht hätte: einmal wäre den englischen Ministern die Klage über mangelndes maritimes Entgegenkommen entzogen worden, sodann aber und hauptsächlich hätte die deutsche Volksstimmung erst recht eine „wirklich entsprechende“ Flottenvorlage verlangt.

Und die Stimmung des englischen Volkes? Nach der haben die Propagandisten einer fortgesetzt verstärkten deutschen Flotte blutwenig gefragt. Wer freilich, wie Herr v. Tirpiß und Graf Reventlow\*), der vorgefaßten Meinung war und ist, daß das Sinnen und Trachten der englischen Politiker einzig und allein darauf gerichtet gewesen sei, „das Deutsche Reich durch Drohung und Druck zu dauernder Passivität in seiner auswärtigen Politik zu veranlassen und den Weltkrieg gegen es zu entfesseln“, der mußte den deutschen Beteiligten an der Ausöhnungsaktion des Winters 1911/12: Bethmann Hollweg, Kiderlen, Metternich, Ballin den Vorwurf machen, das wahre Gesicht Englands ganz und gar verkannt zu haben. Jeder unbefangene Forscher aber wird anerkennen, daß die Beseitigung oder Abschwächung der Flottenrivalität das einzige und beste Mittel war, um die Volksstimmung in England so stark zu beeinflussen, daß es selbst dem deutschfeindlichsten Staatsmanne oder Flottenchef nicht möglich gewesen wäre, einen Krieg mit eigener Beteiligung Englands gegen Deutschland und seine Verbündeten zu entfesseln. Die deutschen Anhänger einer forcierten Machtpolitik zur See behandelten den englischen Argwohn gegen den fortgesetzten deutschen Schlachtschiffbau als eine gleichgültige oder wenigstens ungefährliche Sache, ohne zu merken, daß sie ihn mit ihrer hartnäckigen

\*) Politische Vorgeschichte des großen Krieges, Berlin 1919, S. 239 u. 251.

Weigerung, den Inselfstandpunkt zu begreifen, für jeden Engländer zur Gewißheit machten.

Das war der zweite große Wendepunkt in den deutsch-englischen Beziehungen: 1901 deutsche Ablehnung einer entente cordiale mit nachfolgender diplomatischer Abkehr von der alten Freundschaft mit Deutschland, 1912 deutsches Versäumen einer Wiederannäherung an England mit nachfolgender riesiger Steigerung des englischen Marineetats und dem Abschluß einer schriftlichen Ehrenverpflichtung zwischen England und Frankreich zu gemeinsamen Maßregeln im Falle eines unprovokierten Angriffs einer dritten Macht. Von übertriebnem Selbstvertrauen erfüllter Seemachtwille stürmte blindlings an dem zweiten Wendepunkt vorbei, der doch eine für den Frieden in Europa günstige Lockerung der Einkreisungspolitik gegen Deutschland in Aussicht stellte.

Der Ausbruch des Weltkrieges hing wesentlich von der Hoffnung der Kriegstreiber an der Nema und an der Seine auf die Kriegshilfe Englands ab. Für keine der Zweibundmächte hätte das Vertrauen in die gegenseitige Bundesgenossenschaft ausgereicht. So wenig wie das deutsche Volk wollte das englische den Krieg. Die Gefahr und das Risiko war gleich groß für beide, für das englische bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg vielleicht noch größer. Ganz England glaubte fest an aggressive Tendenzen der deutschen Flottenpolitik. Deshalb duldete und begünstigte das liberale Ministerium die Feindseligkeit der Ententegenossen gegen Deutschland. Wäre aber diese machtpolitische Gegnerschaft Englands durch eine vertragliche Begrenzung der Seerüstungen nicht mehr oder nur in geringerer Schärfe vorhanden gewesen, so hätte wahrscheinlich die Julikrise 1914 einen andern Verlauf genommen und Deutschland und mit ihm Europa hätten nicht ihr großes Unglück erlebt.

## VII. Briefe eines Lebenden.

In der zweiten Woche nach Beginn des Krieges schrieb mir Frhr. v. Mumm, ehemals Botschafter in Tokio:

„Th. Wolff \*) ist sehr eingenommen von dem Plan einer fremdsprachigen Ausgabe und wird ihn sofort für Italien in Angriff nehmen. Er wünscht nur die Sicherheit, daß die betreffenden Nummern des „Tageblattes“ auch wirklich über die Grenze gelassen werden.

Ich bin noch ganz entsetzt über Ihre Mitteilung, daß bisher unsere Zeitungen auf militärischen Befehl nicht hinausgelassen wurden. Da haben wir uns tief ins eigne Fleisch geschnitten.

Ich habe mich am Tage nach der Aberreichung der österreichischen Note an Serbien Jagow für irgendwas zur Verfügung gestellt und später in gleichem Sinne auch an Zimmermann geschrieben.\*\*) Man antwortete mir aber, es sei alles vorläufig übervoll. Durch Anruf Sr. M. hätte ich wohl sicher ankommen können, aber ich wollte doch natürlich das A. A. nicht ärgern.

Ich wiederhole aber, daß ich g e r n zu allem bereit bin, daß ich mich unterordne, wo immer es gewünscht wird, daß ich z. B. sehr glücklich sein würde, im Pressedezernat unter Ihnen zu arbeiten, und daß ich damit keinerlei Ambitionen für die Zukunft verbinde. Ich bin glücklich in meinem Castello San Giorgio, aber jetzt möchte ich mich gern ohne Anspruch auf Rang oder Gehalt oder Stellung nützlich machen. Es ist schrecklich, so abseits zu stehen. Aber natürlich möchte ich in meinem Fach nützen; Butterbrote schmieren andre besser und auch für Verwundetenpflege bin ich kaum zu brauchen.“

Frhr. v. Mumm war vor vielen Jahren als Orientreferent mein Kollege in der Abteilung A des Auswärtigen

\*) Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“.

\*\*) Jagow war damals Staatssekretär, Zimmermann Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes.



*Johnson.*





Amtes gewesen. Ich kannte seinen unermüdlichen Fleiß und seine Gewandtheit in der Behandlung von Geschäften und Menschen. Vor allem besaß er etwas, dessen Fehlen in meiner Tätigkeit ich immer als drückenden Mangel empfunden hatte: gründliche Auslandskenntnisse, die er sich auf seinen frühern diplomatischen Posten in Rom, Washington, Peking, Tokio erwerben konnte. Die Aufgaben des Pressreferates hatten sich durch den Krieg vervielfacht. Das Anerbieten des Frhn. v. Mumm war mir daher hochwillkommen. Bei seinen mir bekannten Anschauungen und persönlichen Eigenschaften war ich sicher, daß sich ein kollegiales Zusammenarbeiten mit ihm in ungetrübter Harmonie vollziehen werde. Das war denn auch der Fall bis zu meinem Austritt aus dem Amt (Ende 1916), dem bald der seinige, veranlaßt durch die Verkündung des unbeschränkten U-Bootkrieges, folgte. Herr v. Mumm vertrat das Amt auf den von Kapitän Löhlein eingerichteten täglichen Journalistenkonferenzen im Reichstage, empfing ausländische Pressevertreter, organisierte ihre Fahrten an die Fronten und leitete bald auch die vom Reichsmarineamt übernommene Zentralstelle für Schriftenvertrieb nach neutralen Ländern, in der u. a. der Abgeordnete Erzberger, Dr. Paul Rohrbach und Prof. Dr. Jäckh tätig waren.

Gegen die Mittagszeit pflegte sich eine größte Anzahl von Personen, außer den nächsten Mitarbeitern Staatssekretär Solf, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Gesandter Graf Georg Wedel, Frhr. v. Langwerth, Direktor Mantler von „Wolffs Bureau“, August Stein von der „Frankfurter Zeitung“, der Abg. Erzberger u. a. auf meinem Zimmer zu versammeln, um die telephonisch eintreffenden neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz zu

erfahren und Gedanken über Krieg und Frieden auszutauschen. Zu den bedenklich Gestimmten gehörte Herr v. Mumm. Ganz bestürzt war er immer, wenn Zeppelinangriffe mit Bombenabwürfen auf englische Küstenorte gemeldet wurden, weil er überzeugt war, daß damit militärisch nicht viel genützt, die Greuelpropaganda gefördert und der Krieg verlängert würde.

Im Mai 1915 ruhte er von seiner anstrengenden Arbeit in Schierke und auf dem Weißen Hirsch kurze Zeit aus, im August sollte mein Urlaub nachfolgen. Aus diesen Urlaubspausen stammen die folgenden sorgenvollen Briefe:

„Schierke, Montag.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß von seiten Italiens und der Entente mit Hochdruck in Bukarest gearbeitet wird. Da dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen! Die Zeit ist kostbar. Jeder verlorne Tag ist von Übel. Es gilt, rasch in Bukarest den Anschluß Rumäniens zu verlangen und dafür soviel zu versprechen, daß der König und Bratianu das Volk und die Kammer auch mitbekommen. Diese Aktion hätte am besten gleich einsetzen sollen, als der Sieg in Westgalizien erfochten war. Mit jedem Tage wird unsre Situation ungünstiger. Im Ausland wird das Mitgehen Italiens mit der Entente doch natürlich so ausgelegt, daß diese stärker ist als wir, und daß ihr der Sieg sicher ist. Dies wirkt auch auf Bulgarien. Einmal haben wir das Spiel durch das Zögern unseres Bundesgenossen schon verloren. Sollen wir dies noch einmal über uns ergehen lassen?“

„Weißer Hirsch, 29. 5. 15.

Da Sie seit längerer Zeit das Vergnügen haben, mich zu kennen, werden Sie wohl kaum im Zweifel sein, daß, während Lahmann meinen Leib malträtiert und kasteit, alle meine Gedanken in Berlin und bei der Politik sind. Und da verstehen Sie es auch wohl, wenn ich meinem Ihnen hinterlassenen Testament noch ein Kodizill beifüge. Sie wissen mehr als sonst jemand, wie ich seit Herbst vorigen Jahres immer und immer wieder auf ein Abkommen zwischen Italien und Osterreich gedrängt hatte. Lediglich in diesem Sinne hatte ich auch — unter Hintansetzung eigener Inter-

essen \*) die Ernennung Bülow's propagiert, weil sie mir noch am ersten Erfolg zu versprechen schien. Und als ich dann, um Abschied von San Giorgio zu nehmen und die Stimmung in Oberitalien zu erkunden, im Januar für 14 Tage nach Portofino fuhr, habe ich, schriftlich von dort aus und mündlich nach meiner Rückkehr, immer wieder auf rechtzeitige österreichische Zugeständnisse an Italien gedrängt, durch die allein der Abfall Italiens m. E. zu verhindern war. Zimmermann gab damals meinen Brief an den österreichischen Botschafter als Stimmungsbild und in vielen Telegrammen und Erlassen nach Wien wurde dann in den folgenden Wochen und Monaten die Notwendigkeit einer Verständigung mit Italien betont. Aber ich habe doch den Eindruck, daß man sich bei uns des Ernstes der Lage nicht voll bewußt war und nicht sah, wie die Arbeit unsrer Gegner den Boden unterminierte. Sonst hätte man das „bis dat qui cito dat“ dem Wiener Kabinett doch wohl noch nachdrücklicher klargemacht. Offenbar glaubte man, daß die Zugeständnisse immer noch zurzeit kommen würden. Hat doch selbst ein Mitglied unsrer politischen Abteilung einem meiner Bekannten am Tage der italienischen Kriegserklärung an Österreich ganz freimütig eingeräumt, daß er noch am Tage vorher den Krieg mit Italien für ausgeschlossen gehalten habe! Aber ein Stein, der erst einmal im Rollen ist, läßt sich nicht aufhalten.

Daß man jetzt Bülow die Schuld für das Geschehene zuzuschreiben sucht, begreife ich vom Amtsstandpunkt aus allensfalls, aber in der Welt wird man damit wenig Gläubige finden. Und sollte doch am Ende noch irgendwo ein solcher existieren, so wird Bülow schon dafür sorgen, daß er aufgeklärt wird. Lassen Sie sich auch durch den Beifall zur Reichskanzlerrede \*\*) nicht täuschen. Das war Beifall, der auf unsre Gegner berechnet war und der in Rom, Paris und London vernommen werden sollte. Tatsächlich wird es kaum jemand in Deutschland geben, der nicht überzeugt ist, daß das österreichische Angebot, wenn es rückhaltloser und früher gemacht worden wäre, seinen Zweck erreicht hätte. Hat doch Sonnino selbst Bülow noch gegen Ende April erwidert, vor vier Wochen, ja noch vor vierzehn Tagen hätten diese Zugeständnisse genügt, und dann auf die Frage „und heute?“ vielsagend geschwiegen und die Achseln gezuckt. Daß die deutsche öffentliche Meinung für diese katastrophale Verzögerung die Verantwortung nicht nur nach Wien, sondern auch nach Berlin legt, unterliegt für mich nicht dem geringsten Zweifel. Zu viele Menschen der verschiedensten Gesellschaftsschichten haben dies mir gegenüber ausgesprochen

\*) Der Kanzler hatte Herrn v. Mumm die Nachfolge des Botschafters v. Flotow in Rom anbieten lassen.

\*\*) Rede vom 28. Mai 1915 über das Losschlagen Italiens, die feindliche Greuelpropaganda usw.

und haben trotz meines pflichtmäßigen Widerspruches neben österreichischem Hochmutsdünkel deutscher Energielosigkeit die Schuld beigemessen.

Warum ich Ihnen das heute alles wiederkaue? Weil sich die Dinge, wenigstens als ich Berlin vor acht Tagen verließ, bezüglich Rumäniens genau so anließen wie vorher bezüglich Italiens. Bülow und Bussche hatten beide händeringend gewarnt und zu schleunigster Verständigung aufgefordert. Aber geschah etwas? Seit dem 4. Mai konnte man überzeugt sein, daß das italienische Ministerium sich der Entente gegenüber gebunden hatte; der Sieg in Westgalizien, wegen dessen wir, irre ich nicht, am 2. Mai, ohne zu wissen, was eigentlich passiert war, auf Befehl Kessels, geflaggt hatten, gab eine gute Grundlage für Verhandlungen mit Bukarest. Aber ist die Zeit ausgenutzt worden? Eine Zeit, um so kostbarer, als wir doch wissen mußten, daß die Ententemächte im Hinblick auf den Abfall Italiens alle Minen springen lassen würden, um auch Rumänien auf ihre Seite zu ziehen. Wir betrachten aber die Dinge viel zu sehr von unstrem einseitigen Standpunkte aus. Wir glauben, gottlob! an die Gerechtigkeit unserer Sache und an den Sieg unserer Waffen. Aber wie anders ist die Stimmung außerhalb unserer Grenzen! Von der Gerechtigkeit unserer Sache, die wir in den Augen des Auslandes durch die Verletzung der belgischen Neutralität, durch die uns angedichteten und leider zu spät widerlegten Greuel, durch Fliegerbomben und U-Bootkrieg verscherzt haben, will ich ganz schweigen. Aber glaubt man denn im Auslande an unsere Erfolge? In Frankreich verheimlicht man sie, in Rußland bestreitet man sie, in England glaubt man sie wettmachen zu können und auf die noch schwankenden Neutralen endlich muß der Abfall Italiens wirken wie der Auszug der Ratten aus einem Schiff. Wenn die schlauen Italiener, so argumentiert man in Bukarest, Sofia und Athen, sich entschlossen haben, ihr Geschick mit dem der Entente zu verknüpfen, so taten sie es, weil sie deren Sieg für gesichert hielten.

Ihr Gedanke bezüglich eines Sonderfriedens mit Serbien ist unleugbar großzügig. Aber haben wir Zeit zu seiner Verwirklichung? Gehen uns nicht Rumänien und Bulgarien inzwischen durch die Lappen? Und machen wir damit nicht überhaupt Bulgarien kopfscheu? Denken Sie nicht, ich sei auch so ein Miesmacher. Ich bin nur ein Sicherheitskommissarius, der ungern ein diplomatisches Spiel mit ungewissen Koeffizienten spielt. Gewiß, die Kriegslage ist günstig für uns und allenthalben stehen deutsche Truppen auf fremdem Boden. Aber sicher ist doch, daß der Abfall Italiens die Entscheidung hinauschiebt und unserem Volk neue, schwere, z. T. unersehliche Opfer auferlegt, die ohne Italiens Eingreifen vermieden worden wären. Und sicher ist auch jetzt schon, daß der Friede, wenn er kommt, nicht mehr so aussehen wird, wie ihn sich unsere siegesgewissen Militärs und alldeutschen Parlamentarier Ende August ausmalten, als es für ge-

schmachvoll galt, das A. A. als auswärtige Angst zu bezeichnen und die Uebernahme unsrer weltfremden Diplomaten durch die Gegner als Friedensbedingung zu stipulieren. Geirrt haben wir alle, die Militärs in ihrer Unterschätzung Englands, in ihrem überstürzten Vormarsch auf Paris und in dem verlustreichen Angriff auf Bpenn mit Truppen, die damals so viel besser in Polen und in Serbien hätten verwandt werden können; die Mariniers in ihrer Bevorzugung der Schlachtschiffe im Flottenbauplan gegenüber Kreuzern und U-Booten und in ihrer Überschätzung der Wirkung des Handelskrieges gegen England; wir Diplomaten in der Beurteilung der italienischen Frage und der Balkanangelegenheiten. Möchten wir alle jetzt mit unsren Fehlern abgeschlossen haben!

Die Lage in Galizien ist günstig. Nützen wir die Zeit, solange sich nicht Italiens Eingreifen, insbesondere gegenüber der Türkei, sichtbar macht, und stellen wir Rumänien sofort vor die große Frage, ob es mit uns gehen will. Dazu genügt aber nach der im Auslande von der Kriegslage herrschenden Auffassung nicht die bloße Drohung mit einem Ultimatum; dazu gehört gleichzeitig das Anbieten eines so hohen Preises, daß der König und Bratianu den Anschluß an uns ihrem mit uns nicht sympathisierenden Volke schmachhaft machen können. Was bedeutet für Oesterreich jetzt, wo es um seine ganze Existenz kämpft, die Abtretung einiger Kreise der Bukowina und eine generöse „Grenzberichtigung“ in Siebenbürgen? Aber Burian antwortete neulich gerade wieder so, wie sein Vorgänger bezüglich Italiens, mit einem non possumus, und wenn nicht unsterseits ein Ultimatum an Oesterreich gestellt und durchgesetzt wird, werden die Ententemächte bezüglich Rumäniens triumphieren, wie sie über uns bezüglich Italiens triumphiert haben. Hüten sollten wir und Oesterreich uns auch davor, Rumänien zunächst ein ungenügendes Angebot zu machen. Das würde nur dazu führen, daß die Rumänen damit bei der Gegenseite haustieren gehen, um dort was Bessres herauszudrücken. Die österreichische Offerte muß gleich so sein, daß die Rumänen sie gerne annehmen und dafür auch mit uns gehen, denn eine bloße Neutralität können sie, so gut wie Italien, jederzeit brechen.

Möglich, daß ich mit dem Gesagten offene Türen eintenne und eine Verständigung mit Rumänien bereits in gutem Gange ist. Dann um so besser!

Und zum Schluß noch eins. Wenn's dazu nicht schon zu spät ist, wirken Sie auch noch darauf hin, daß unsre Antwort an Amerika so ausfällt, daß die Amerikaner sie verdauen können. Ein Bruch mit den V. St. würde dem Faß den Boden ausschlagen. Das Torpedieren neutraler Schiffe ist ein Unfug, was der R. K. von Anfang an richtig erkannt, aber Tirpitz gegenüber nicht zur Geltung zu bringen vermocht hat, und die Versenkung der „Lusitania“ war trotz aller schönen Gründe, die ich selbst in der

Öffentlichkeit dafür geltend machen mußte, eine Handlung, die uns aller Welt Sympathien gekostet hat. Die Amerikaner sind aber Gefühlsmenschen und keine Logiker.

Ich sprach eben von diesen Zeilen als von meinem Testament. Das soll nun nicht heißen, daß ich gleich jetzt dem Amt gegenüber das Zeitliche segnen will. Im Gegenteil bin ich dankbar, in dieser kritischen Zeit zu meinem bescheidenen Teil mitarbeiten zu dürfen.

Aber freilich, wenn die ersten Friedensschalmeien ertönen, reiße ich schleunigst aus und keine zehn Pferde sollen mich dann dazu bringen, noch einmal einen Posten anzunehmen, selbst wenn mir ein solcher angeboten werden sollte. Hoffentlich steht S. Giorgio \*) dann noch!

Auf gutes Wiedersehen heute in vierzehn Tagen!"

„Berlin, den 30. August 1915.

Die brennende Frage ist augenblicklich das Verhältnis zu Amerika. Sowohl die Berichte Bernstorff's wie Pressetelegramme und insbesondere die direkte Warnung des Papstes lassen erkennen, daß die Sachlage dieses Mal ernst ist, und daß ohne Entgegenkommen bezüglich der „Arabic" — sofern diese ohne eignes Verschulden und ohne Warnung torpediert wurde — und ohne prinzipielle Regelung der Frage für die Zukunft der Abbruch der Beziehungen unvermeidlich ist. Dieser muß aber sowohl nach Ansicht des Auswärtigen Amtes wie nach der Auffassung der obersten Heeresleitung jetzt unbedingt vermieden werden. Ein Krieg mit Amerika glaube ich vorläufig noch nicht, aber schon der Abbruch der Beziehungen würde eine höchst bedenkliche Wirkung auf die Haltung der übrigen Neutralen und somit auch auf die Kriegslage in Europa üben. Schon jetzt macht sich die Rückwirkung der deutsch-amerikanischen Verstimmung in Balkanfragen bemerkbar und verzögert den schon fast vollzogen gewesenen Abschluß mit Bulgarien. Ein endgültiger Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten würde diese aber außerdem auch veranlassen, England zu finanzieren und damit einen Hauptfaktor beseitigen, der England dem Frieden mit uns geneigt machen könnte. Der Reichskanzler ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache neulich ins Hauptquartier gereist, wo sich gleichzeitig Tirpitz und Bachmann eingefunden hatten. Dort hat es Späne geseht. Der Reichskanzler hat aber, wenn auch nicht alles, so doch immerhin so viel erreicht, daß der Kaiser sich mit Verhandlungen mit Amerika, die eine Einschränkung des U-Bootkrieges zur Folge haben werden, einverstanden erklärt hat. Tirpitz hat sich anscheinend sehr hartnäckig gewehrt und gedroht, die Konsequenzen zu ziehen; es ist aber bei der Drohung geblieben. Wenn eine Demission von Tirpitz aus diesem Anlaß vielleicht auch nicht

---

\*) Mumm's Wohnsitz bei Portofino an der Riviera.

bequem wäre, so glaube ich doch, daß der Reichskanzler sie bei seiner gegenwärtigen starken Stellung ertragen könnte. Sie wäre m. E. sogar das kleinere Übel gegenüber der fortwährenden Nebenregierung der Marine, die andauernd bestrebt ist, die Stellung des Kanzlers zu unterminieren. In dem Augenblicke, wo Tirpitz geht und durch einen mit dem Reichskanzler am selben Strange ziehenden Nachfolger (Holzendorff?) ersetzt würde, würde er naturgemäß auch seinen Einfluß auf die Presse verlieren.

Je länger die Spannung wegen des U-Boothkrieges mit Amerika dauert, um so schwerer wird die Beilegung sein. Hätte man vor einigen Monaten den damals schon vorliegenden Vorschlag von Montgelas \*) angenommen und beim Kaiser durchgesetzt, daß Passagierdampfer nicht torpediert werden dürften, dann wäre diese ganze Krisis vermieden worden, die uns in der Welt und bezüglich der Kriegslage sicher unendlich mehr geschadet hat, als uns die Versenkung der „Lusitania“ und „Arabic“ genügt haben. Die Annahme von Montgelas' Vorschlag scheiterte damals, soviel mir bekannt, an dem Widerspruch Zimmermanns, der für die Popularität des Kanzlers fürchtete.

Der Kanzler hat aus dem Hauptquartier die Genehmigung mitgebracht, den Vereinigten Staaten zu erklären, daß wir bereit seien, in Zukunft „Liners“ nicht mehr ohne Warnung und ohne deren eignes Verschulden zu versenken. Im Notfalle sei Bernstorff ermächtigt, den Ausdruck „Liners“ durch „Passenger-ships“ zu ersetzen. Der Ausdruck „Liners“ ist von der Marine hineingebracht. Daß er die Amerikaner befriedigen würde, ist völlig ausgeschlossen. Es wäre daher m. E. besser gewesen, gleich von „Passenger-ships“ zu sprechen. Den Amerikanern gegenüber muß man nicht, wie gegenüber Orientalen, vorschlagen. Die Marine hat dann noch den Zusatz erreicht, daß wir uns neue Verhandlungen mit Amerika vorbehalten, sofern die Engländer unsre den Vereinigten Staaten bezüglich der Passagierdampfer gegebene Zusage dazu benützen, um Mißbrauch zu treiben. Die Marine hält für möglich, daß die Engländer einzelne Amerikaner auf Frachtschiffen befördern, und diese dann als Passagierdampfer ausgeben würden. Diese Gefahr scheint mir außerordentlich gering. Aus den Lloydregistern usw. ergibt sich klar, was Passagierdampfer und was Frachtdampfer sind. Wollten die Engländer wirklich Frachtdampfer als Passagierdampfer ausgeben, so würden sie bei den Amerikanern, die wohl grob, aber doch durchaus loyal sind, damit kein Glück haben; eine andre Frage ist aber, ob Amerika sich mit unsrer Zusage bezüglich der Passagierdampfer — auf den „Liners“ wird Bernstorff nicht lange herumreiten, sofern er diesen von unsrer Marine erfundenen Unterschied überhaupt erst ins Treffen führt! — zufrieden gibt. Möglich

\*) Damals Referent für Amerika im A. A., nach dem Krieg Gesandter in Merico.

ist immerhin, daß der große Theoretiker Wilson erklärt, er könne einen Amerikaner, der als Heizer oder Matrose auf einem englischen Frachtdampfer fährt, nicht schlechter behandeln lassen als einen amerikanischen Reisenden auf einem englischen Passagierdampfer, und daß er bezüglich des einen wie des anderen verlangt, daß wir das feindliche Schiff, wenn anders uns dessen Verhalten nicht provoziert, nicht ohne Warnung versenken. Dann müssen wir eben weiter verhandeln und sehen, wie wir aus der Sache herauskommen.

Gestern abend erfuhr ich durch Kriege\*) und Montgelas übrigens noch von einem recht bedenklichen Punkte. Treutler\*\*) hatte neulich auf Anfrage des Amtes, welche Instruktionen denn eigentlich von der Marine an unsre U-Bootkommandanten ergangen seien, geantwortet, die Instruktion, wonach Passagierdampfer nicht ohne Warnung und ohne Ermöglichung der Ausbootung torpediert werden dürften, sei noch in Kraft. In diesem Sinne hat sich dann auch Jagow im Auftrage des Kanzlers Gerard gegenüber geäußert. Nun hat sich aber inzwischen ergeben, daß die Marine die U-Bootkommandanten lediglich angewiesen hat, keine „größern“ Passagierdampfer ohne Warnung zu torpedieren, und daß sie die „Arabic“ nicht für einen größern Dampfer ansieht. Das ist natürlich der helle Wahnsinn. Gewiß gibt es noch größere Dampfer als die „Arabic“, aber auch diese hat schon, glaube ich, 15 000 Tonnen, und jedenfalls kann man doch nicht bei irgendeinem Tonnengehalt eine beliebige Grenze ziehen. Es besteht also die sehr große Gefahr, daß, während wir mit Amerika verhandeln, gelegentlich wieder einmal ein Dampfer von unsern U-Bootkommandanten auf Grund ihrer Instruktion versenkt wird. Die Folge würde Krieg mit den Vereinigten Staaten sein. Die Konsequenzen brauchen wir nicht zu erörtern. Ich habe dem Kanzler bei sich bietender Gelegenheit gestern hierüber Vortrag gehalten, worauf er bestimmt hat, daß im Hauptquartier die Abänderung der Instruktion, d. h. die Beseitigung der Beschränkung auf „größere“ Passagierdampfer, erwirkt werden möge. Hoffentlich gelingt dies rechtzeitig, ehe ein weiteres Unglück passiert.

Der Generalstab hat uns in der ganzen Angelegenheit gut zur Seite gestanden. Nachdem Reventlow zwei kolossal aggressive Artikel geschrieben hat, die ich hier beifüge, wandten Riezler und ich uns an Deutelmoser mit der Frage, ob sich nicht ein Eingreifen gegen die „Tageszeitung“ ermöglichen lasse. Deutelmoser antwortete nach Rücksprache mit dem Großen Hauptquartier, daß ein isoliertes Vorgehen gegen die „Tageszeitung“, die nicht mehr unter Präventivzensur stehe, vielleicht unpolitisch

\*) Direktor der Rechtsabteilung.

\*\*) Gesandter, damals Vertreter des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier.



sei. Er hat sich aber Reventlow Samstag abend kommen lassen und ihm nachdrücklichst erklärt, daß die Oberste Seeresleitung die Verschärfung eines Konfliktes mit Amerika nicht gebrauchen könne, und daß er sich gefälligst einen Maulkorb anlegen möge. Reventlow hat daraufhin Urfehde gelobt. Außerdem hat Deutemoser das Oberkommando in den Marken und alle Generalkommandos beauftragt, den Zeitungen ihres Bezirks mitzuteilen, daß Artikel, die zu einer Verschärfung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten führen könnten, aus militärischen Gründen zu unterbleiben hätten. Endlich hat Deutemoser sich zu heute nachmittag etwa 30 der hervorragendsten Pressevertreter zu einer Sonder-sitzung bestellt, der unsterseits Graf Wedel beimohnen wird.

Inzwischen hatte auch ich eine Anzahl vertrauenswürdiger Journalisten (Stein, Ruppel, Th. Wolff, Behr, Hoegsch) im Auftrage des Kanzlers gesprochen und sie auf den Ernst der Situation, insbesondere auch wegen der Rückwirkung auf den Balkan aufmerksam gemacht. Ich hatte alle aber nachdrücklich ersucht, über die Gründe, die uns eine Verschärfung unerwünscht erscheinen lassen, nichts zu veröffentlichen, da dies unsre diplomatische Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten schwächen müßte. Der „Lokalanzeiger“ hat sich in dem Schlußabsatze seines sonst etwas merkwürdigen Artikels ganz in dem von mir gewünschten Sinne ausgedrückt. Von der „Vossischen“ hatte ich Ludwig Stein gesehen. Bernhard hatte ich teils wegen seiner Marinebeziehungen, teils deswegen nicht gesprochen, weil Zimmermann ihn sich gestern — aus welchem Grunde, weiß ich nicht — hatte kommen lassen. Der Artikel Bernhard's ist in Marineblau gehalten.

Halten Sie es denn noch ohne uns und Ihr Geschäft aus?“

Die drei Briefe sprechen für sich selbst und bedürfen nach dem Eintritt der vorausgesehenen Ereignisse keines Kommentars. Nur zu dem zweiten Briefe vom 29. Mai 1915, in dem von der verspäteten Mission des Fürsten Bülow nach Rom und von der Wahrscheinlichkeit einer nachträglichen Fehde über ihren Mißerfolg die Rede ist, scheint mir eine Ergänzung angemessen zu sein. Tatsächlich blieben Angriffe nicht aus, die der Fürst abzuwehren hatte. Um zu verhindern, daß die Nachkritiken ungünstig auf die innre Einheitsfront und auf das Verhältnis zu dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen einwirkten, aber auch

zum Schutz seiner eignen Stellung, erbat sich der Kanzler v. Bethmann Hollweg die Unterstützung des Fürsten Bülow in folgendem Schreiben:

„Berlin, den 10. Juni 1915.

Verehrter Fürst!

In der Unterhaltung, die ich unlängst in meinem Hause mit Ihnen führen durfte, habe ich einige Details für den Grad des Druckes angeführt, den wir im Verlauf der italienischen Krisis auf das Wiener Kabinett ausgeübt haben. Nach dem Mißerfolg, mit dem die Krisis geendet hat, sucht die politische Diskussion begreiflicherweise nach dem Schuldigen und ist, wie ich höre, geneigt, ihn weder in Wien noch in Rom, sondern in Berlin zu finden. Ich fürchte, daß solche Betrachtungen dem Vaterlande nicht zum Nutzen gereichen. Die fest begründete Stellung, die Ew. Durchlaucht in der Wertung der öffentlichen Meinung einnehmen, schützt, wie die Haltung der gesamten Presse und der laute, vom Reichstag meinen Worten gespendete Beifall zeigt, vor jeglicher Anzweiflung Ihrer restlosen, in Rom entfalteten Tätigkeit. Sie bedarf keines Schutzes. Dem Wiener Kabinett sein voll gerütteltes Maß an Verantwortlichkeit in der Öffentlichkeit zuzuschieben, verbietet mir und allen offiziellen Persönlichkeiten während der Dauer des Krieges die einfachste politische Raison. Jetzt kann ich nicht auf die schweren Fehler der österreichischen Politik gegenüber Italien hinweisen lassen, die bis in die letzten Jahrzehnte zurückreichen; nicht auf die Grenze, die unsren Druckmitteln auf Wien gezogen war, nachdem Osterreich bedeutende Truppenmassen unter Preisgabe Ostgaliziens zum Schutze Schlesiens abgezweigt hatte; nicht auf den Starrsinn der leitenden österreichischen Minister, die bis in die letzten Tage der Krisis allen unseren Vorstellungen die mit Ew. Durchlaucht Meldungen unvereinbaren Berichte ihrer römischen Vertreter entgegenhalten konnten; nicht auf die schroff ablehnende Haltung Kaiser Franz Josefs, der sich den Briefen und Missionen unsres Allergnädigsten Herrn und selbst dem persönlichsten Einfluß des Papstes unzugänglich erwies.

So ist Berlin jetzt verurteilt, auf alle Vorwürfe, die ihm gemacht werden, zu schweigen, bis eine spätere Zeit das Sprechen gestatten wird.

Die Schädigungen aber, die der moralischen Widerstandskraft Deutschlands zugefügt werden, wenn sich Kreise bilden, die den italienischen Krieg auf mein und meiner Mitarbeiter Schuldkonto setzen, wachsen sich zu einer Erschütterung aus, wenn die Kritik, den einmal eingeschlagenen Weg verfolgend, mit der gleichen Tendenz bis zur Vorgeschichte des Krieges hinaufsteigt. Behauptungen wie die, daß dieser Krieg hätte vermieden oder doch

in günstigerer Konstellation hätte ausgefochten werden können, oder daß er doch nahe an einen Präventivkrieg streife, lassen, wo sie hinfallen, einen Stachel sitzen und schmeicheln sich um so fester bei den weniger Nachdenklichen ein, je mehr sie von den großen geschichtlichen Zusammenhängen absehen. Was der weiter zurückliegenden Vergangenheit angehört, was mit und ohne unsre Schuld zu der großen Koalition gegen uns führte; was bei fortschreitendem Niedergang Österreichs und stetiger Erstarkung der Entente die Kräfte Deutschlands immer bedrohlicher isolierte; was uns seit dem Jahre 1905 in der Marokkofrage, später in der bosnisch-herzegowinischen Krisis, dann wiederum in der Marokkofrage zu einer Politik äußersten Risikos, und zwar eines sich mit jeder Wiederholung steigenden Risikos zwang — alle diese Vorgänge gehen in den gewaltigen Eindrücken der Gegenwart unter, bis die Zeit nach dem Frieden allmählich die Ursachen eines Weltverhängnisses klarer erkennen lassen wird, das viel zu gewaltig ist, als daß es singuläre Ereignisse zum Ursprung haben könnte.

Daß ich Dinge ausspreche, die Ew. Durchlaucht mit Ihren weiten politisch-historischen Kenntnissen noch klarer und richtiger durchschauen, als ich es vermag, geschieht aus der vaterländischen Sorge, die mir durch mancherlei auch ernstere politische Kreise beherrschende Gespräche erweckt wird.

Aus der Macht, die Ew. Durchlaucht mit Ihrer Person und Ihrem Wort auf die Menschen ausüben, wissen Sie zu genau, wie das Empfinden und Denken des Volkes und der Öffentlichkeit geleitet und gelenkt werden kann. Um so mehr werden Ew. Durchlaucht, wie ich hoffe, meine Bitte würdigen, mit dahin zu wirken, daß nicht durch die Vorwegnahme einer Kritik, die jetzt doch nicht offen und frei, sondern nur bruchstückweise und deshalb falsch geübt werden könnte, die Kräfte der Einheit und Geschlossenheit gelähmt werden, deren wir zum siegreichen Durchhalten nicht entrafen können.

In alter Verehrung bin ich Ew. Durchlaucht

treu ergebener  
v. Bethmann Hollweg."

## VIII. Der Oberste Kriegsherr.

Daß für den Ablauf und den Ausgang des Krieges eine Überwältigung der Politik durch die Strategie verhängnißvoll gewesen ist, wird bei uns nicht mehr ernstlich geleugnet. Auch Verteidiger der Obersten Heeresleitung geben zu, daß Unternehmungen, Forderungen, Beeinflussungen, womit diese über die Grenzen ihrer strategischen Zuständigkeit hinausging, ein stärkres politisches Gegengewicht hätten finden müssen. Gleich bei Beginn des Krieges trat eine Unterbindung der politischen Tätigkeit in der Presse und im Nachrichtenverkehr ein, die über die notwendige Sicherung militärischer Geheimnisse hinausging. Die militärische Zensur machte in der ersten Zeit die telegraphische Bearbeitung des neutralen Auslandes fast unmöglich. Die tagelange Verzögerung aller Telegramme, die Zurückweisung der in fremder Sprache aufgegebenen Preßdepeschen, die nach Behebung dieser Schwierigkeit verbliebne Umständlichkeit der Zensur machte auch den wohlgesinnten Korrespondenten der auswärtigen Presse ihre Tätigkeit zu einer wahren Danaidenarbeit.

Zu den Schwierigkeiten auf telegraphischem Gebiete trat die Sperrung auch des Briefverkehrs nach dem neutralen Ausland. Zahllose, im Interesse der deutschen Sache versandte Artikel, Briefe usw. haben ihr Ziel

niemals erreicht. So sind zum Beispiel vom „W. T. B.“ versandte Briefe vom 4. August am 18. August als unzulässig an „W. T. B.“ zurückgegeben worden. Ebenso ist es vom Auswärtigen Amt beglaubigten Sendungen ergangen. Sogar ein amtlicher Depeschensack kam von der Grenze zurück. Erst geraume Zeit nach Kriegsausbruch erhielt das Auswärtige Amt Kenntnis davon, daß keine deutschen Zeitungen über die Grenze gelassen wurden!

Der Abgeordnete Matthias Erzberger hat in seinem Buche „Erlebtes im Weltkriege“ \*) eine Reihe von Fällen angegeben, in denen Verbote der zuständigen Militärstellen eine praktische Aufklärung des Auslandes, zum Beispiel gegen die erfolgreiche feindliche Greuelpropaganda, verhinderten. Wie gutwillige ausländische Journalisten wie Spione behandelt und am liebsten nur Siegesfanfaren, nicht aber Schilderungen der Leiden des deutschen Volkes erlaubt wurden, wie überhaupt eine Verständnislosigkeit für die Psychologie des Krieges in den omnipotenten Militärstellen waltete, das hat Erzberger ohne Übertreibung beschrieben. Daß er in seiner Propagandatätigkeit katholische Kräfte, Orden, Kongregationen, Kirchenfürsten im In- und Ausland heranzog, war ganz natürlich. Man darf aber nicht glauben, daß er sich vorwiegend von katholischen Interessen hätte leiten lassen. In meinen fast täglichen Unterredungen über seine Propagandaufgabe in den ersten Kriegsjahren konnte ich beobachten, daß er in seiner fast beispiellosen Aktivität wohl eher zu viel als zu wenig zur Aufklärung des Auslandes tat, namentlich in der Massenproduktion von langen Depeschen, aber keine

\*) Stuttgart und Berlin 1920.

konfessionellen Unterschiede gelten ließ, sondern nur der deutschen Sache zu dienen bestrebt war. Besonders stolz war er sogar auf die Erfolge, die von seiner Versendung der „Evangelischen Wochenbriefe“ des Theologieprofessors Dr. Weißmann, namentlich in Amerika, festzustellen waren, bis der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg der Verbreitung der „Evangelischen Wochenbriefe“ drüben ein Ende machte. Jeder Zweifel daran, daß der vielangesehene Mann in diesem undankbaren Geschäft vorurteilslos das Beste zu leisten gesucht hat, wäre ungerecht.

Viel schlimmer als die Hemmung politischer Wirkungen nach dem Ausland wirkte der Übelstand, daß die Strategie gesetzlich und tatsächlich allgemein die Vorhand besaß oder beanspruchte, bei der Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Inland, namentlich in der Kriegszielfrage. „Der Soldat darf daran denken, zukünftige Kriegsmöglichkeiten ausschließende Grenzverbesserungen ersehnen zu wollen. Der die Gesamtlage übersehende Politiker muß bestimmen, wo aus höhern Erwägungen heraus militärische Forderungen zurücktreten müssen“ \*). Sehr richtig. Fragt sich nur, ob ein Kanzler von hohem sittlichen Ernst und mit richtiger Erkenntnis der schweren Bedrängnisse des Reichs die nötigen Machtmittel besaß, um in einem mehrjährigen, wechselvollen Weltkrieg gegenüber dem Hauptquartier das durchzusetzen, was zu erreichen dem großen Bismarck in einem nur monatelangen Feldzug unter einem einsichtigen König nicht ganz leicht gewesen war. Man braucht nur in dem Kapitel „Versailles“ nachzulesen, in wie bitteren Worten er sich, allerdings nicht über

\*) Vizeadmiral Hollweg in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Febr. 1922, Abendausgabe.

Roon und Moltke, aber über die „Halbgötter“, höhere Generalstabsoffiziere und über die strenge Geheimhaltung aller militärischen Absichten beklagt.

Daß bei Kriegsausbruch in Kraft gesetzte veraltete Gesetz über den Belagerungszustand hob die Selbständigkeit der Zivilregierung auf und brachte für ihre politischen Organe die Unterordnung unter die stellvertretenden Generalkommandos. Der Reichskanzler, der in der Öffentlichkeit eine von militärischen Ansichten abweichende Politik vertreten lassen wollte, hätte seine Wortführer in der Presse nicht vor der Zensur der Generalkommandos schützen können. Sein Einfluß auf die Zeitungen — das wichtigste Mittel zur Ausübung politischer Macht — war überwacht und gebunden durch die Oberaufsicht der Militärorgane. Ob und wie eine Nachricht von politischer Bedeutung im Inland oder nach außen veröffentlicht werden sollte oder nicht, darüber wurde, der Regel nach, der Reichskanzler (Auswärtiges Amt) um seine Ansicht befragt, die Entscheidung aber verblieb einer militärischen Stelle, die den Weisungen ihrer Vorgesetzten folgte.

Eine Lähmung der Politik durch ununterbrochene, täglich in vielen Einzelheiten wirkende Tätigkeit von Generalkommandos, durch allgegenwärtige Militarisierung des Verwaltungsapparates war in England und Frankreich nicht möglich. Bei uns ging sie, von allem Persönlichen abgesehen, schon aus den Einrichtungen hervor. Die britischen und französischen Marschälle blieben ausführende Organe der Zivilregierung. Die deutsche Oberste Heeresleitung fühlte sich nicht als Dienerin der Politik. Sie empfand und behandelte den Reichskanzler keineswegs als Träger einer umfassenderen Zuständigkeit, ja kaum als eine ihr gleichberechtigte Stelle. Übergeordnet galt ihr nur der Kaiser, den sie im Großen Hauptquartier,

je länger je mehr unter ihren Einfluß nahm. In seiner Person wurde der „Deutsche Kaiser“ — sein für das Wohl der Nation verantwortliches Amt, gewissermaßen seine zivilistische Seite — bewußt zurückgedrängt hinter die Stellung als „Oberster Kriegsherr“, vor dessen Absichten und Bedürfnissen die Politik schweigen müsse.

Ein drastischer Beweis, daß diese Auffassung wirklich die herrschende war, liegt in folgender Begebenheit: Zu Weihnachten 1915 hatte die „Frankfurter Zeitung“ ganz sachliche Betrachtungen über Politik und Strategie veröffentlicht und dabei aus dem Clausewitzschen Werke „Vom Kriege“ gegen den häufig mißverstandnen Satz von der Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln folgende Stellen abgedruckt: „Der politische Zweck ist das Motiv des Krieges, ihm bleibt darum auch die erste und höchste Rücksicht, ohne dabei ein despotischer Herrscher zu sein, sondern er wird oft durch die Natur des Mittels verändert, aber immer muß er zuerst herangezogen werden . . . . Die Politik wird also den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt . . . . Der militärische Gesichtspunkt hat sich dem politischen unterzuordnen. Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes wäre widersinnig, die Politik hat den Krieg erzeugt.“

Der Kaiser war über den ihm vorgelegten Artikel im höchsten Grade empört. Unter Milderung der in der ersten Aufwallung angewandten Kraftausdrücke lauteten seine Vermerke am Ende des Ausschnittes so:

„Verschleierter Angriff auf mich und F. (v. Falkenhahn, damals Chef der Obersten Heeresleitung). Halb wahre Angaben und unzutreffende Zitate. Basis für Aufbau unwahrer verwirrender Schlüsse.“





*L. S. Brown*



Nachwerk ist sofort von der Wilhelmstraße coram publico zu vernichten. Gelingt es der Wilhelmstraße nicht, die Giftpflanze auszurotten, wird sie von ihrem Gifte mitgetroffen werden."

"Politik hält im Kriege den Mund, bis Strategie ihr das Reden wieder gestattet."

Wie gesagt, Augenblicksstimmung, Hochgefühl des Obersten Kriegsherrn, aber doch für den im Hauptquartier rücksichtslos herrschenden Geist militärischer Selbstherrlichkeit gegenüber der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Kanzlers äußerst bezeichnend.

Die „Frankfurter Zeitung“ hätte für die den Zorn des Kaisers erregende Lehre von der Überordnung der Politik über die Strategie auch im Kriege neben Clausewitz noch Bismarck anführen können: „Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein".\*) Die entgegengesetzte Theorie, „welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll“, drückt an dieser Stelle Bismarck so aus: „Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen.“ Das deckt sich genau mit dem Randvermerk des Kaisers.

Daß aber Wilhelm II. in Wirklichkeit nicht der wilde Stratege war, als den er sich gelegentlich gab, vielmehr den Friedenskaiser, der er vor Ausbruch des Weltkrieges

\*) „Gedanken und Erinnerungen“, 23. Kapitel.

immer sein wollte, nicht vergessen hatte, geht aus seinem Brief an den Kanzler, datiert Neues Palais, 31. Oktober 1916 \*) hervor. Am Beginn des dritten Kriegsjahres, nach dem vergeblichen Kampf um Verdun, den feindlichen Angriffen an der Somme, in Tirol und im Osten, hatte sich Rumänien entschlossen, zu den Gegnern überzugehen. Schnelle deutsche Siege in Siebenbürgen stellten das Gleichgewicht wieder her. Das schien dem Kanzler der geeignete Augenblick zu sein, eine lange schon erwogene Friedensaktion einzuleiten. Es kam vor allem darauf an, den Obersten Kriegsherrn dem Plane geneigt zu machen. Das geschah in einem Vortrag beim Kaiser in Potsdam, der am Abend desselben Tages in dem erwähnten Brief sich „als ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich vor Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen“ zu der sittlichen Tat eines Friedensvorschlages bereit erklärte. Dieses Bekenntnis war doch wohl mehr als eine Pose, nach seiner innersten Empfindung wäre ihm nichts lieber gewesen, als das Gelingen der sittlichen Tat.

Diese Stimmung hat freilich nicht lange vorgehalten. Ein Vierteljahr darauf entschied sich der Oberste Kriegsherr im Kreise der Generale in Pleß trotz der schwersten politischen Bedenken für den rücksichtslosen U-Bootkrieg. Dazwischen lagen der vollständige Mißerfolg des deutschen Friedensangebotes, die Ablehnung der Wilsonschen Friedensvermittlung und feindliche Kriegszielpogramme, die nur durch einen Diktatfrieden verwirklicht werden konnten. Als der Kanzler, der bisher den unbeschränkten U-Bootkrieg wegen seiner verhängnisvollen Wirkung auf Amerika bekämpft hatte, am 9. Januar 1917 zur Beratung mit den Generalen in Pleß eintraf, teilte ihm der Chef des

---

\*) Abgedruckt in Band II der „Betrachtungen zum Weltkrieg“ von Th. v. Bethmann Hollweg, Berlin 1921, S. 152.

Marinekabinetts, Admiral v. Müller, gleichfalls ein Gegner des unbeschränkten U-Bootkrieges, mit, daß die kaiserliche Entscheidung ohne Rücksicht auf den unausbleiblichen Eintritt Amerikas in den Krieg de facto schon getroffen sei.

Die Gründe, die Herr v. Bethmann Hollweg in seinen „Betrachtungen“ dafür anführt, daß er dennoch im Amte geblieben ist, schlagen, wie mir scheint, nicht durch. Wohl ist zuzugeben, daß sein Rücktritt voraussichtlich nichts an der beschlossenen Sache geändert hätte. Die Entscheidung von Pleß war aber ein politischer Schicksalschritt, bei dem die Zuständigkeit des Reichskanzlers nicht übergangen werden durfte. Bismarck (a. a. O.) betont besonders die Abhängigkeit der Kriegsführung von der Politik für die Fragen, ob und aus welchen Motiven *a n d r e* Mächte genötigt sein könnten, dem Gegner zunächst diplomatisch, eventuell militärisch beizustehen; ob Gefahr vorhanden, daß aus der Einmischung der *N e u t r a l e n* sich weitere Kriege entwickeln. Ein solcher Fall war hier in schwerster Form gegeben. Die Teilnahme der mächtigsten neutralen Macht am Kriege und damit dessen Verlängerung ins Unabsehbare stand als Folge des unbeschränkten U-Bootkrieges Herrn v. Bethmann Hollweg greifbar vor Augen. Die Aussicht, daß es bis zum Eintreffen der amerikanischen Truppen in Europa gelingen würde, England durch Schläge unsrer U-Boote mürbe zu machen, war unsicher. Die Oberste Heeresleitung konnte auf den Kanzler drücken mit der Erklärung, daß ohne unbeschränkten U-Bootkrieg der Feldzug verloren gehe; daß er mit dem unbeschränkten U-Bootkrieg gewonnen werde, konnte die Oberste Heeresleitung nicht zusichern. Die Verantwortung für das Wagnis blieb daher dem Reichskanzler. Er mußte beurteilen, was auf die Westmächte psychologisch stärker wirken würde: der U-Bootkrieg für baldige Ein-

stellung der Feindseligkeiten oder die sichere Bundesgenossenschaft Nordamerikas für Fortsetzung des Krieges bis zu Deutschlands Niederbruch.

Indem sich Herr v. Bethmann Hollweg dem Votum der Generale und der Marineleitung ohne scharfen Widerspruch fügte, schädigte er die Kanzlerstellung, ohne auch nur bei seinen Gegnern in der Sache an persönlichem Ansehen zu gewinnen. Nach dem, was er selbst über die damals schon bestehenden tiefen Gegensätze zur Obersten Heeresleitung und über die bisweilen die Grenze des Erträglichen überschreitenden Formen des Geschäftsverkehrs mitteilt, hätte er voraussehen sollen, daß er früher oder später doch gestürzt werden würde. Auch die Aussichten in der innern Politik ließen deutlich erkennen, daß ein heftiger Kampf zwischen Annerxionisten und Anhängern eines Verzichtfriedens, zwischen Verteidigern des Dreiklassensystems in Preußen und Wahlreformern bestand, bei dem die Sympathie der Obersten Heeresleitung für die Reaktionäre und Draufgänger im voraus ziemlich sicher war. Um sich in dem Durch- und Gegeneinander als Kanzler zu behaupten, fehlte ihm vor allem gegenüber den Heerführern eine Machtstellung, wie sie die leitenden Staatsmänner in den westlichen Reichen besaßen. Der Grund für sein Verbleiben im Amte, er habe den Glauben im Volke an den Endsieg nicht gefährden wollen, ist menschlich begreiflich und ehrenwert. Im Verlauf der Dinge stellte sich sein Ausharren als Verzicht auf den Nachruhm heraus, ein unbeugsamer Prediger in der Wüste gewesen zu sein.

Je größte Hindernisse der Gang der Kriegereignisse dem soldatischen Willen, einen Sieg- und Annerxionsfrieden zu erfechten, bereitete und je mehr sich die Stimmung an der Front und in der Heimat verschlechterte, desto schwerer wurde es, Strategie und Politik in Einklang zu bringen

und die Doppelstellung Wilhelms II. als Oberster Kriegsherr und Deutscher Kaiser unverfehrt zu behaupten. Die Folge war, daß der Deutsche Kaiser allmählich in moralische Gefangenschaft des Hauptquartiers geriet und daß schließlich der Oberste Kriegsherr von seiner Heeresleitung zum Übertritt auf holländisches Gebiet veranlaßt wurde.

Die Entfernung aus Deutschland ist dem Kaiser als Flucht und Feigheit ausgelegt worden, wie von fremden Beurteilern auch bei uns, und hier nicht bloß aus parteipolitischem Bedürfnis von Demokraten und Sozialisten. Auch kaiserlich Gesinnte lehnten sich gegen diesen Abschluß auf. Preußische Monarchisten hätten lieber eine heldenmütig erscheinende letzte Tat gesehen. Manche unter ihnen bekannten sich zu Gedankengängen wie: besser Kaiser und Kronprinz tot, aber das Kaisertum lebendig, als umgekehrt. Gegen die Annahme oder den Schein, als ob es dem Kaiser nur darum zu tun gewesen sei, sich auf neutralem Boden in Sicherheit zu bringen, spricht die einfache Tatsache: Die Fahrt nach Holland hat der Kaiser nicht aus eigenem Antrieb unternommen, er ist dazu gebracht worden unter der Wucht der Einwirkungen, die im Hauptquartier und aus Berlin auf ihn zusammentrafen. Den dringenden Ratschlag der Obersten Heeresleitung mußte er annehmen. Oder blieb ihm ein anderer Weg offen? Selbst wenn ihn sein Gefühl gedrängt hätte, an die Front zu gehen und im Kampf mit dem Feinde ein ehrenvolles Schicksal zu suchen, so wäre doch der Gedanke schwer auszuführen gewesen. Eine verantwortliche Befragung von Frontoffizieren ergab, daß bei den Mannschaften für ein zweckloses Abenteuer keine Stimmung und für den Kaiser persönlich keine Treue mehr war. Auch das Hauptquartier konnte ihm seine Stellung nicht länger gewährleisten. \*) Daraus, daß man ihn an der

\*) Kronprinz Wilhelm / Erinnerungen. Herausgegeben von Karl Hoßner, Stuttgart und Berlin 1922, S. 303.

Front nicht haben, ihn im Hauptquartier baldigst los sein wollte, empfing er die verzweiflungsvolle Gewißheit, von seiner Heeresleitung gänzlich aufgegeben zu sein. Zum Rückmarsch gegen die Reichshauptstadt hätte er Truppen und Führer finden können. Aber dem Gedanken, nach verlorenem Kriege deutsche Soldaten zum Kampf gegen Deutsche aufzubieten, hat der Kaiser beharrlich widerstrebt. Diese absichtliche Zurückhaltung vom Bürgerkrieg müssen auch seine Gegner ihm anrechnen. Er hat damit gewiß nicht als legendärer Gewaltmensch gehandelt, aber als guter Deutscher. Dem letzten hohenzollernschen Kronenträger kann niemand nachsagen, er habe für eine fragwürdige Verlängerung seiner Herrschaft Deutschland in blutige innre Wirren gestürzt.

Das Verschwinden des Kaisers aus dem Reichsgebiet brachte für die militärischen Machthaber wie für die zivilen Behörden eine wesentliche Erleichterung in der bodenlosen Übergangszeit zur Republik. Die Zurückführung und Auflösung des schwer erschütterten Millionenheeres, die Einberufung der Nationalversammlung und die Annahme der neuen Reichsverfassung wären nicht verhältnismäßig so ohne arge Gewalttaten möglich gewesen, wenn auf deutschem Boden noch ein seine Rechte anrufender, Soldaten und Beamten beim Eid nehmender Monarch geweiht hätte. Nur weil das Kaisertum entkörperert war, konnten sich Bürgerliche und Sozialisten zusammenfinden zur Bildung eines demokratischen Freiheitsstaates, die auch durchführbar war dank der durch die Selbstverbannung des Kaisers freigewordenen Mitarbeit der Beamtschaft. Die Vorkämpfer der deutschen Republik atmeten auf, als bekannt wurde, daß der Kaiser Deutschland verlassen hatte.

Über die Lage in Berlin und das Verhalten der obersten Zivilinstanz während der kritischen Tage des Sturzes der



Monarchie darf ich die Darstellung eines der Nächstbeteiligten wiedergeben:

Der gegenwärtige Botschafter in Tokio, Dr. Solf, der während der Umwälzung als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes dem Kabinett des Prinzen Max von Baden angehört hat, schrieb mir Anfang 1919 von seinem thüringischen Landsitz, wo er nach Abschluß einer Wahlreise weilte, folgenden Brief:

„23. Januar 1919.

Lieber Hammann!

Aus der Presse werden Sie wissen, daß ich auf der Wahlkampagne in Westfalen war und daß ich durchgefallen bin. Da es Listenwahl war, ist das keine persönliche Blamage, immerhin aber persönlicher Verdruß. Ich schreibe Ihnen das als Erklärung, warum ich Ihre Fragen wegen der Zusammenhänge, die zur Reise des Kaisers nach Holland geführt haben, 14 Tage unbeantwortet ließ. — Die Reise nach Holland ist meines Erachtens mißverständlich aufgefaßt und falsch beurteilt worden. Das Schicksal unsres Kaisertums ist nicht durch die Reise des Kaisers nach Holland besiegelt worden, sondern durch seine Flucht aus Berlin, aus der Verbindung mit seinen zuständigen zivilen Beratern, durch die Flucht an die militärische Front, ins Hauptquartier. Das ist des Pudels Kern! Prinz Max hat sich alle Mühe gegeben, S. M. von diesem Schritt abzubringen, weil er voraussah, wie verhängnisvoll diese Flucht auf die in den politisierten Massen herrschende Ubergährung wirken mußte. Der Prinz erschöpfte seinen Einfluß als Reichskanzler<sup>1</sup> und als deutscher Fürst im Kampf gegen die vom Kaiser beliebte aussichtslose Rückzugslinie auf die Armee. Nachdem er alles getan, was er vermochte, ersuchte er mich um Vorstellungen bei Personen der nächsten Umgebung des Herrschers, wie dem Hausminister Grafen August Eulenburg und dem Kabinettschef v. Delbrück, damit diese ihrerseits dem Kaiser über die täglich zunehmende Gefährdung der Dynastie die Augen öffnen sollten. Ich habe bei Eulenburg alle Gründe gegen eine nochmalige Rückkehr des Monarchen zur Armee offen und dringend ausgesprochen. Er zog sich aber auf sein Amt als Hausminister zurück. Politische Ratschläge dürfte er S. M. nicht erteilen und selbst, wenn er es versuchen wollte, würde es aussichtslos sein, den Kaiser von einem festgesetzten Entschluß zurückzubringen. Aus Andeutungen, Gebärden und Mienen Eulenburgs mußte ich schließen, daß er glaubte und hoffte, der Kaiser wolle zum Heere zurück, um sich an die Spitze seines Leibregimentes zu stellen und einen Heldentod zu finden. Andre haben Ähnliches gedacht und für die Zukunft des Hohenzollern-

hauses gewünscht, und berechtigt war in solchen Stimmungen das Grundgefühl, daß nur noch persönliche Aufopferung des Kaisers seine Dynastie erhalten konnte. Eine Einwirkung auf S. M. aber, die Pflicht der Selbstverleugnung durch Ausharren in Berlin zu erfüllen, ließ sich von Graf Eulenburg nicht erlangen.

Vergeblich war auch mein Bemühen bei Delbrück. Er verschanzte sich hinter seine neutrale Stellung als Vermittler zwischen der Krone und den Leitern der Behörden, der nicht selbständig hervortreten dürfe. Ohne formalistische Bedenken eine Aussprache von Mensch zu Mensch mit dem Kaiser herbeizuführen, ihm naheulegen, daß er durch Verlassen Berlins seine Reichshauptstadt aufgebe und sie dem Umsturz in die Arme treiben werde, lehnte Delbrück ab.

Die unausbleiblichen Folgen einer fluchtartig erscheinenden Abreise, die ich dem Hausminister und dem Chef des Zivilkabinetts vorausgesagt, zeigten sich nur zu bald. Die gegen den Rat und gegen den Willen der Berliner Regierung unternommene Rückkehr des Kaisers ins Hauptquartier verschaffte dem bedenklichen Gerücht Glauben, er suche Rat und Hilfe bei den Militärs zu Gewaltmaßregeln gegen seine Hauptstadt. Gleich aufreizend hatte ein andres Gerücht gewirkt, wonach die Flotte zu einem letzten Toteskampf ausgeschickt werden sollte. Die Masse fühlte sich militärisch herausgefordert, ihr Wille zu offenem Widerstand, zum Angriff, zur Revolution wurde entfesselt. Der in Berlin gebliebne Kaiser wäre respektiert, jedenfalls vorsichtig behandelt worden, der zu den Truppen entwichne galt als Volksfeind und war geächtet. Ich habe mich bei meinen Begegnungen mit ihm in jenen schlimmen Tagen trotz alledem nie einer tiefen menschlichen Sympathie für ihn erwehren können. Er war geweiht durch sein Unglück und trug mit Achtung gebietender Ruhe und Haltung das tragische Geschick, das ihm nach meiner Meinung damals und ein ganzes Leben lang durch kurzfristige Ratgeber bereitet worden war.

Inzwischen war durch die enigmatische Note Wilsons, die das Verlangen nach Absetzung Wilhelms II. nicht aussprach, aber einzuschließen schien, die Frage eines kaiserlichen Thronverzichts auch für die Beziehungen zu unsern Gegnern brennend geworden. Alle Anstrengungen des Prinzen Max, vom Kaiser einen Akt persönlicher Entfagung zu erlangen, hatten keinen Erfolg gehabt. Am 8. November, abends 11 Uhr, ließ der Prinz mich kommen und beauftragte mich, als letzten Versuch, sofort nach Spa zu fahren, um den Kaiser erneut zur Abdankung zu bewegen. Ich sagte dem Prinzen, ich würde kein geeigneter Bote sein, weil S. M. das Vertrauen zum Reichskanzler und seinen Mitarbeitern verloren hätte. Wenigstens sollte mir der Prinz einen Mann mitgeben, der als königstreuer Konservativer und alter Preuße bei S. M. Gehör finden würde. Als solchen schlug ich den vom ganzen Kabinet hoch-



*Kolff.*



geschäfteten Ernährungsminister Herrn v. Waldow vor. Waldow wurde geholt, erklärte es aber mit seinem Gewissen nicht vereinbar, daß er als ehemaliger preußischer Minister und treuer Anhänger der Monarchie seinem Herrn Nachgiebigkeit gegen revolutionäre Wünsche empfehlen solle. Waldow schloß in großer Erregung: wenn S. M. noch Macht habe, dann solle er dem aufrührerischen Berlin zeigen, wie die Monarchie mit den Aufrührern abrechne, wenn er Macht nicht mehr habe, dann in Gottes Namen möge er tun, was sich als Pflicht für ihn ergäbe.

Nach der Ablehnung Waldows bestand der Prinz darauf, ich solle allein nach Spa fahren. Ich empfahl, vorher bei Scheidemann und Ebert festzustellen, wieweit die Verhandlungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vorgeschritten seien. Mit Einverständnis des Prinzen rief ich Scheidemann an, der mir erklärte, wenn morgen bis am frühen Nachmittag die Abdankung des Kaisers verkündet würde, bestünde vielleicht ein Schimmer von Möglichkeit, die Revolution abzuwenden. Zur Sicherheit rief ich auch Ebert an und teilte ihm Scheidemanns Auskunft mit. Ebert antwortete, die Reise nach Spa sei nutzlos, die Revolution werde am andern Morgen ausbrechen, Scheidemann sei aus der Sitzung fortgegangen, bevor er diese Wendung der Dinge wissen konnte. Der Prinz verzichtete hiernach auf meine Reise, sagte aber, ich solle als Staatssekretär des Außern den Kaiser in einem Telegramm nach Spa zum letzten Male auf die Folgen hinweisen, die eintreten würden, wenn die Sozialdemokraten aus dem Kabinett des Prinzen Max ausschieden und es zu einer machtlosen Regierung abschwächen, die vor den Spartakisten schließlich kapitulieren müsse.

Genügt hat die hiernach abgesandte Depesche im Hauptquartier nichts, sie hat nur, wie ich nach wenigen Tagen erfuhr, neue Entrüstung gegen Prinz Max und die um ihn zur Folge gehabt.

Das, lieber Hammann, sind die Zusammenhänge, die Sie gern wissen wollten, und die ich lebhaft im Gedächtnis behalten habe. Wer an der letzten Zeit der monarchischen Regierung Anteil gehabt, insbesondere in der Reichskanzlei den geradezu fürchterlichen Vormittag des 9. November mit durchgemacht hat, muß sich ablehnen gegen die blinde Ungerechtigkeit, die den Prinzen Max von Baden zum Kaiserstürmer und zu einem süddeutschen Feind der Hohenzollern stempeln möchte. Ich bin in den schweren Wochen des Oktober 1918 Tag für Tag Zeuge gewesen, wie der Prinz dafür gewirkt hat, den Kaiser, und, als dies unmöglich wurde, der Familie Hohenzollern den Kaiserthron zu erhalten. Aus vielen Einzelheiten der langen schwierigen Verhandlungen über die Auslegung des rätselhaften Wortklautes der Wilson'schen Note haben ich und meine Mitarbeiter die Überzeugung zurückbehalten, daß Prinz Max bis zuletzt bemüht geblieben ist, die Zukunft für ein monarchisches, ein kaiserliches Deutschland sicher-

zustellen — bis zum Schluß, am 9. November, als Scheidemann und Ebert mit vier andern Parteiführern in der Reichskanzlei erschienen und dem Prinzen verkündeten — Ebert war der Sprecher —, die kaiserliche Regierung habe kein Vertrauen mehr im Volke. Ich werde die wenigen Minuten dieser Unterhandlung nie vergessen. Ebert redete kurz, ohne Umschweife, voll eindringlicher Wucht und mit großem Ernst als Wortführer einer überlegnen, zum Schlagen gesammelten Massenkraft, der die Regierung des Prinzen Max Ebenbürtiges nicht entgegenzusetzen hatte!

Auf baldiges Wiedersehen

Ihr Solk.“

Kaiser Wilhelm II., der sich bald nach seiner Thronbesteigung vornahm, den Ruhm eines Volkskaisers zu erwerben und Deutschland herrlichen Zeiten entgegenzuführen, hat bei seiner Flucht nach Holland ein zermürbtes, teils seelisch gebrochenes, teils leidenschaftlich zürnendes Volk zurückgelassen. Die Fehler und Irrungen des persönlichen Regiments, die den klaffenden Gegensatz zwischen Wollen und Vollbringen hervorbrachten, liegen klar und deutlich zutage. Die Illusionen, in denen der Erbe einer großen Vergangenheit lebte, hat die Wirklichkeit von Grund aus zerstört. An seinem persönlichen Schicksal mögen Gefühlsmonarchisten den weiten Abstand zwischen der überwachten Einsamkeit im Hause Doorn und dem frühern glänzenden Leben am Kaiserhofe mit Trauer empfinden. Aber auch alte Demokraten und überzeugte Anhänger der Republik brauchen sich eines menschlichen Mitgeföhls nicht zu schämen. Nur den Betörten in den vormals feindlichen Ländern, die immer noch glauben, daß das kaiserliche Deutschland vorsätzlich aus Eroberungslust den Weltkrieg entfesselt habe, ist es erlaubt, den Namen des letzten Kaisers und obersten Kriegsherrn nur unter Flüchen zu nennen, als ob er ein arglistiger Feind der Menschheit gewesen sei.

---

Anhang.





I.

Paderborn, den 12. August 1908.

Seine Majestät der Kaiser und König  
an Reichskanzler Fürst Bülow, Norderny.

Gespräch mit Sir Charles Hardinge.

Nach Tisch redete mich Sir Charles Hardinge auf unsere militärischen Einrichtungen an und ging nach kurzer Besprechung der Armee auf die Flottenfrage über. Er sprach von grave apprehension, von der alle Kreise Englands über unsern Flottenbau erfüllt seien. Auf meine erstaunte Frage warum, da sie gesetzlich begrenzt und das Gesetz seit elf Jahren publiziert sei, erwiderte er: Da sie stets zu Hause konzentriert sei. Ich erwiderte, wir brauchten unsere Flotte zum Schutz des rapiden Wachstums des Handels. Er: Sie bleibt aber immer in Kiel oder Wilhelmshaven und Nordsee. Ich: Da wir keine Kolonien und keine Kohlenstationen haben, ist das unsere Basis, uns fehlt ein Gibraltar oder Malta. Er: Von Ihrer Basis aus ist Ihr Handel nicht zu schützen. Warum fahren Sie nicht mehr umher? Ich: Weil Londoner Botschaft und auswärtige Behörden der Ansicht waren, daß, je weniger die Briten unsere Flotte zu sehen kriegen, um so besser; ein Erscheinen derselben im Kanal würde Mißvergnügen hervorrufen. Er: Sie wollen wohl einen faulen Scherz machen? Ich: Es ist mein bitterer Ernst; meine Mannschaften haben genug darunter gelitten, ihre Dienstzeit nur in nordischen Gewässern zu verbringen. Er: Das ist ja ganz unglaublich, in England hat man das ganz anders ausgelegt. Ich: In diesem Sommer habe ich meine Flotte ins Ausland geschickt während Ihrer großen Manöver in der Nordsee, ein untrügliches Zeichen meiner Friedfertigkeit und meines Vertrauens zu England. Er: Das war ausgezeichnet, hat sehr gut gewirkt; schicken Sie Ihre Schiffe nur oft weg, dann werden unsere Leute wesentlich ruhiger werden. Immerhin wäre es wünschenswerter, unsere Besorgnis wegen dem Flottenbau zu zerstreuen, da Sie in wenigen Jahren unsere Stärke erreicht haben werden (!). Ich: Das ist absoluter Unsinn, außerdem haben Sie den Dreadnought-Bau angefangen und der Welt überraschend aufgezwungen, alle Staaten bauen sie. Er: Es war ein schwerer Fehler von uns. Ich: Beim Stapellauf des Dreadnought hat Ihre Presse das Schiff als sicherstes Vernichtungs-Instrument für die deutsche Flotte bezeichnet. Er: Das war ein noch viel größerer Fehler. Schluß folgt.

Sennelager, den 13. August 1908.

Seine Majestät der Kaiser und König  
an Reichskanzler Fürst Bülow, Norderney.

Aber der Dreadnought-Bau nimmt bei Ihnen so rasche Fortschritte, daß Sie in wenigen Jahren, sagen wir 1912, uns an Stärke gleich und sogar überlegen sein werden. Darüber ist das englische Volk voll Aufregung und schwerer Besorgnis. Ich: Das ist ja absoluter Blödsinn. Wer hat Ihnen denn den Unsinn aufgebunden? Er: Das ist gar kein Unsinn, das ist authentisches Material von der englischen Admiralität. Ich: Es bleibt Unsinn, auch wenn Ihre Admiralität es Ihnen mitteilt, und zugleich ein Beweis, wie wenig englische Staatsmänner und das englische Volk von maritimen Dingen verstehen und über ihre eigene Stärke orientiert sind, um sich so etwas einbilden zu können. Sie haben ja, ohne daß Sie es wissen, den two power standard längst überschritten und sind im three power standard bereits angelangt. Er: Das ist ganz unmöglich. Unsere Admiralität sagt, sie könne kaum den two power standard aufrechterhalten eben wegen des deutschen Flottenbaus, der bedrohlicher Natur sei. Ich: Ihre Admiralität muß das besser wissen und amüsiert sich damit, Sie und Ihre Landsleute mit Gespenstern zu bluffen. Ich kann Ihnen beweisen, daß ich recht habe, aus dem Nauticus. Er: Sie können kein authentischeres Material haben, als was mir die Admiralität gegeben hat. Ich: Ihr Material ist falsch, ich bin Admiral auch der englischen Flotte, welche ich genau kenne, und verstehe das besser wie Sie, der ein Zivilist ist und davon nichts versteht. Ich ließ den Nauticus herunterholen und zeigte Sir Charles die Curer Durchlaucht bekannten Tabellen mit den Schiffsbau-Kurven. (Sprachloses Erstaunen malte sich auf seinen Gesichtszügen, während Sir Frank Lascelles, der uns von ferne beobachtete, und mit dem ich Tags zuvor auf Grund des einen ihm überreichten Exemplars des Nauticus ein ähnliches Gespräch gehabt hatte, sich vor Lachen gar nicht zu lassen wußte.) (Sir Frank ist von Nauticus begeistert und hat dessen Anschauungen rite acceptiert.)

Nach langem Schweigen fragte Sir Charles: Wer ist eigentlich dieser Nauticus, ich habe bisher noch nie etwas von ihm gehört? Ich: Es ist eine Reihe von Herren, bedeutende Kapazitäten aus allen Berufen und Ständen, denen authentisches Material zur Verfügung steht. Er: Solche Herren können keinen Anspruch darauf machen, besseren Bescheid zu wissen wie die Admiralität. Diese Tabelle ist ganz willkürlich und lege ich ihr nicht den mindesten Wert bei. Dabei klappte er das Buch zu: Ich werde es sofort der Admiralität zeigen. Ich: Sie können mir keinen größeren Gefallen tun. Er: Dieser Konkurrenz-Bauerei muß ein Ende gemacht werden; es muß ein Arrangement getroffen werden, wonach das

Bautempo verlangsammt wird. Denn unsere Regierung muß sonst im nächsten Jahre ein großes Programm für Neubauten einbringen, für die bei dem Mangel an Mitteln neue Steuern ausgeschrieben werden müßten. Das wird sehr unpopulär sein, das Volk wird murren, und kann vielleicht der Regierung den Hals kosten. Ich: Wenn Sie die Tabellen des *Nauticus*, statt sie für Phantasie zu halten, als richtig acceptierten, dann würden Sie daraus ersehen, daß ein solches Extrabauprogramm zur Erhaltung Ihres Vorsprungs völlig überflüssig ist. Konkurrenzbau treiben wir nicht, unser Tempo ist gesetzlich festgelegt, die Anzahl der Schiffe dergleichen und Ihnen bekannt. Sie treiben Konkurrenzbau, und zwar eine Konkurrenz, die nur einseitig englisch ist und von Ihrer Admiralität erfunden ist. Er: Can't you put a stop to your building? Or build less ships? Ich: Das Maß der maritimen Rüstung Deutschlands richtet sich nach seinen Interessen und Bündnissen, ist ein defensives und bestimmt nicht gegen eine Nation, am wenigsten gegen England gerichtet. Sie sind keine Drohung für Sie, die Sie augenblicklich alle miteinander an Gespensterfurcht leiden. Er: Aber ein Arrangement mußte doch getroffen werden, um den Bau einzuschränken. You must stop or build slower. Ich: Then we shall fight, for it is a question of national honour and dignity. Und dabei sah ich ihm fest und scharf in die Augen. Sir Charles bekam einen feuerroten Kopf, machte mir einen Diener, bat mich um Entschuldigung für seine Worte und ersuchte mich ausdrücklich, dieselben als versehentlich im Privatgespräch gemachte Bemerkungen zu betrachten, welche ich vergeben und vergessen möchte. Das Gespräch war von ihm in ziemlich gereiztem und fast diktatorischem Ton geführt worden. Ich zweifelte keinen Augenblick, daß er Instruktion und Marschordre von Fisher hatte. Abends nahm ich das Gespräch mit ihm wieder auf, wobei er ein ganz anderer Mann war, lebenswürdig, vergnügt, seine Erzählungen mit Anekdoten würzend. Er konstatierte mit Bestriedigung die Veränderungen in der Türkei, wodurch thank Goodness die macedonischen Reformen wohl überflüssig geworden seien. Ihm sei ein Stein vom Herzen gefallen. Er freue sich, daß seine Regierung und unsere betreffs der Aufschließung des Balkans durch Eisenbahnen von allen Seiten völlig einer Meinung seien. Es sei das Praktischste, daß die Bahnen nicht an einzelne Großmächte, sondern an unpolitische Aktiengesellschaften vergeben würden. Er hob im Laufe des Gespräches überall die Punkte hervor, wo auf der Welt deutsche und englische Politik zusammengehen könnten. Als ich nach Tisch mit Erlaubnis des Königs ihm den Roten Adler Orden I. Klasse verlieh, war er windelweich. Er erwähnte, sein Großvater sei Ordonnanzoffizier vom Stab Wellington's detachiert bei Blücher abkommandiert gewesen und habe in dessen Nähe bei Ligny seinen Arm verloren, wofür er von Friedrich Wilhelm III. auch mit dem Roten Adler Orden ausge-

zeichnet worden sei. Der Orden werde in seinem Hause als ein Heiligtum bewahrt. Die offene Aussprache mit mir, in der ich ihm scharf die Zähne gezeigt hatte, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Mit Engländern muß man immer so verkehren. Es ist ganz klar, daß Ballin's Aktion bei Cassel ihre Wirkung gehabt hat, und daß letzterer mit Erfolg den König von der Behandlung der Materie abgehalten hatte. Fisher ist vor der Abreise Seiner Majestät nach Deutschland in Privataudienz empfangen worden. Er wird gewiß Hardinge instruiert haben. Beim Scheiden wies ich Sir Charles nochmals auf meine Guild Hall-Rede hin: Sie sei ein Programm, im Namen meiner Regierung und meines ganzen Volkes gesprochen. Daran möge er und seine Regierung sich halten. Wenn der Kaiser spricht, machte er keine Phrasen: He speaks what he means. Er erwiderte: We have an absolute confidence in Your Majesty. Seine Majestät kündigte den Besuch der Majestäten für nächstes Jahr in Berlin an. Zeit vorbehalten. Er werde Kaiser Franz Joseph von mir grüßen. Von Uehrenthal halte er nicht viel: He is a poor man and not very capable. Wir schieden mit Freundschaft und Wärme unter dem Bedauern des Königs, nicht haben länger bleiben zu können, da es ihm so sehr gut bei uns gefallen habe. Ich besprach nach der Abreise des Königs mit Lascelles meine Konversation mit Hardinge. Er war ent-rüstet über seinen Landsmann und rief aus: Das kommt davon, daß man mir im Foreign Office nie glauben will, was ich ihnen über Deutschland berichte. Der Hardinge ist in den Fragen der Flotten-Entwicklung ebenso verrückt und schlecht informiert wie die übrigen Schreier unter seinen Landsleuten. Er sei froh, konstatieren zu können, daß der König mit den besten Eindrücken abgereist sei. Die Gesamtsituation zwischen unseren beiden Ländern hätte sich doch wesentlich verbessert und der größte Teil der ernst und vernünftig denkenden Engländer denke gerade so wie er, vor allem die ganze City, die englischen Handels-, Industrie- und Arbeiterkreise. They won't hear of war, and I am perfectly convinced the two countries will never meet in war.

Bitte maritimen Teil Erzjellenz v. Tirpitz mitzuteilen.

Wilhelm I. R.

## II.

London, den 8. September 1908.

Die jüngste deutsche Demarche in der marokkanischen Frage hat hier einen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorgerufen, der durch die Einmütigkeit bemerkenswert ist, mit der sämtliche Organe der verschiedensten Parteirichtungen an diesem Schritt der deutschen Politik Kritik geübt haben, und die erneut dafür Zeugnis ablegt, daß die germanophoben Strömungen in England das, was sie in letzter Zeit an

Tiefe vielleicht eingebüßt haben, an Ausdehnung auf immer weitere politische Kreise jedenfalls reichlich wieder gewonnen haben. Ich habe nur in einer einzigen Zeitschrift, der „Saturday Review“, einige Zeilen gelesen, die gegen den neuesten Ausbruch von Teutophobie Stellung nehmen.

Die „Westminster Gazette“ hat sich zwar an leitender Stelle nicht ausgesprochen, sondern sich auf kurze, reservierte Entresilets beschränkt. Gestern hat sie es aber schließlich auch nicht unterlassen können, die Äußerung des „Temps“ sich zu eigen zu machen, daß es Deutschland im vorliegenden Falle, wenn nicht an Loyalität, so doch an Takt gefehlt habe. Die an die deutsche Adresse gerichteten Vorwürfe basierten einerseits auf der Anschauung, daß Frankreich und Spanien die erklärten Mandatäre Europas in Marokko und daher allein zu einer Initiative in der Frage der Anerkennung Mulay Hafids berufen seien. Andererseits trat die Auffassung zutage, daß die bekannte Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Versuch der deutschen Politik darstelle, mit unläuterer Mitteln Frankreich bei dem neuen Herrscher Marokkos den Rang abzulassen und seine Schwierigkeiten in Marokko zu vergrößern. Die Bekanntgabe der deutschen Demarche hat hier vor allem Anstoß erregt und die Erregung hauptsächlich verursacht.

Die Besorgnis, daß der französische Freund infolge des deutschen Vorgehens die Folgen seiner verfehlten Marokkopolitik werde wirklich fragen müssen, bewirkte, daß die englische Presse jedes Maß und Ziel verlor, französischer wurde als die französische und auch gar nicht einmal daran dachte, wenigstens die formelle Berechtigung der deutschen Aktion einer ruhigen Prüfung zu unterziehen. Daß von einem generellen Mandat der Mächte für Frankreich und Spanien in der Algecirasakte nicht die Rede ist, haben die meisten Blätter, geistlich oder nicht, vollständig übersehen.

Die Einseitigkeit der Auffassung, die Abneigung, auch dem deutschen Standpunkt wenigstens bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, die bei der öffentlichen Meinung Englands bei diesem Anlaß hervorgetreten ist, lehrt, wie schweren Erschütterungen die deutsch-englischen Beziehungen so lange ausgesetzt sein werden, als nicht die deutsch-französischen Gegensätze in der marokkanischen Frage einen befriedigenden Ausgleich erfahren haben. Denn daß das Mißtrauen gegen die Ziele und die Methoden der deutschen Politik durch den jüngsten Vorgang hier wieder erheblich an Terrain gewonnen hat, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. England hat moralisch die Bürgschaft für die Verwirklichung der Ziele Frankreichs in Marokko übernommen und solange die englische Politik mit dieser Hypothek belastet ist, ist eine rückhaltlose Annäherung derselben an Deutschland ausgeschlossen. Eine Lösung des marokkanischen Problems erscheint daher als die erste Vorbedingung für das Zustande-

kommen eines Ausgleichs mit England, für den sich ja in letzter Zeit auf beiden Seiten des Kanals manche Stimmen erhoben haben. Unter der Voraussetzung, daß die Marokkofrage gelöst und daher nicht mehr imstande sein würde, die deutsch-englischen Beziehungen ungünstig zu beeinflussen, scheint mir aber die Erzielung eines Einvernehmens mit England, wenigstens solange die liberale Regierung am Ruder ist, trotz der großen augenfälligen Schwierigkeiten, die einem solchen entgegenstehen, nicht außerhalb der Grenzen des Erreichbaren zu liegen. Gerade die englischen Besorgnisse vor der Entwicklung unserer Flotte bin ich geneigt, so paradox das klingen mag, als einen Umstand anzusehen, der das Zustandekommen einer Verständigung ganz wesentlich zu erleichtern geeignet ist. Die geradezu panische Angst, mit der ganz England das Anwachsen der deutschen Streitkräfte zur See beobachtet, die schweren finanziellen Lasten, die ihm der Grundsatz auferlegt, stets doppelt so stark gerüstet zu sein, wie wir, die großen Verlegenheiten, die ihm bezüglich seiner Weltstellung die Notwendigkeit bereitet, beinahe seiner gesamten Streitkräfte in der Nordsee zu immobilisieren — alles das sind Momente, die mir zu erweisen scheinen, ein wie wertvolles Atout wir in unserer Flottenpolitik England gegenüber in der Hand haben. Der enthusiastische Empfang, der der amerikanischen Flotte in den jüngsten Tagen in Australien zuteil geworden und dessen demonstrativer Charakter auch hier nicht verkannt worden ist, dürfte es manchem denkenden englischen Politiker zum Bewußtsein gebracht haben, wieviel nützlicher es für das englische Imperium wäre, wenn die englischen Schlachtschiffe an Ort und Stelle den australischen Brüdern den Wert und die Größe des vom Mutterlande zu erwartenden Schutzes demonstrieren könnten, anstatt, des hypothetischen deutschen Angriffs gewärtig, in England im Hafen zu liegen. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob und in welcher Form es uns vielleicht einmal möglich sein würde, England von seinen Besorgnissen vor der Beeinträchtigung seiner Suprematie zur See durch Deutschland in überzeugender Weise zu befreien. Sollte der Fall aber eintreten, so dürfte dies meines gehorsamsten Dafürhaltens nicht geschehen ohne vollwertige Gegenleistung von englischer Seite. Eine Vereinbarung, wie sie zurzeit hiesigen Politikern vorschwebt, und die sich lediglich auf die beiderseits zu beobachtende Flottenpolitik zu erstrecken hätte, würde meines Erachtens schon aus dem Grunde nicht in Frage kommen können, weil sie der vorteilhaften Lage, in der wir uns England gegenüber befinden, nicht genügend Rechnung tragen würde. Es würde vielmehr ein eventuelles Abkommen mit England auf eine möglichst breite Basis zu stellen sein, um auf anderen Gebieten Kompensationen für die Preisgabe der Vorzugsstellung zu erlangen, die wir gegenüber den englischen Flottennöten haben. Das russisch-englische Abkommen über Zentralasien, das England von der sekularen Sorge vor einem russischen

Einmarsch nach Indien, wenn auch nur temporär und wohl nur scheinbar, befreit hat, lehrt, wie gewinnbringend sich englische Zwangsvorstellungen ausnützen lassen.

Im Interesse des Zustandekommens einer Verständigung mit England in absehbarer Zeit wollen mir in Gemäßheit der vorstehenden Erwägungen auch die Stimmen nicht opportun erscheinen, die sich in Deutschland neuerdings in der Öffentlichkeit für ein Rüstungsabkommen mit England erwärmt haben. Je einmütiger die öffentliche Meinung in Deutschland hinter der Auffassung steht, wie sie bezüglich der Erhaltung und Gestaltung der deutschen Wehrkräfte in der Straßburger Rede Seiner Majestät des Kaisers zum Ausdruck gekommen ist, um so stärker wird die Stellung sein, in der wir uns, gegebenenfalls, England gegenüber befinden würden. Wenn inzwischen durch eine tüchtige englische Flottenvorlage dem englischen Steuerzahler noch zum Bewußtsein gebracht worden ist, wie kostspielig die gegenwärtigen Beziehungen Englands zu Deutschland sind, so wird er für die Vorteile einer Annäherung der englischen Politik an Deutschland um so größeres Verständnis haben.

Dabei ist allerdings eines nicht aus dem Auge zu verlieren, und zwar die Gefahr, daß das liberale Regime vor der Zeit, während, oder vielleicht gerade infolge dieser dem englisch-deutschen Ausgleich vorausgehenden Geburtswehen, einem unionistisch-imperialistisch-protektionistischen Pfah zu machen gezwungen werden könnte. Damit würden sich die Chancen für eine Verständigung erheblich verringern. Die beifällige Aufnahme, die die Straßburger Rede Seiner Majestät des Kaisers gerade in der unionistischen Presse gefunden hat, ist unter diesem Gesichtspunkt sehr bezeichnend.

Man wird daher deutscherseits den Bogen zwar nicht seiner Spannkraft berauben, aber ihn auch nicht überspannen dürfen.

Stumm.

Inhalt: Die Marokkofrage und die deutsch-englischen Beziehungen.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler Fürsten von Bülow.

III.

Berlin, den 25. Dezember 1908.

Eigenhändig!

Geheim!

In dem gefälligen Schreiben vom 17. d. M. — Nr. 5004 — haben Ew. pp. die Frage, ob Deutschland und das Deutsche Volk einem englischen Angriff zurzeit mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen könne, verneint.

Andererseits bezeichnen Ew. pp. als das geeignetste Mittel, um England von einem Angriff auf uns abzuhalten, die Schaffung einer starken Schlachtflotte. Ew. pp. enthalten sich aber einer Meinungsäußerung darüber, ob, angesichts der von Ihnen selbst hervorgehobenen derzeitigen großen Ueberlegenheit der englischen Flotte über unsere Streitkräfte zur See — eine Ueberlegenheit, die überdies das englische Volk auch für die Zukunft unter allen Umständen aufrechtzuerhalten entschlossen scheint — es unseren Schlachtschiffen im Falle eines Krieges mit England überhaupt möglich sein würde, entscheidend in Aktion zu treten. Ist aber die Befürchtung gerechtfertigt, daß unsere Flotte in ihrer gegenwärtigen Stärke von den übermächtigen englischen Seestreitkräften blockiert in unseren Häfen zurückgehalten werden würde, müssen wir mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, in einem Seekrieg mit England vorläufig auf die Defensiv angewiesen zu sein, so entsteht die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, der Verbesserung unserer Küstenbefestigungen, der Vergrößerung unseres Bestandes an Seeminen und der Schaffung einer starken Unterseebootflotte unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, anstatt uns ausschließlich auf die Vermehrung an Schlachtschiffen zu konzentrieren, die, solange wir uns in einem Zustande ausgesprochener militärischer Inferiorität England gegenüber befinden, möglicherweise keine Verwendung finden, dem Feinde keinen Schaden zufügen und einen günstigen Ausgang des Krieges nicht herbeiführen würden. Es liegt mir fern, auf diesem Gebiet ein sachkundiges Urteil für mich in Anspruch zu nehmen. Ich will nur einer Erwägung Ausdruck geben, die sich auch dem Laien aufdrängt und die mir neuerdings oft entgegengetreten ist.

Wenn das Interesse, das wir in erster Linie an einem wirksamen Schutze unserer Küsten haben, den Gedanken an eine Verstärkung der vorstehend bezeichneten Verteidigungsmittel naheulegen scheint, so glaube ich andererseits, daß Erwägungen politischer Natur darauf hinweisen, der Frage näherzutreten, ob nicht eine Verlangsamung in der Durchführung unseres jetzigen Flottenprogramms in ernste Erwägung zu ziehen wäre. Es kann nach den hier vorliegenden Nachrichten keinem Zweifel unterliegen, daß die in England uns gegenüber herrschende, von Ew. pp. selbst als feindselig bezeichnete Stimmung zu ernststen Besorgnissen Anlaß gibt. Ob diese Stimmung ausschließlich eine Folge unserer maritimen Rüstungen ist, oder ob sie das natürliche Ergebnis der Konkurrenz zweier großer Nationen darstellt, wie Ew. pp. dies annehmen, scheint mir dabei eine Frage von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist jedenfalls der Umstand, daß unsere Flotte, wie das die Ausführungen Ew. pp. bestätigen, erst in einigen Jahren so stark sein wird, daß ein Angriff auf sie auch für England ein großes Risiko bedeuten würde. Es ergibt sich hiernach für uns die Pflicht, jede Handhabe zu ergreifen, die sich uns bietet, um unter Wahrung unserer



Würde die englische Nervosität zu verringern und es uns zu ermöglichen, ungefährdet über die Jahre hinwegzukommen, in denen unsere Rüstung noch nicht vollendet ist.

Von den maßgebenden englischen Stellen ist wiederholt angedeutet worden, daß eine Verlangsamung des Tempos in der Durchführung unseres gegenwärtigen Flottenprogramms sehr wesentlich zur Beruhigung in England beitragen würde. Inwieweit ein Eingehen auf die englischen Wünsche in dieser Hinsicht von dauernden Wirkungen auf die Gestaltung unseres politischen Verhältnisses zu England begleitet sein würde, kann einstweilen unerörtert bleiben. Für die Uebergangsperiode, in der wir uns befinden, ist es jedenfalls für uns von der größten Bedeutung zu verhindern, daß der Gedanke eines gegen Deutschland zu führenden Präventivkrieges bei der Mehrheit des englischen Volkes festen Fuß faßt und ein englischer Angriff auf unsere Flotte erfolgt. Entsteht der Krieg desungeachtet, so dürfte bei der großen Überlegenheit der englischen Flotte der Umstand, daß wir infolge der Verlangsamung unseres Bautempos mit ein oder zwei Schlachtschiffen weniger in den Kampf eintreten, auf den zu befürchtenden Ausgang dieses Kampfes von entscheidendem Einfluß nicht sein.

Unser Flottengesetz sieht für die Jahre 1909, 1910 und 1911 den Neubau von je 4, für die Jahre 1912 bis 1917 von je 2 großen Schiffen vor. Zu Ende 1911 würden wir im Besitz von 13 solcher Schiffe sein und diesem Augenblick sieht man in England mit besonderer Sorge entgegen, da nach den bisherigen englischen Flottenanschlägen die englische Marine in dem gleichen Zeitpunkt nur im Besitz von 12 entsprechenden Fahrzeugen sein würde. Wenn auch angenommen werden darf, daß die englische Marineverwaltung unter dem Druck der öffentlichen Meinung es nicht versäumen wird, den Vorsprung beizeiten wiedereinzuholen, den wir nach englischer Darstellung vorläufig vor ihnen voraus haben würden, so möchte ich doch auf Grund der vorstehenden Erwägungen an Ew. pp. die Frage richten, ob militärisch-technische Gründe dringender Natur dagegen sprechen würden, in den nächsten 3 Jahren unser Bautempo in der Weise zu verlangsamen, daß wir statt je 4 nur je 3 große Schiffe bauen, und das Versäumte dann in den Jahren 1912, 1913 und 1914 nachholen. Wir würden dann von 1909 bis 1914 je 3, von 1915 bis 1917 je 2 große Schiffe auf Stapel legen und damit, ohne Schwächung des Gesamtergebnisses, unseren Gegnern in England ein sehr wirksames Agitationsmittel entwinden.

Schließlich glaube ich auch noch, darauf hinweisen zu dürfen, daß in letzter Zeit wiederholt Bedenken finanzieller und technischer Natur darüber zum Ausdruck gekommen sind, ob es rassam ist, den Bau einer so großen Zahl von großen Schiffen auf einmal vorzunehmen, wie dies die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen vorsehen. Um so günstiger er-

scheinen daher die Aussichten, auch die Zustimmung der deutschen Volksvertretung zu der in Anregung gebrachten Verlangsamung unseres Flottenbautempos zu erlangen, zumal wenn gleichzeitig die weiter oben gekennzeichneten Maßnahmen zur Verteidigung unserer Küsten erhöhte Berücksichtigung finden würden.

von Bülow.

An (tit) von Tirpitz.

#### IV.

Berlin, den 4. Januar 1909.

Ganz Geheim!

Den Empfang Euer Durchlaucht geneigten Schreibens vom 25. Dezember 1908 habe ich die Ehre gehorsamst zu bestätigen.

Euer Durchlaucht empfehlen in demselben, daß wir unter Wahrung unserer Würde jede Handhabe ergreifen sollten, um die englische Nervosität uns gegenüber zu verringern, und sehen als geeignetes Mittel dazu eine Herabsetzung unseres durch die beiden letzten Flottennovellen (von 1906 und 1908) festgelegten jährlichen Bautempos an großen Schiffen von 4 auf 3 in den nächsten Jahren an.

Ich habe hiergegen das schwere Bedenken, daß ein solches Vorgehen im In- und Auslande als ein Zurückweichen vor den Drohungen Englands angesehen werden wird, und daß keinerlei Beschönigung diesen Eindruck wird beseitigen können.

Wenn auch die englischen Minister persönlich geneigt sein würden, mit liebenswürdigen Worten darüber hinwegzugehen, so sind zu viele Interessenten in England vorhanden, welche unserem Nachgeben den Charakter einer Demütigung beilegen werden. Ich möchte sogar meinen, daß die liberale Partei selbst in England nur dann Nutzen von der Verminderung unseres Bautempos hat, wenn diese als eine Demütigung erscheint. In diesem Sinne wird unser Vorgehen in England rücksichtslos dargestellt werden. Nun wird, wie Euer Durchlaucht in dem geneigten Schreiben zum Ausdruck bringen, durch diese Änderung des Bautempos die Schaffung einer starken deutschen Flotte an sich nicht aufgegeben, sondern ihre Bereitstellung nur um einige Jahre verzögert. In dem künftigen Vorhandensein dieser Flotte aber sehen die Engländer den eigentlichen Stein des Anstoßes; denn die bloße Existenz einer starken deutschen Flotte muß England in Zukunft zwingen, auf Deutschland mehr Rücksicht zu nehmen als bisher. Alle Flotteninteressenten in England, welche den augenblicklichen „navy scare“ arrangiert haben, alle Imperialisten und die ganze konservative Partei werden also weiter hegen

und, da sie den Erfolg der Drohungen gesehen haben, werden sie zu weiteren Demütigungen Deutschlands schreiten. Die Gefahr eines Krieges mit England wird dadurch größer werden und nicht kleiner. Auch darüber kann meines Erachtens kein Zweifel sein, daß, wenn das augenblickliche stürmische Verlangen nach Sparsamkeit um jeden Preis in Deutschland wiederaufgehört hat, die Verringerung des Bautempos in ihrer wahren Bedeutung auch bei uns voll erkannt werden und eine starke Reaktion unseres Volkes gegen ein solches Zurückweichen vor den englischen Drohungen erzeugen wird. Auch hierdurch kann die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England nur vergrößert werden.

Ich bin, wie ich Euer Durchlaucht meldete, nicht der Ansicht, daß die Gefahr eines englischen Präventivkrieges zurzeit größer ist als bisher. Die englische Flottenpropaganda wird zunächst heruntergehen, wenn die konservative Partei und die Flotteninteressenten ihren Zweck erreicht, nämlich die liberale Regierung gezwungen haben, gegen deren Wunsch eine große Flottenforderung dem Parlamente vorzulegen. Wollte England wirklich Krieg führen, so würde man doch erst die Schiffe vom Etat 1909, welche die englische Übermacht wiederherstellen sollen, fertig bauen wollen. Wenn man einen Präventivkrieg vorbereitet, so legt man sein Geld für andere militärische Maßnahmen an als für Schlachtschiffe, die 3 Jahre Bauzeit haben. Das sogenannte kritische Jahr 1911 ist in der englischen Auffassung nicht dadurch entstanden, daß wir in demselben bereits eine zu große Zahl „Dreadnoughts“ besitzen (9 solcher Schiffe — nicht 13, wie Euer Durchlaucht annehmen und wie Lord Granard behauptet hat), sondern dadurch, daß die leider im vorigen Jahr bei der letzten Novelle in den Reichstag getragene Flottenpropaganda in England die Annahme gerechtfertigt erscheinen ließ, wir würden in dem genannten Jahre eine weitere Flottenvermehrung vornehmen. Auf diese Flottenvermehrung haben wir verzichtet und damit ein außerordentliches Entgegenkommen gegen England gezeigt. Graf Metternich hat schon vor der Erklärung Euer Durchlaucht im Reichstage mit diesem Entgegenkommen operiert. Auf demselben fußend, hätte er meines Erachtens positive Gegenleistungen fordern können. Hierauf ist jedoch verzichtet worden. Mr. Mc. Kenna hat befriedigt davon Kenntnis genommen und ist nach kurzer Zeit mit weiteren Forderungen gekommen. Dieser Vorgang beweist, wie bedenklich es ist, auf die schiefe Ebene des Nachgebens zu geraten. Daß unsere Lage England gegenüber eine sehr ernste ist, habe ich nie verkannt und stets unverhohlen schriftlich und mündlich Euer Durchlaucht gegenüber seit 12 Jahren zum Ausdruck gebracht. Ich bin aber der Ansicht, daß die geringere Kriegsgefahr für uns „im Durchhalten“ besteht, und daß ein Nachgeben trotz der damit verbundenen Demütigung Deutschlands die Gefahr nur erhöht.

Eine Verringerung des Bautempos, wie Euer Durchlaucht sie anregen, könnte nicht im Etatswege erfolgen, da die Ersatzbauten gesetzlich festgelegt sind. Es ist also eine Novelle zum Flottengesetz nötig, welche von den Verbündeten Regierungen genehmigt und von Euer Durchlaucht im Namen des Kaisers dem Reichstage vorgelegt werden müßte.

Ich resümiere mich dahin, daß ein Herabgehen des Bautempos von 4 auf 3 große Schiffe pro Jahr im In- und Auslande als eine Demütigung Deutschlands ausgelegt und empfunden werden würde, eine Demütigung, die nach meiner Ansicht nicht nötig ist, da keine Kriegsgefahr droht, oder, wenn sich dies als ein Irrtum erweisen sollte, nutzlos ist, weil lediglich die Verschiebung von 3 Ersatzbauten von 1909/11 auf 1912/14 den etwa in England gefaßten Entschluß zu einem Präventivkrieg nicht wieder rückgängig machen würde. Bei dieser meiner Auffassung der gegebenen Situation werden Euer Durchlaucht mir zustimmen, daß ich die Vertretung der neuen Novelle zum Flottengesetz im Reichstag nicht übernehmen kann, ganz abgesehen davon, daß derselbe Staatssekretär nicht im Jahre 1909 das Gegenteil von dem vertreten kann, was er im Jahre 1908 mit Aufbietung aller seiner Autorität versprochen hat und was vom jetzigen Reichstage mit überwältigender Majorität angenommen worden ist. Es würde das politisch zu ganz unhaltbaren Situationen führen.

Wenn die Ansicht Euer Durchlaucht von der politischen Notwendigkeit der Verringerung des Bautempos, die ich zum ersten Male aus Euer Durchlaucht geneigtem Schreiben vom 25. Dezember 1908 entnommen habe und nach Euer Durchlaucht bisherigen Äußerungen, namentlich Euer Durchlaucht Erklärung im Reichstage bei der ersten Lesung des Etats, nicht voraussetzen konnte, durchgeführt werden soll, so muß ich Euer Durchlaucht bitten, Seiner Majestät dem Kaiser die Bitte um meinen Abschied in Gnaden geneigtest vortragen zu wollen. Ich nehme davon Abstand, dies unmittelbar bei Seiner Majestät zu tun, einmal weil es sich hierbei um eine politische Frage handelt, und zweitens, weil Euer Durchlaucht wünschen werden, Seiner Majestät die Angelegenheit persönlich vorzutragen, ohne daß Allerhöchstderselbe durch mein Abschiedsgesuch, dem ich doch eine Motivierung beigeben müßte, vorbereitet ist.

Da in Euer Durchlaucht geneigtem Schreiben vom 25. Dezember 1908 auch Zweifel durchklingen, ob unser Vorgehen in „militärisch-technischer“ Beziehung das richtige ist, so bitte ich, einige Worte hierüber hinzuzufügen zu dürfen. Euer Durchlaucht stellen zur Erwägung, ob es sich nicht empfiehlt, der Verbesserung unserer Küstenbefestigungen und der Verstärkung unserer Unterwasserverteidigung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, anstatt uns ausschließlich auf die Vermehrung von Schlachtschiffen zu konzentrieren.

Was den lokalen Schutz unserer Küsten anbetrifft, so sind in den letzten Jahren hierfür Aufwendungen gemacht worden in einer Höhe wie nie zuvor. Man könnte gewiß noch Verbesserungen hinzufügen; unsere Küstenbefestigungen sind aber schon in ihrem jetzigen Zustand nach meiner Ansicht dem englischen Angriff gewachsen. Eine weitere Forderung von 62 Millionen Mark ist in der ersten Rate vom Reichstag bereits bewilligt; sie wird in erster Reihe für den allein brennenden Ausbau von Helgoland aufgewendet werden.

Die jährlichen Beschaffungen von Torpedoboote sind durch die Novelle 1906 grundsätzlich verdoppelt, die Größe und Leistung der Boote erheblich gesteigert worden. Es hat keinen Zweck, das Personal schneller zu beschaffen, als es dem Anwachsen des Materials entspricht.

Unterseeboote werden so viel gebaut, als Petroleummotoren dieser Art in Deutschland beschafft werden können. 2 Unterseeboote sind fertig, 10 Boote im Bau. 10 Millionen Mark sind für 1909 und von 1910 an jährlich 15 Millionen Mark für Unterseeboote vorgesehen und im Prinzip vom Reichstage bewilligt. Kein Staat hat vor dem Jahre 1907 ein für die Nordsee geeignetes Unterseeboot besessen. Wir sind für den Krieg mit England in kurzer Zeit in dieser Beziehung auf der Höhe. Diese Aussicht würde nur dann einen Stoß bekommen, wenn das Vorgehen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, dem Reichstage am festgelegten Geldbedarf der Marine für die nächsten 5 Jahre Abstriche in Höhe von 50 Millionen Mark und mehr in Aussicht zu stellen, perfekt würde. Ich habe mich bisher indessen der Hoffnung hingegeben, daß bei der gefährlichen Lage unseres Staates ein Ausweg aus dieser Schwierigkeit seitens des Staatssekretärs des Reichsschatzamts noch gefunden werden würde.

Die Waffen des Kleinkrieges, welche keinen Teil des Flottengesetzes bilden und daher äußerlich weniger in die Erscheinung treten, sind also teils vorhanden, teils in stärkster Beschaffung begriffen. Ihr Stand in unserer Wehrmacht ist relativ höher als der Stand der Schlachtflotte. Beide zusammen bilden unsere Wehrmacht zur See. Kleinkrieg ohne Schlachtflotte ist undenkbar; ebensowenig aber hat für unsere Verhältnisse die Schlachtflotte ohne Kleinkrieg Chancen. Euer Durchlaucht wollen aus dem Vorstehenden entnehmen, daß ein einseitiges Konzentrieren unserer „Aufmerksamkeit“ auf die Vermehrung der Schlachtflotte unserem tatsächlichen Vorgehen durchaus nicht entspricht.

Die von Euer Durchlaucht ausgesprochene Befürchtung, daß unsere Flotte von den übermächtigen englischen Seestreitkräften durch enge Blockade in unseren Häfen alsbald eingeschlossen werden wird, ist nicht gerechtfertigt. Wie wir mit großer Sicherheit wissen und wie es einer

vernünftigen Handhabung des modernen Seekrieges entspricht, bleibt das Gros der englischen Flotte hinter der Doggersbank in der Nähe von England und nur leichte Kräfte mit soutiens sind als Blockadellinie vorgeschoben. Ohne deutsche Schlachtflotte würden unsere Torpedo- und Unterseeboote an ihre Angriffsobjekte, nämlich an die großen Schiffe des Feindes, überhaupt nicht herankommen können, denn nur eine Schlachtflotte kann ihnen den Weg zum feindlichen Gros freimachen. Mit anderen Worten: ohne eine ausreichende deutsche Schlachtflotte kostet der Krieg England so gut wie nichts und bedeutet kein Risiko für England. Das Rückgrat unserer ganzen Flottenpolitik ist aber von Anfang an die Schaffung eines solchen Risikos in militärischer und damit vor allem auch in politischer Beziehung anderen Staaten gegenüber gewesen. Die Begründung zum Flottengesetz von 1900 sagt darüber —: „Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtfstellung in Frage gestellt wird.“ Mit jedem neuen Schiff, das unserer Schlachtflotte zuwächst, wird sie nicht nur allein, sondern mit ihr auch unser verhältnismäßig hoch entwickeltes Torpedobootswesen stärker in die Wagschale fallen, wird von Jahr zu Jahr das Risiko eines Angriffs gegen uns für England größer werden. Damit wird der Zweck des Flottengesetzes, uns den Frieden zu sichern, mehr und mehr erreicht.

Wir könnten unser Torpedobootswesen und unsere Unterseeboote verdoppeln und verdreifachen, wir könnten unsere ganze Küste mit Kanonen spicken, eine Friedenswirkung kann dieser Teil unserer Seemacht in keiner Weise erreichen. Ohne Schlachtflotte würden wir allen Unbillen seitens Englands preisgegeben sein.

Die englische Admiralität und die englische Marine betrachtet unsere Flotte weder jetzt noch für absehbare Zeit in der Aggressive gegen England. Jeder englische Seeoffizier würde sich lächerlich machen, wenn er etwas Ähnliches ernsthaft ausspräche. Trotzdem richtet sich die Verstimmlung der englischen Admiralität gegen unsere Schlachtflotte, weil sie allein das Mittel bietet, den Defensivkrieg gegen England „auszuführen“ zu führen.

Daß eine unfertige Seemacht — und das ist die unsrige — überall Lücken aufweist, wenn sie heut in Gegensatz zur englischen Flotte gebracht wird, ist selbstverständlich. Oberflächliche Kritiker können sich daher mit leichter Mühe auf solche Lücken werfen und Eindruck auf Laien machen. Darüber möchte ich kein Wort verlieren. Der schärfste Kritiker aber, den wir haben, England nämlich, hat klar erkannt, daß unsere Seemachtentwicklung unter sorgfältiger Abwägung des zahlenmäßigen Verhältnisses

der verschiedenen Mittel des Seekrieges zu einander so rationell erfolgt, wie es England bisher noch nicht gesehen hat. Es hat sich nicht vermeiden lassen, daß die Verstimmung der Engländer gerade durch diese rationelle Entwicklung noch vermehrt worden ist.

Von einer neuen Vorlage, welche die von Euer Durchlaucht angelegten verstärkten Maßnahmen für die Verteidigung unserer Küsten betrifft, ist ein wirklicher Nutzen daher nicht zu erwarten, da das Wesentliche in voller Ausführung begriffen ist. Wollte man eine Vorlage einbringen, die — gegen Verringerung des Bautempos um ein Schiff — wirklich Nutzen für eine akute Kriegsgefahr, also für einen Krieg im Jahre 1909 oder 1910, zu bringen imstande wäre, so würde dies nur durch Forderung erheblich vermehrter Indienststellungen und Mannschaftsvermehrungen geschehen können. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß eine solche Maßnahme als eine direktere Kriegsdrohung aufgefaßt werden würde, als wenn wir an dem wohlerrwogenen Plan der Entwicklung unserer Flotte festhalten.

von Tirpitz.

V.

Telegramm vom 21. März 1909

an  
die Botschaft  
Petersburg.

T. i. Z.

Nro. 46. Mit Bezug auf Telegr. 69.

Euere bitte ich Herrn Iswolski zu sagen, daß wir mit Befriedigung erfahren, daß er freundschaftlichen Geist unseres Vorschlages anerkenne und auf denselben eingehen zu wollen scheine.

Sodann wollen Sie Herrn Iswolski mitteilen, daß wir bereit seien, Oesterreichisch-Ungarischer Regierung vorzuschlagen, die Mächte unter Bezugnahme auf das ihnen bereits mitgeteilte österreichisch-türkische Abkommen zu ersuchen, der Außerkraftsetzung des Art. 25 des Berliner Vertrags zuzustimmen. Ehe wir aber Oesterreich-Ungarn einen derartigen Vorschlag machen, müssen wir bestimmt wissen, daß Rußland auf die österreichische Note zustimmend antwortet und sein formelles Einverständnis mit der Aufhebung des Artikels 25 ohne jeden Vorbehalt erklärt. Euere wollen dabei Herrn Iswolski in bestimmter Form sagen, daß wir eine präzise Antwort — ja oder nein — erwarten; jede ausweichende, verknäuelte oder unklare Antwort würden wir als eine **A b l e h n u n g** be-

frachten müssen. Wir würden uns dann zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn Iswolski zufallen, nachdem wir einen letzten aufrichtigen Versuch gemacht, Herrn Iswolski behilflich zu sein, die Situation zu klären in einer für ihn annehmbaren Weise.

Sollten Sie bei Herrn Iswolski Entgegenkommen finden, so können Sie durchblicken lassen, daß wir ihn bei einer etwa von ihm ausgehenden Initiative, die bulgarische Anerkennungsfrage in der gleichen Weise formell zu regeln, unterstützen würden.

Auf die von Herrn Iswolski vorgebrachten Beschwerden über die österreichische Politik gegen Serbien wollen Sie von sich aus nicht zurückkommen. Sollte dies seitens des Ministers geschehen, bitte ich, ihn daran zu erinnern, daß auch russischerseits die serbische Antwort als ungenügend bezeichnet worden ist, und er selbst die Verantwortung dafür abgelehnt hat. Erinnern Sie ihn dabei an die ungeeignete Sprache der Serb. Regierung in der Anlage zu Erlaß No. 482.

Sagen Sie jedenfalls Herrn Iswolski, daß die Dinge angesichts der zunehmend herausfordernden Haltung der Serben zur Entscheidung drängen, und wir daher einer umgehenden klaren Antwort auf unsere Frage entgegensehen.

Die Konferenzfrage hat mit unserer Demarche nichts zu tun; über ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit zu entscheiden, wird nach wie vor dem Gedankenaustausch unter den Mächten vorbehalten bleiben müssen. Ihre Hereinziehung in die vorliegende konkrete Frage müssen wir als Versuch der Verschleppung und damit als Ablehnung unseres Vorschlags ablehnen.

v. Bülow.

## VI.

Berlin, 24. Juli 1911.

Telegramm.  
Botschaft London.

Die erst jetzt im Wortlaut vorliegende Rede des englischen Schatzkanzlers hat einem großen Teil der englischen Presse und der gesamten französischen Presse Anlaß zu heftigen Angriffen auf Deutschland gegeben. Wie weit diese Wirkung von dem englischen Minister beabsichtigt war, lasse ich dahingestellt. Die englische Regierung wird sich aber dem Eindrücke nicht verschließen können, daß diese Wirkung der Rede eines ihrer Mitglieder hier im hohen Grade verstimmen mußte, umsomehr, als



im Zusammenhange mit den Aeußerungen von Grey zu Ew. Erz. uns diese Wirkung nicht als ganz ungewollte erscheinen kann.

Wir stehen mit Frankreich in Unterhandlung zur Beseitigung von Differenzen, welche die Folge der ungenierten Beiseiteschiebung der Verpflichtungen aus dem internationalen Vertrage von Algeciras seitens Frankreichs sind. Wir haben ausdrücklich und wiederholt erklärt, daß wir uns ohne Rekriminationen über das Geschehene friedlich und freundschaftlich direkt mit Frankreich verständigen wollten. Frankreich hat dies angenommen und ist mit uns übereingekommen, die Verhandlungen zunächst geheim zu führen. Wir haben Frankreich Vorschläge gemacht, die uns durchaus loyal und annehmbar erscheinen. Sie beziehen sich auf Gebiete, in denen unseres Wissens weder direkte noch indirekte englische Interessen engagiert sind.

Wenn England trotzdem Wünsche aussprechen zu sollen glaubte, so konnten wir erwarten, daß sie uns auf dem üblichen diplomatischen Wege übermittelt werden würden. Wenn die englische Regierung statt dessen durch eines ihrer Mitglieder öffentliche Erklärungen abgeben ließ, welche zum mindesten als eine Warnung an unsere Adresse gedeutet werden konnten, und tatsächlich von englischen wie französischen Blättern als eine an Drohungen grenzende Warnung gedeutet worden sind, so fällt es uns schwer, die Gründe hierfür zu erkennen. Die englische Regierung konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß dadurch eine freundschaftliche Verständigung zwischen uns und Frankreich, die sie selbst zu wünschen behauptet, nicht gefördert wird. Bei dem Tone, den seit einiger Zeit ein Teil der englischen und fast sämtliche französischen Blätter gegen uns angeschlagen haben, konnte sich die englische Regierung über die von der Rede des Schatzkanzlers zu erwartende Wirkung nicht im unklaren sein. Wenn die englische Regierung die Absicht haben sollte, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so konnte sie allerdings kein besseres Mittel wählen als die Rede des Schatzkanzlers, die so wenig der von ihm für England vindizierten Würde und Stellung einer Großmacht mit Rücksicht auf uns Rechnung trug.

Ich bitte, vorstehendes ohne Verzug zur Kenntnis von Sir Edw. Grey zu bringen und mir seine Antwort telegraphisch zu melden. Falls etwa der englische Minister behaupten sollte, die der Rede von der Presse gegebene Deutung entspreche nicht ihrem Wortlaut und sei nicht beabsichtigt gewesen, so wollen Sie dem Minister sagen, daß wir dann eine unzweideutige öffentliche Erklärung in diesem Sinne erwarten.

von Alderlen-Wächter.

VII.

Telegramm.

London, den 25. Juli 1911. 11 Uhr 30 Min. Nm.

Ankunft, den 26. Juli 1911. 3 Uhr 5 Min. Vm.

Deutsche Kaiserliche Botschaft an das Auswärtige Amt.

Entzifferung.

---

Antwort auf Tel. Nr. 99 und 101.

Aufträge ausgeführt.

Sir E. Grey wird meine Mitteilung, betreffend Agadir nicht parlamentarisch verwerfen, bemerkte aber, er habe dann auch kein Mittel, die öffentliche Beunruhigung hinsichtlich unserer angeblichen Absichten auf Agadir zu beschwichtigen.

Betreffend die Rede des Schatzkanzlers war er durchaus ablehnend, verteidigte dieselbe als maßvoll, behauptete, es sei durchaus richtig gewesen, daß sie gehalten worden. Sie enthielte keine Drohung gegen uns. Dagegen sei der Ton meiner heutigen Mitteilungen derart, daß er bei der hiesigen Regierung verstimmen müsse.

Ich erwiderte, er verwechsle Ursache mit Wirkung. Er könne aus der englisch-französischen Presse ersehen, daß die Rede des Schatzkanzlers die von mir beschriebene Wirkung gehabt habe.

Auch meine Mitteilung, fuhr der Minister fort, daß wir die Wiederherstellung des status quo ante eventuell allein vornehmen würden, wir also ohne die übrigen Vertragsmächte selbständig vorgehen würden, sei geeignet, der Marokko-Frage eine noch ernstere Bedeutung zu geben. Er verwahre sich entschieden gegen die Auffassung, daß die englische Regierung eine deutsch-französische Vereinbarung nicht wünsche. Natürlich sei unser Verlangen nach Abtreten des französischen Kongo vom Sanga an unerfüllbar gewesen. Er werde übermorgen im Parlament klarlegen, daß die Regierung eine deutsch-französische Verständigung wünsche, zugleich aber auch, daß, falls englische Interessen im Laufe der Marokko-Frage tangiert würden, die englische Regierung sie wahrnehmen müsse.

Ich erwiderte, niemand bestreite ihr dies Recht. Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Interessen oder Rechte, ohne daß sie konsultiert würde, zu verfügen. Diese Absicht besteht nur in der englischen Imagination. Die englische Regierung habe keinen Grund zu diesem Verdacht, der auch aus der Rede des Schatzkanzlers spreche, und die deshalb pro-

vokatorisch gewirkt habe. Zur Wiederherstellung des status quo ante würde uns gegebenenfalls Mitwirkung der anderen Signatarmächte willkommen sein. Nur wenn diese ausbleiben, würden wir allein unser Recht durchsetzen.

Ich schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß, je mehr man uns drohende Warnungen erteile, um so fester wir auftreten würden.

Meine Unterredung mit dem Minister war äußerst lebhaft, hielt sich aber in den Grenzen der diplomatischen Etikette.

**Meffernich.**

---

## Namenverzeichnis.

(Die Zahlen verweisen auf die Seiten.)

- Agliardi, Monsignore, päpstl. Nuntius 21.
- Aehrenthal, Graf von, österr. Ministerpräsident 51, 61, 146.
- Alexander III., Zar 47.
- Althoff, Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium 46.
- Arnim, Graf, Botschafter in Paris 39.
- Asquith, engl. Premierminister 98.
- Bachmann, Admiral 118.
- Balfour, engl. Minister 44.
- Ballin, Albert, Generaldirektor der Hapag 52 ff., 64, 98 ff., 107, 110, 146.
- Bassermann, Abgeord., 48, 89, 105.
- Bebel, August 105.
- Behr, von, Redakteur 121.
- Benckendorff, Graf, russ. Botschafter in London 103.
- Venedikt XIV., Papst 122.
- Bernhard, Georg, Chefredakteur der „Voss. Ztg.“ 121.
- Bernstorff, Graf, Botschafter in Washington 40, 118 ff.
- Bethmann Hollweg, von, Reichskanzler 64, 66 ff., 91, 94, 95 ff., 109, 119, 122, 130 ff.
- Bismarck, Fürst Otto von 18, 24, 34, 35, 39, 67, 79, 126 ff.
- Bismarck, Fürst Herbert von 37.
- Blücher, Fürst, Feldmarschall 143.
- Bothmer, von, Geh. Legationsrat 17.
- Bötticher, von, Minister 15 ff.
- Bourdon, Georges, Mitarbeiter des „Figaro“ 91 ff.
- Bratianu, rum. Minister 114, 117.
- Bröger, Karl, Dichter 71.
- Bucher, Lothar, Wirkl. Geh. Leg. Rat 39.
- Bülow, Fürst von, Reichskanzler 13, 16, 18, 19, 23, 26, 30 ff., 36 ff., 41 ff., 45 ff., 48, 52 ff., 56 ff., 64, 69, 79, 84 ff., 95 ff., 115 ff., 121 ff., 150 ff.
- Burian, Baron von, österr. Minister 117.
- Busch, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes 39.
- Buzsche, Frh. von dem, Gesandter 116.
- Cambon, Jules, franz. Botschafter in Berlin 86 ff.
- Cambon, Paul, franz. Botschafter in London 103 ff.
- Campbell-Bannerman, engl. Ministerpräsident 44.
- Caprivi, Graf von, Reichskanzler 16, 21, 35, 37.
- Cassel, Sir Ernest, engl. Bankier 52 ff., 64, 98 ff., 146.

- Chamberlain, engl. Minister 34.  
 Churchill, engl. Minister 100, 107.  
 Clausewitz, von, General 128.  
 Cleveland, Präsident d. Ver. St. 12.
- Deißmann, Dr. th., Professor 126.  
 Delbrück, von, Chef des Zivilkabinetts 136.  
 Delcassé, franz. Minister 43.  
 Deutelmöser, Major, Leiter des Kriegspresseamts 120 ff.  
 Doezy, Leiter der österr. Presseabteilung des Ministeriums des Auswärtigen 27, 29.  
 Drenfus, franz. Offizier 43.
- Ebert, Abgeordneter 137 ff.  
 Eduard, König von England 29, 40, 49, 52 ff., 55, 107, 146.  
 Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich 22.  
 Erzberger, Abgeordneter 113, 125.  
 D'Estournelles, franz. Senator 43.  
 Eulenburg, Graf August, Hausminister 136.  
 Eulenburg, Fürst Philipp von, 11 ff., 26, 40.
- Falkenhahn, von, Generalstabschef 128.  
 Ferdinand, König von Rumänien 114, 117.  
 Fischer, Justizrat („Köln. Ztg.“) 23 ff.  
 Fisher, engl. Admiral 86, 143 ff.  
 Flotow, von, Botschafter 115.  
 Franz Joseph, Kaiser 35, 55, 122, 146.  
 Freitag, Gustav 69.  
 Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 146.
- Galster, Vizeadmiral 59.  
 Gerard, amerikan. Botschafter in Berlin 120.  
 Goldmann, Vertreter der „N. Fr. Pr.“ 28.  
 Granard, Lord 149.  
 Grey, Sir Edward, engl. Minister 44, 64, 93, 98 ff., 103, 108, 159 ff.
- Galdane, Lord, engl. Minister 97 ff., 104 ff., 109.  
 Haller, Johannes, Professor 18, 38, 80.  
 Harden, Maximilian 19 ff., 39.  
 Hardinge, Sir Charles 54, 58, 60, 64, 143 ff.  
 Hayfeld, Graf Paul, Botschafter in London 26 ff.  
 Hauffmann, Konrad, Abgeordneter 18, 39.  
 Heeringen, von, Kriegsminister 106.  
 Heilbron, Ministerialdirektor im A. A. 76.  
 Helfferich, Staatssekretär 76.  
 Hendeband, von, Abgeordneter 89.  
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinz Alexander von 15.  
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst von, Reichskanzler 13, 14 ff., 16 ff.  
 Hölderlin, Dichter 71.  
 Holleben, von, Botschafter in Washington 34.  
 Hollweg, Vizeadmiral 126.  
 Holstein, von, Wirkl. Geh. Rat 11 ff., 79.  
 Holzhendorff, von, Admiral 119.  
 Hochsch, Professor 121.  
 Huhn, Arthur von („Köln. Ztg.“) 23.  
 Huldermann, Direktor 52, 99, 101 ff.  
 Humbert, König von Italien 13.

- Jäckh, Professor Dr. 113.  
 Jagow, von, Staatssekretär 112, 120.  
 Jaurès, franz. Abgeordneter 44.  
 Jwolski, A. von, russ. Minister 51,  
 61, 79 ff., 81 ff., 103 ff., 157 ff.
- Kapp, Generallandschaftsdirektor  
 73.  
 Kardorff, von, Abgeordneter 37.  
 Kessel, von, Generaloberst 116.  
 Kiderlen-Wächter, von, Staats-  
 sekretär 15, 17, 79, 84 ff., 110,  
 158.  
 Kriege, Direktor im A. A. 120.  
 Krüger, Beamter der politischen  
 Polizei 24 ff.  
 Kühlmann, von, Botschaftsrat 105.
- Lahmann, Dr. med. 114.  
 Lamprecht, Karl, Prof., Historiker  
 71.  
 Lancken, Baron von, Botschaftsrat  
 50.  
 Langwerth, Frhr. von, Botschafter  
 in Madrid 113.  
 Lansdowne, Lord, engl. Minister  
 34, 44.  
 Lascelles, Sir Frank, Botschafter  
 40, 55, 75, 144 ff.  
 Lebbin, Frau von 18.  
 Leckert, Journalist 13, 16.  
 Lichnowsky, Fürst von, Botschafter  
 in London 30.  
 Liebert, von, Oberst 13.  
 Lindequist, von, Kolonialstaats-  
 sekretär 88.  
 Lloyd George, engl. Ministerpräsi-  
 dent 55, 64, 85 ff., 89, 95, 99 ff.  
 Loebell, von, Chef der Reichskanzlei  
 59.  
 Löhlein, Kapitän zur See 113.  
 Ludwig XIV. 47.
- Loubet, Präsident der franz. Re-  
 publik 42.  
 Lucanus, von, Kabinettschef 25.  
 Lüchow, von, Journalist und Polizei-  
 agent 13, 16.
- Mac Kenna, engl. Minister 153.  
 Mannesmann, Gebrüder, Fabri-  
 kanten 91.  
 Manteuffel, Frhr. von, Abgeord-  
 neter 48.  
 Mantler, Dir. des W. T. B. 113.  
 Marschall, Frhr. von, Staatssekretär,  
 Botschafter 13 ff., 16 ff.  
 Mar, Prinz von Baden, Reichs-  
 kanzler 74, 135 ff.  
 Metternich, Graf, Botschafter in  
 London 49, 57, 60, 64, 90, 100,  
 102 ff., 107, 110, 153, 160.  
 Millerand, franz. Minister 44.  
 Moltke, Graf Helmuth von, Feld-  
 marschall 127.  
 Monod, Gabriel, Professor 43.  
 Montgelas, Graf, Ref. für Amerika  
 im A. A. 119 ff.  
 Morel, E. D., engl. Arbeiterführer  
 109.  
 Möser, Justus 69.  
 Mühlberg, von, Unterstaatssekretär  
 30.  
 Mulay Hafid, Sultan von Marokko  
 147.  
 Müller, von, Admiral 131.  
 Mumm, Frhr. von, Botschafter  
 in Tokio 112 ff., 115.  
 Münster, Graf, Botschafter in Paris  
 28, 29.
- Napoleon III. 45.  
 Nikolaus II., Zar 47, 82.
- Oeser, Redakteur („Frankf. Ztg.“)  
 55.

- Paasche, Abgeordneter 48.  
 Payer, Friedrich von, Abgeordneter 18.  
 Pauncefote, engl. Botschafter in Washington 34.  
 Plutarch, Geschichtschreiber 78.  
 Podewils, Frhr. von, bayer. Ministerpräsident 21.  
 Poincaré, franz. Minister 93, 103 ff.  
 Reuß, Prinz, Botschafter in Wien 35.  
 Rentlow, Graf Ernst, Schriftsteller 60, 109 ff., 120 ff.  
 Richelieu, franz. Minister 45.  
 Richthofen, von, Polizeipräsident 24.  
 Richthofen, Frhr. von, Staatssekretär 29 ff., 33, 35, 37 ff.  
 Riezler, Leg. Rat 76, 120.  
 Rohrbach, Dr. Paul 11, 13.  
 Roon, von, Kriegsminister 127.  
 Rosner, Karl, Schriftsteller 133.  
 Rouvier, franz. Minister 43.  
 Ruppdörffer, Schriftsteller 71.  
 Ruppel, Journalist („Köln. Ztg.“) 121.  
 Saffonow, russ. Minister des Aeußern 82.  
 Schäffle, Prof., Sozialpolitiker 68.  
 Scheidemann, Abgeordneter 137 ff.  
 Schlözer, Kurd von, Gesandter 28, 39.  
 Schön, Frhr. von, Staatssekretär 50, 53, 60, 82.  
 Siebert, B. von, ehemaliger russischer Botschaftssekretär 80, 82, 104.  
 Sierstorff, Graf Adalbert 43.  
 Solf, Dr., Staatssekretär 113, 135.  
 Sonnino, italien. Minister 115.  
 Spender, J. A., Chefredakteur der „Westminster Gazette“ 60 ff.  
 Stein, August („Frankf. Ztg.“) 55, 69 ff., 76, 113, 121.  
 Stein, Ludwig („Voss. Ztg.“) 121.  
 Stumm, von, Botschaftsrat in London 50, 59, 63, 147 ff.  
 Tausch, von, Kriminalkommissar 16, 24.  
 Theopompos, König von Sparta 78.  
 Tirpitz, von, Großadmiral 52 ff., 58, 63, 85, 95 ff., 101, 106, 110, 117 ff., 150 ff.  
 Tittoni, italien. Minister 43.  
 Treutler, von, Gesandter 120.  
 Tschirschky, von, Staatssekretär 38, 40.  
 Wahnschaffe, Unterstaatssekretär 73, 76, 113.  
 Waldeck-Rousseau, franz. Minister 44.  
 Waldow, von, Minister 136.  
 Wedel, Graf Georg, Gesandter 113, 121.  
 Weizsäcker, von, württemb. Ministerpräsident 91.  
 Welfersheimb, Graf, österr. Diplomat 37.  
 Wilhelm II., Deutscher Kaiser 12, 17, 19 ff., 21, 24, 31, 33, 35, 43, 48, 52, 54, 77, 88, 95, 99, 104 ff., 118, 127 ff., 138, 143 ff.  
 Wellington 143.  
 Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten 120, 137.  
 Witting, Bankdirektor 48.  
 Wolff, Theodor, Chefredakteur („Berl. Tagebl.“) 103, 112, 121.  
 Zimmermann, Unterstaatssekretär 112, 115, 119, 121.

---

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und  
Verlagsanstalt, A. G., Berlin SW. 48.

---







HG  
H224b

289204

Author Hammann, Otto

Title Bilder aus der letzten Kaiserzeit.

NAME OF BORROWER.

*Opner*

DATE.

*17/9/41*

**University of Toronto  
Library**

**DO NOT  
REMOVE  
THE  
CARD  
FROM  
THIS  
POCKET**

Acme Library Card Pocket  
Under Pat. "Ref. Index File"  
Made by LIBRARY BUREAU

